

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 6,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die hochgebildeten Kolonial-
teile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Erörter-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 27. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein deutscher Mann.

Zum hundertsten Todestage Johann Gottlieb Fichtes.

Es gibt zwei Sorten Jahrhundertenerinnerungen. Die eine
Sorte wird von oben anbefohlen und mit all dem rauschenden
Klingklang gefeiert, der zum Zeichen unserer Zeit geworden
ist.

Diese Erinnerungsfeiern — das verfloßene Jahr hat sie
bis zum Ueberdruß gesehen — sind wertlos wie taube Rüsse.
Sie haben keinen Teil an der Zeit vor hundert Jahren, sie
beleidigen die wackeren Kämpfer jener Tage mehr als sie sie
feiern.

Dann gibt es noch eine andere Art von Jahrhundert-
erinnerung. Sie wird nicht befohlen, sie wird nicht durch
laute Worte begangen, sie kränzelt nicht die Oberfläche des
öffentlichen Lebens.

Fichte gehört zu den Freiheitskämpfern der Zeit vor
hundert Jahren, die bei den offiziellen Ehrungen und in den
allerhöchsten, höchsten und hohen Trinksprüchen zu kurz
kommen.

Es bliebe freilich auch dann leer, wenn sein Name von
irgendeinem Geheimrat, dessen Scham noch nicht völlig zu den
Stunden entflohen ist, doch noch auf die Ordensliste gemogelt
worden wäre.

Fichte kommt auch bei den Erinnerungsfeiern des Bürger-
tums zu kurz. Man widmet ihm einige Artikel. Gewiß. Die
erinnerungsfrohe Mode der Zeit will es einmal so.

Die letzten Ereignisse sind wie ein Hohn auf Fichte und
seine leidenschaftlichen, sturmgehaltigen Reden an die deutsche
Nation. Diese Nation, die schon Fichte vor mehr als hundert
Jahren zur Selbstbestimmung, zur Selbstständigkeit, zur Frei-

Was Deutschland zu erwarten hat!

Deutschland hat es leider noch immer zu erwarten, was
Fichte von ihm mit glühender Seele erträumte und wünschte:

Heute sieht es in mancher Beziehung ärger aus als zu
Fichtes Zeiten, ärger besonders deshalb, weil seitdem über
hundert Jahre verfloßen und die Menschheit im allgemeinen
und die Arbeiterklasse im besonderen gewaltig vorwärts ge-

Wenn man Fichtes aufwühlende Reden an die deutsche
Nation liest, so greift man sich erstaunt an den Kopf: das hat
schon damals ein aufrechter Mann gedacht und gesprochen, und
heute gilt diese leidenschaftliche Predigt noch fast Wort für
Wort!

Als ob Fichte die bornierte Preußenpolitik von der ge-
hässigen „Ostmarkenmethode“ bis zur Schmach von Zabern
und der neuesten Harlekinade des Preußenbundes voraus-
gesehen hätte, zeichnet er ein Bild der Völker, wie sie sein sollen
und wie sie nicht sein sollen: „Es gibt nämlich Völker, welche,
indem sie selbst ihre Eigentümlichkeit beibehalten und dieselbe
gehört wissen wollen, auch den anderen Völkern die ihrigen
zugestehen und sie ihnen gönnen und verstaten...“

Der Hohn ist scharf und schneidend genug. Dennoch hat
er nicht verhindert, daß die „achtzehnjährigen“ Männer, die der
Wissenschaft wie die der geschwollenen patriotischen Phrasen,
selbst an der knorrigen Gestalt Fichtes ihre Schneiderkünste
versucht haben.

Und als ob Fichte die lächerliche Karikatur einer Er-
ziehung zur Beharrlichkeit vorausgesehen hätte, wie sie in der
bürgerlichen Jugendbewegung, besonders im Jungdeutschland-
bund ihr Unwesen treibt, zeichnet er die Umrisse eines wirk-
lichen Volksheeres, wie es die Sozialdemokratie anstrebt: „Bis
jetzt ist der bei weitem größte Teil der Einkünfte des Staats
auf die Unterhaltung stehender Heere verwendet worden...“

Aber nicht von oben her kann die Befreiung des Volkes,
seine Veredlung, die „beseligende Bildung“, die „wahre Frei-
heit“ kommen. Laut und vernehmlich spricht Fichte aus, daß
„alle Fortentwicklung der Menschheit in der deutschen Nation
vom Volke ausgegangen, und daß an dieses immer zuerst die
großen Nationalangelegenheiten gebracht, und von ihm besorgt
und weiter befördert werden“.

In der modernen Arbeiterbewegung, im Massenkampf des
Proletariats hat diese Weissagung Fichtes eine glänzende Er-
füllung gefunden. Heute vor hundert Jahren starb der fühne
Denker und Kämpfer, mittelbar als ein Opfer seiner tätigen
Mithilfe im Befreiungskampfe des deutschen Volkes.

Sein Geist aber lebt mitten unter uns!

Andreas Scheu.

Heute feiert Andreas Scheu seinen 70. Geburtstag. Den
Genossen ist er vor allem als Dichter vieler hinreichender
Freiheitslieder bekannt. Aber dieser sozialistische Poet war zu-
gleich in den Anfängen der Arbeiterbewegung einer ihrer erfolg-
reichsten Förderer und unerwüßlichsten Agitatoren.

Andreas Scheu stand an der Wiege der österreichischen Ar-
beiterbewegung. Nach dem Zusammenbruch von 1866 setzte in
Oesterreich eine liberalere Ära ein und das neu errungene Ver-
ein- und Versammlungsrecht wurde sofort von der Arbeiterschaft
mit aller Kraft ausgenützt.

Die Teilnahme an dem Kongreß sollte aber für Scheu ver-
hängnisvoll werden. Die große Streikdemonstration der Wiener
Arbeiter am 13. September 1880 zur Erringung des Koalitions-
rechts, führte die Bourgeoisie in Schrecken. Den hervorragensten
Genossen wurde ein Hochverratsprozeß gemacht. Oberwin-
der und Scheu wurden zu sechs und vier Jahren schweren
Kerkers verurteilt, im nächsten Jahre aber von dem neuen Mi-
nisterium amnestiert, nachdem sie etwa zehn Monate abgessen
hatten.

Andreas Scheu aber, von den Behörden unaufhörlich verfolgt,
konnte in seinem Beruf nirgends Arbeit finden. Als er im
Sommer auf einer Agitationsreise verhaftet und als erwerbs-
und beschloß Bagabund auf den Schub gebracht worden war, mußte
er Oesterreich verlassen und ging nach England. Als das So-
zialistengesetz 1878 über Deutschland verhängt worden war und
Noth in London vom Januar 1879 an die „Freiheit“ herausgab,
wurde Scheu ein eifriger Mitarbeiter, bis sich Noth immer mehr
zum Anarchisten wandelte und so Scheu eine weitere Mitarbei-
terschaft unmöglich machte.

So hat Andreas Scheu in drei Ländern für den Sozialismus
gekämpft, seit 46 Jahren für die Sozialdemokratie geworben und
sich zu ihr begeistert bekannt. Und diese Begeisterung strömt
auch aus seinen Liedern, die sein Bruder Joseph in Rußland gesungen
hat. Seine Mitarbeiter namentlich werden auch heute noch viel gesungen.
Daneben übersetzte Scheu auch die Chartistenlieder aus dem eng-
lischen ins deutsche und schrieb eine Anzahl von Romanen und
dramatischen Arbeiten. Erst in den letzten Jahren hat er sich
von propagandistischer Tätigkeit zurückgezogen und verlebte
den Abend seines Lebens in Weimar. Wir senden ihm unsere herz-
lichen Glückwünsche, ihm, der fast fünf Jahrzehnte lang gestrebt hat,

Nach einem Leben ohne List und Tücken,
zu einem Dasein ohne Not und Zwang,
wo weder Furcht noch Sorge uns bedrücken
und frei sich fähigt unsres Wesens Drang:
Der Drang, einander liebend zu beglücken
in Werk und Spiel, in Tat und Luthesang —
zu einem Leben, das wir fründlich rühnen
im Tun des Guten — im Genuß des Schönen.

Rom und die christlichen
Gewerkschaften.

Die „Köln. Volkszeitung“ veröffentlichte am letzten Mitt-
woch an der Spitze ihrer Nr. 61 einen kurzen „Zur Stel-
lung des Episkopats im Gewerkschaftsstreit“
überschriebenen Artikel, in dem dargelegt wurde, daß die deut-
schen Bischöfe keineswegs, wie vielfach behauptet werde, an
die christlichen Gewerkschaften nur unklare Anforderungen
gestellt und auch von den Gewerkschaftsführern nur unbe-
friedigende Antworten erlangt hätten. Denn die am
2. März 1912 in einer großen Versammlung zu Köln von dem
Generalsekretär Stegerwald namens des Generalvorstandes
der christlichen Gewerkschaften abgegebene Erklärung sei als
eine tatsächliche, wenn auch nicht formale, Unter-
werfung der christlichen Gewerkschaften unter die Enghelika
„Singulari quadam“ zu betrachten.

Wörtlich heißt es am Schluß des Artikels:

„Es gibt nun viele Kritiker, die nicht unterscheiden können
zwischen formaler Unterwerfung der interkonfessionellen Or-
ganisation unter die päpstliche Enghelika Singulari und zwischen
tatsächlicher, die religiösen Pflichten der katholischen De-



gottfalkonidmiltglieder respektierenden freiwilliger Er-  
klärung. Solche Kritiker hätten doch wahrhaftig Grund, be-  
schwerden aufzutreiben und nicht eine Sprache zu führen, als  
seien die Bischöfe summe urteilslose Zuschauer. Die Bischöfe  
erfüllen ausnahmslos mit heiliger Treue  
alle Vorschriften des Heiligen Stuhles, sind  
aber auch zugleich besorgt, daß diese Erfüllung umföhtigen,  
dem Gemeinwohl nützlicher Weise geschehe."

Der Artikel ist zweifellos eine nachträglich demontierte  
des im Kölner Gewerkschaftsstreit gefällten Urteils und be-  
stätigt bis ins einzelne die Richtigkeit unserer am 24. De-  
zember v. J. an diesem Urteil geübten Kritik, denn wir führten  
schon damals aus:

"Daß die Herren Siegelwald und Genossen dem hohen  
Klerus in irgendeiner Form eine schriftliche Unterwerfungser-  
klärung abgegeben oder sich feierlich in einer privaten Unter-  
haltung mündlich zu einer solchen Unterwerfung verpflichtet  
haben, war von vornherein ganz unwahrscheinlich und in An-  
betracht des geheimen Charakters solcher Akte in keinem Fall  
zu erweisen.  
Die Frage ist vielmehr, inwiefern läßt sich aus dem Ver-  
halten der Gewerkschaftsführer seit der Verkündung der  
Enzyklika und vor allem aus der Stellung des Klerus zu den  
christlichen Gewerkschaften schließen, daß eine Unterwerfung ober-  
sagen wir lieber, eine Unterordnung der christlichen Gewerks-  
chaftsführer unter die Forderungen und Bedingungen der päp-  
stlichen Enzyklika erfolgt ist. Und in diesem Punkt kann man nur  
dem Zeugen Dr. Kaufmann bestimmen: die einfache  
Tatsache, daß der Episkopat trotz der päp-  
stlichen Aufforderung zur Heberwachung der  
christlichen Gewerkschaften bisher keinen An-  
satz zum Eingreifen gefunden hat, beweist an  
sich schon zur Genüge, daß die Gewerkschafts-  
führer sich, wenn auch vielleicht nicht formell,  
so doch tatsächlich den von Rom gestellten Be-  
dingungen gefügt haben. Weshalb sich doch auch alle  
diese Herren sich ostentativ als gute Söhne der katholischen Kirche,  
und diese Kirche lobt und fördert, daß in allen Fragen, die die  
Moral und das öffentliche sittliche Leben betreffen — und  
hierzu gehört nach der katholischen Kirchen-  
lehre auch die gewerkschaftliche Tätigkeit —  
der Katholik sich unbedingt der Anweisung der höchsten Geistes-  
leit zu unterwerfen habe..."

Trotz dieser Übereinstimmung des Artikels der „Köln.  
Volkszeitung“ mit unserer Urteilskritik haben wir auf eine  
Wiedergabe der Ausführungen des Kölner ultramontanen  
Blattes verzichtet, da der aus der Korrespondenz des katho-  
lischen Volksvereins entnommene Artikel lediglich von einem  
gewöhnlichen Mitarbeiter dieser Korrespondenz herzurühren  
schien. Im Zusammenhang mit dem gestern von uns mit-  
geteilten Brief des Kardinals Kopp an den Grafen von  
Oppersdorf und der Meldung der hyperkatholischen „Köln.  
Korrespondenz“, der betreffende Artikel der „Köln. Volks-  
zeitung“ entstamme einer „Seite“, die dem er-  
zbischöflichen Stuhl in Köln nahe stände, er-  
hält der Inhalt dieser Kennerung des Vöchenschen Blattes  
aber eine ganz andere, größere Bedeutung. Stammt tatsäch-  
lich der Artikel aus dem erzbischöflichen Palais, dann belagt er  
nicht anderes, als daß man dort Wert darauf legt, sich gegen  
die Behauptung zu verwahren, als erfülle man nicht „mit  
heiliger Treue alle Vorschriften des Heiligen Stuhles“ und  
söhe den Leitern der christlichen Gewerkschaften nicht scharf  
genug auf die Finger. Zugleich aber bedeutet der Artikel in  
diesem Falle die Bekanntheit, daß auch der Kölner Er-  
zbischof seine schützende Hand von den Chris-  
tlichen Gewerkschaften abziehen werde, wenn  
diese nicht baldigst bessere Garantien ihrer völligen Unter-  
werfung unter die Befehle Roms böten.

Wie wir schon vor einigen Wochen meldeten, ist man  
nämlich in Rom indigniert über die milde Auslegung der  
Enzyklika „Singulari quadam“ durch manche preussischen  
Bischöfe und trägt sich dort sogar mit der Absicht, eine Art  
Ergänzung der Enzyklika folgen zu lassen,

die die christlichen Gewerkschaften noch tiefer niedergewingt.  
Das wissen auch die Herren Kopp und v. Hartmann sehr  
genau, und um sich als unterwürfige Diener des Heiligen  
Stuhles zu erweisen, rücken sie noch um einige Schritte weiter  
von den christlichen Gewerkschaften ab als bisher.

Auch die „Köln. Korrespondenz“ scheint diese Verstim-  
mung in Rom sehr genau zu kennen, wenn sie zum Schluß  
ihres Artikels schreibt:

„Wir sind auch unfererseits der „kirchlichen Seite“  
dankbar für die Rechtfertigung, die sie, wenn auch viel-  
leicht unfreiwillig, so doch tatsächlich der Kölner Korre-  
spondenz zuteil werden läßt. Wir wären auch der „Kölnischen  
Volkszeitung“ dankbar, wenn sie bei Annahme jener Rech-  
tfertigung nicht ein so saures Gesicht gemacht hätte. Sie wird  
uns ja noch oft Recht geben müssen. Nous verrons!“

Das klingt recht verheißungsvoll. Sollte der neue  
Erlaß gegen die christlichen Gewerkschaften  
bereits in Rom fertig sein?

## Revolutionsfeier in Rußland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Der Gedanktag des Blutsonntags des Jahres 1905, an dem die  
Gewerkschaften vor dem Winterpalais der russischen Arbeiterklasse die  
revolutionäre Feuertafel gaben, ist in diesem Jahre noch eindrucks-  
voller gefeiert worden, als selbst im vorigen Jahre. Ueber 170 000  
Arbeiter haben nach mäßiger Schätzung in Petersburg allein  
gestreikt, hierzu kommen noch ungefähr ebensoviel aus der Provinz,  
namentlich aus den Ostprovinzen, in denen die revolutionäre  
Rassenbewegung mit der Petersburger Schritt hält. Welch einen  
gewaltigen Fortschritt bedeutet diese Kundgebung selbst im Ver-  
gleich mit dem Revolutionsjahr 1905, ganz zu schweigen von den  
nachfolgenden Jahren der schlimmsten Reaktion! Damals, am  
22. Januar 1905, führte ein demagogischer Pope, gefördert von der  
Regierung, die Massen der Petersburger Arbeiterbevölkerung mit  
Zarenporträts und Heiligenbildern vor das Winterpalais, um dem  
Zaren eine Petition zu überreichen, und nur der Druck der sozial-  
demokratischen Avantgarde der Arbeiterschaft hatte es vermocht,  
in diese Petition sozialdemokratische Forderungen hineinzusetzen  
und so das Unternehmen des demagogischen Papen in eine Waffe  
der revolutionären Aufklärung der Arbeiterklasse zu verwandeln.  
Und jetzt? Jetzt bedarf es keiner künstlichen Mittel, um das Peter-  
burger Proletariat in eine Kampfstellung hineinzubringen. Tief  
wurzelt in seinem Bewußtsein der unerbönlische Haß zu dem  
bestehenden Regime; in den Schlachten der Revolution und noch mehr  
in den dunkleren Jahren der Gegenrevolution hat es sein Klassen-  
bewußtsein gefestigt, seine politische Einsicht, seinen Kampfesmut  
gestärkt, und wo nur die Gelegenheit sich bietet, zertrümmert es in  
jugendlichem Elan die Schranken des Polizeistaates und demon-  
striert kühn, alle sonstigen Berechnungen außer acht lassend, für  
das Andenken der gefallenen Brüder, für den Aufstieg zur neuen  
Revolution.

Schon mehrere Tage vor dem 22. Januar machte sich, wie stets  
vor einem bedeutenden Tag, eine intensive Tätigkeit der Polizei  
und der Gendarmen bemerkbar. Die Hausdurchsuchungen und  
Verhaftungen verhinderten es aber doch nicht, daß die Be-  
weiser und Werkstätten mit Aufrufen der beiden Richtungen der  
sozialdemokratischen Partei und der Sozialrevolutionäre übersät  
waren, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, am 22. Januar  
die Arbeit niederzuliegen. Am Abend des 21. Januar fanden in  
einer Anzahl Fabriken (Waltische Fabrik, Stary Kinos, Geißler,  
Braun, Bulow-Werke u. a.) große Meetings statt, auf denen  
der Streik beschlossen wurde. In denselben Tage fand in der  
Kanzlei des Stadthauptmanns eine Beratung der Polizeigewaltigen  
der Hauptstadt statt, auf der festgestellt wurde, daß die Polizei allein  
nicht imstande sein würde, etwaigen Demonstrationen vorzubeugen.

Es wurde deshalb beschlossen, die Kosaken und die Gendarmen zur  
Unterstützung heranzuziehen.

Schon in der Nacht zum 22. Januar wurden die Arbeiterviertel  
mit Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde überschwenmt.  
Der Preobraschenski-Friedhof, auf dem die Opfer des Blutsonntags  
beerdigt sind, wurde von starken Kosakenabteilungen umzingelt.  
Am Morgen des 22. Januar wurden alle Zugänge zu der inneren  
Stadt von Polizei und Kosaken besetzt gehalten. Indessen ver-  
mochten alle Maßnahmen der Polizei weder den Streik zu verhin-  
dern, noch der Ueberflutung der inneren Stadt von streikenden Ar-  
beitern vorzubeugen. Auf den meisten Fabriken gingen die Ar-  
beiter, ohne die Arbeit begonnen zu haben, unter Absingen revo-  
lutionärer Lieder auseinander. In den Arbeitervierteln nahmen  
die Demonstrationen auf den Straßen zuweilen ganz gewaltige  
Dimensionen an. Polizei, Gendarmen und Kosaken trieben die  
Demonstranten auseinander, die sich aber immer wieder ver-  
sammelten und bis spät abends auf den Straßen manifestierten.

Ein interessantes Bild bot wie immer der Newski-Prospekt,  
die Prachtstraße der Residenz. Schon vom frühen Morgen war  
der Newski in ein wahres Kriegslager verwandelt worden. Trotz  
aller Demummisse sammelten sich zahlreiche Arbeiter in der inneren  
Stadt an, um auf dem Newski zu demonstrieren. Die Polizei  
drängte sie immer wieder in die Seitenstraßen zurück. Es kam aber  
doch im Laufe des Tages zu einigen Manifestationsver-  
suchen, von denen einer, an der Ecke des Newski- und des Wladim-  
irski-Prospekts, einen großen Umfang annahm. Die Polizei  
drängte die Demonstranten zurück, indessen brach der Gesang nicht  
ab, vielmehr gruppieren sich die Manifestanten in der Mitte des  
Fahrbahnes und zollten eine rote Fahne auf. Ein Trupp  
Schüßleute rückte sich mit blanker Waffe auf die Demonstranten  
und trieb sie mit wilden Schlägen auseinander. Erst gegen  
Abend vermochte die Polizei die „Ordnung“ auf dem Newski wieder  
herzustellen.

Einen ähnlichen Umfang wie in Petersburg nahm die Revo-  
lutionsfeier in Niga an. Es streikten hier am 22. Januar über  
80 000 Arbeiter, oder fast sämtliche Fabrikarbeiter. In den Vor-  
orten wurden von den Arbeitern rote Fahnen gehißt. Es kam im  
Laufe des Tages zu drei Demonstrationen auf den Straßen. An  
der einen, die neben der Fabrik Salamander stattfand, nahmen  
1000 Personen teil. Eindrucksvoller war die Demonstration neben  
der Waggonfabrik „Phönix“, an der 5000 Arbeiter teilnahmen.

Weitere Streiks und Manifestationen werden gemeldet aus  
Koskau, wo 30 Betriebe mit circa 10 000 Arbeitern streikten,  
aus Kiew, Nikolajew, Twer und Sarjhan.

## Politische Uebersicht.

### Gegen die Dienstbotenversicherung.

Das Dreiklassenparlament hat am Montag die Staatsberatung  
unterbrochen, da die Mehrheit das dringende Bedürfnis sah, die  
Proben ihres antisozialen Geistes vor der Öffentlichkeit abzulegen.  
Zuerst viele Tage auf die Propaganda für höhere Lebensmittel ver-  
wendet und dann nach dem siegreichen Abschluß dieser Campaigne  
gegen die Reichsversicherungsordnung, vor allem gegen die Dienst-  
botenversicherung vom Leber zu ziehen, das poht so ganz in das  
Programm dieser reaktionären Gesellschaft.

Anlaß zu der Debatte gab die von dem freikonservativen Abg.  
Dr. Wagner-Breslau begründete Interpellation, die an die Re-  
gierung die Anfrage richtet, was sie zur Abhilfe der bei der Dienst-  
botenversicherung in Ortskrankenkassen hervorgetretenen Mängel zu  
tun gedenke. An sich mag der Wortlaut der Interpellation vielleicht  
harmlos erscheinen, aber worauf es den Interpellanten ankommt,  
das wußte man schon vorher aus ihrer Presse und noch deutlicher  
ging das aus der Disposition hervor: Ueberall Errichtung be-  
sonderer Landkrankenkassen, damit möglichst wenig für die Dienst-  
boten geschieht, und völlige Vernichtung der Selbstverwaltung,  
so weit die Arbeiter dadurch Vorteile erlangen.

## Gedanken über Militarismus, Volkwehr und Krieg.

(1793—1813.)

Von J. G. Fichte.

### Der Zweck des Krieges.

Der Zweck eines Krieges ist gar nicht der, zu töten,  
sondern nur der, die Bewaffneten, die den Bürger und sein Land  
bedeuten, zu vertreiben und zu entwaffnen. Im Handgemein,  
wo Mann an Mann gerät, ist ein jeder seinen Gegner, um nicht  
von ihm getötet zu werden; zufolge seines eigenen Rechts der  
Selbsterhaltung, nicht aber zufolge eines ihm von seinem Staat  
verliehenen Rechts, totzuschlagen; welches derselbe nicht hat,  
und folglich auch nicht verletzen kann. Das einzige in unserer  
neueren Kriegskunst, was schlechthin rechtmäßig ist, sind die  
Scharschützen, die im Distanz aufzukommen, und selbstständig  
geschickt, nach dem Menschen zielen, wie nach einer Scheibe. Bei  
ihm ist der Krieg Zweck. Grundlage des Naturrechts. 1797.

### Schiedsgericht, Völkerverbund und ewiger Friede.

Die absolute Unmöglichkeit eines ungerechten Richterpruchs  
des Völkerverbundes ist doch noch nicht dargelegt worden? Diese läßt  
sich nicht dargen; ebensowenig als im Staatsrecht die absolute  
Unmöglichkeit eines ungerechten Richterpruchs des versammelten  
Volks dargen lieh. So lange die reine Vernunft nicht in Person  
auf der Erde erscheint und das Richteramt übernimmt, muß immer  
ein höchster Richter sein, der, weil er denn doch endlich ist, sich  
irren oder einen bösen Willen haben kann; die Aufgabe ist nur:  
denjenigen zu finden, von dem dies am allerwenigsten zu befürch-  
ten ist; und daher ist, über das bürgerliche Verhältnis, die  
Nation; über das Staatsverhältnis, der beschriebene Völkerverbund.  
Wie dieser Bund sich weiter verbreitet, und allmählich die  
ganze Erde umfaßt, tritt der ewige Friede ein; das einzige  
rechtmäßige Verhältnis der Staaten.  
Grundlage des Naturrechts. 1797.

### Des Menschen grausamster Feind.

Des Menschen grausamster Feind ist der Mensch. Noch durch-  
zogen gefesselte Ketten von Wilden ungeheure Wüsten; sie  
begegneten sich in der Wüste, und werden einander zur festlichen  
Beute; oder, wo die Kultur die wilden Haufen endlich unter das  
Gesetz zu köstern vereinigte, greifen die Völker einander an mit  
der Wacht, die ihnen die Bereinigung gab, und das Gesetz. Den  
Wüsten und dem Mangel trohend, durchziehen die Heere  
friedlich Wald und Feld; sie erwidern einander, und der Anblick  
von ihres Gleichen ist des Nordes Volung. Mit dem Höchsten, was  
der menschliche Verstand erdenken, ausgerüstet, durchschneiden die  
Kriegsflotten den Ozean; burch Sturm und Wellen hindurch drängen

sich Menschen, um auf der einsamen, unwirtbaren Fläche Menschen  
zu suchen; sie finden sie, und tragen der Wut der Elemente, um  
mit eigener Hand sie zu vertilgen.  
Bestimmung des Menschen. 1800.

### Innere Freiheit und äußerer Frieden.

Durch die Errichtung dieses einigen wahren Staates, diese  
feste Begründung des innerlichen Friedens, ist zugleich der aus-  
wärtige Krieg, wenigstens mit wahren Staaten, seiner Möglichkeit  
nach abgeschnitten. Schon um seines eigenen Vorteils willen,  
schon um in seinem eigenen Bürger keinen Gedanken an Unrecht,  
Raub und Gewalttätigkeit aufkommen, und ihm keine Möglichkeit  
des Gewinnes übrig zu lassen, außer durch Fleiß und Arbeitssam-  
keit in der vom Gesetze angewiesenen Sphäre, muß jeder Staat  
die Verletzung eines Bürgers des benachbarten Staates ebenso  
streng verbieten, so sorgfältig verhindern, so genau ersehen lassen,  
und so hart bestrafen, als ob sie an dem eigenen Mitbürger aus-  
geübt wäre. Dieses Gesetz über die Sicherheit der Nachbarn ist  
notwendiges Gesetz jedes Staates, der kein Räuberstaat ist. Und  
hierdurch ist dann die Möglichkeit jeder gerechten Klage eines  
Staates gegen den anderen, und jeder Fall der Notwehr unter den  
Völkern völlig aufgehoben. Es gibt nicht notwendig und fort-  
dauernd unmittelbare Verhältnisse der Staaten, als solcher, zu-  
einander, über die sie in Streit geraten könnten; es gibt in der  
Regel nur Beziehung der einzelnen Mitglieder eines Staates auf  
die einzelnen Mitglieder des anderen; nur in der Person eines  
seiner Bürger könnte ein Staat verletzt werden; aber diese Ver-  
letzung wird auf der Stelle erseht, und so der beleidigte Staat be-  
friedigt. — Es gibt zwischen solchen Staaten keinen Krieg, der  
da beleidigt, keinen Ehrgeiz, der da verletzt werden könnte; zur  
Einschüpfung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates  
ist kein Beamter bevollmächtigt, noch kann er dazu versucht werden,  
indem ihm für seine Person nicht der geringste Vorteil aus einem  
solchen Einflusse entstehen könnte. Daß eine ganze Nation be-  
schließen solle, des Raubes halber ein benachbartes Land mit Krieg  
zu überziehen, ist unmöglich, indem in einem Staate, in welchem  
alle gleich sind, der Raub nicht die Beute einiger weniger werden  
söndern unter alle sich gleich vertheilt müßte, dieser Anteil des  
einzelnen aber ihm niemermehr die Ruhe des Krieges lohnen  
würde. Nur da, wo der Vorteil den wenigen Unterdrückten zu-  
teil wird, der Rest aber, die Mühe, die Kosten auf das zahllose  
Geer der Sklaven fällt, ist ein Raubkrieg möglich und begründet. —  
Nicht von Staaten insofern könnten diese Staaten Krieg zu  
befürchten haben; lediglich von Wilden, oder Barbaren, die die  
Ungefährlichkeit, durch Arbeit sich zu bereichern, zum Raube reizte,  
oder von Sklavenvölkern, die durch ihre Herren auf einen Raub  
ausgetrieben würden, von welchem sie selbst nie etwas genießen  
werden. Gegen die ersteren ist ohne Zweifel schon jeder einzelne  
Staat durch die Kräfte der Kultur der stärker; gegen die letzteren  
durch Verbindung sich zu helfen, heißt der gemeinsame Vorteil  
aller. Kein freier Staat kann Verfassungen, deren Oberheiten  
Vorteile davon haben, wenn sie benachbarte Völker unterjochen,  
und die daher durch ihr bloßes Dasein die Ruhe der Nachbarn un-  
aufhörlich bedrohen, vernünftigerweise neben sich dulden; die Sorge

für ihre eigene Sicherheit nötigt alle freien Staaten, alles um sich  
herum gleichfalls in freie Staaten umzuwandeln, und so um ihres  
eigenen Wohles willen das Reich der Kultur über die Wilden, das  
der Freiheit über die Sklavenvölker rund um sich herum zu ver-  
breiten.  
Bestimmung des Menschen. 1800.

### Rationalhoß.

Da die Stille, in welche die moderne europäische Republik  
sich gestellt hat, nicht mit Ueberlegung und nach Begrissen, sondern  
durch das blinde Uingefähr bestimmt worden, so würde sich, auch  
wenn man historisch hierüber nichts wüßte, schon aus der Natur der  
Sache vermuthen lassen, daß die entstehenden Staaten ihrer natür-  
lichen Grenzen nicht erhalten haben dürften, sondern daß hier in  
dem Umfang, den die Natur zu einem Staate bestimmte, zwei  
Herrscherfamilien nebeneinander jede ihren Staat zu bilden strebe,  
dort eine andere mit ihren Besitzungen über abgetrennte und ge-  
schiedene Grenzen sich ausdehne.

Was hieraus folgen werde, läßt sich ebenso gut absehen. Die  
Regierungen werden dunkel fühlen, daß ihnen etwas fehle, wenn  
sie auch nicht deutlich einsehen, was dieses Fehlende eigentlich sei.  
Sie werden von der Notwendigkeit, sich zu arrondieren,  
reden; werden betauern, daß sie um ihrer übrigen Länder willen  
diese fruchtbare Provinz, diese Berg- und Salzwerke nicht wissen  
können, indem sie dabei immer dunkel auf die Erwerbung ihrer  
natürlichen Grenzen ausgeben. Blinde und unbestimmte, aber  
auch wohl helfende und sehr bestimmte Eroberungswut wird  
alle treiben; und so werden sie sich unaufhörlich im Zustande des  
mittelbaren oder unmittelbaren, des wirklich erklärten oder sich  
nur vorbereitenden Krieges befinden. Staaten, welche eigentlich  
nur einer sein sollten, und ganz oder zum Teile innerhalb derselben  
natürlichen Grenzen liegen, stehen in natürlichem Kriege; nicht  
eigentlich die Völker; — denn diesen, wenn sie nur vereinigt  
werden, kann es ganz gleichgültig sein, unter welchem Namen und  
welcher Herrscherfamilie dies geschehe. — wohl aber die Herrscher-  
familien. Diese haben ein durchaus entgegengesetztes Interesse,  
welches, den Völkern mitgeteilt, Rationalhoß wird.  
Der geschlossene Handelsstaat. 1800.

### Jugenderziehung und Volkwehr.

Bis jetzt ist der bei weitem größte Teil der Einkünfte des  
Staates auf die Unterhaltung stehender Heere verwendet worden.  
Den Erfolg dieser Verwendung haben wir gesehen. Dagegen  
würde der Staat, der die von uns vorgeschlagene Rational-  
erziehung allgemein einführt, von dem Augenblicke an, da ein  
Geschlecht der nachgewachsenen Jugend durch sie hindurch gegangen  
wäre, gar keines besonderen Heeres bedürfen, sondern er hätte an  
ihnen ein Heer, wie es noch keine Zeit gesehen. Jeder einzelne  
ist zu jedem möglichen Gebrauche seiner körperlichen Kraft voll-  
kommen geübt, und befreit sie auf der Stelle, zur Ertragung jeder  
Anstrengung und Mühseligkeit geübt, sein in unmittelbarer  
Anspannung angewachsener Geist ist immer gegenwärtig und bei  
sich selbst, in seinem Gemüte lebt die Liebe des Ganzen, dessen  
Mitglied er ist, des Staates und des Vaterlandes, und vernichtet  
jede andere selbstliche Regung. Der Staat kann sie rufen und



Seider Befehl der Handelsminister Dr. Sydow nicht den Mut, diesem antisozialen Verlangen den nötigen Widerstand zu leisten. Zwar gab er selbst zu, daß die Reichsversicherungsordnung sich erst einleiten muß und daß die Frage der Errichtung von Landkrankenläsien nach lokalen Bedürfnissen zu beurteilen sei, aber trotzdem erklärte er sich bereit, die Oberversicherungsämter zu veranlassen, daß sie ihre Genehmigungen zur Nichterrichtung von Landkrankenläsien zurücknehmen. Natürlich nicht in allen Fällen, aber doch oft genug werden wir nun zum Schaden der Versicherten mit unzulänglichen Landkrankenläsien beglückt werden. Daß Herr Sydow daneben auch ein paar Worte über die sozialdemokratische Agitation in den Krankenläsien einfließen ließ, versteht sich von selbst. Dafür ist er preußischer Minister.

Mit der Rede des Ministers erklärte sich namens der Interessenten in seinem Schlusswort Abg. Dr. Krenndt ebenso befriedigt wie mit dem Verlauf der Debatte. In der Tat hat er dazu alle Ursache, denn wenn auch die übrigen bürgerlichen Diskussionsredner nicht so plump gegen die Sozialdemokratie wüteten wie Herr Dr. Hahn, so war doch auch aus ihren Ausführungen zu entnehmen, daß es ihnen weniger auf den Schutz der Dienstboten als auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie ankommt. Unserem Gewissen Braun fiel es nicht schwer, die Angriffe auf unsere Partei zurückzuweisen und für eine wirklich großzügige Sozialpolitik eine Lanze zu brechen. Den angeblichen Missethänden in unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Krankenläsien gegenüber konnte er zum Kerger der Mehrheit die Missethätigkeit in den Berufsgenossenschaften ansprechen; mit warmen Worten befürwortete er die bestmögliche Durchführung der Dienstbotenversicherung und forderte den Minister auf, sich die Dinge einmal ausgestalten zu lassen; er werde dann sehen, daß keine Notwendigkeit zum Einschreiten vorliegt.

Am Mittwoch wird die Staatsberatung fortgesetzt.

### Noch ein ehrpreussischer Mann.

Zu den lautesten Schreibern des reaktionären „Preußenhundes“ gehört auch Generalleutnant a. D. v. Brochem. Hat sich dieser Herr doch unterfangen, den Reichstag als eine „höchst gemischte Gesellschaft“ zu bezeichnen und ihm Dreistigkeit und Unverschämtheit vorzuwerfen.

Von diesem ostpreussischen Kriegsmann nun erzählt die ultramontane „Märkische Volkszeitung“, der Ableger der „Germania“, ein höchst pikantes Geschichtchen aus der Zeit, als er, damals noch Major, in Deutsch-Ostafrika den Gouverneur v. Scheele vertrat.

Neben anderweitigen ebenbürtigen Reformen habe Major v. Brochem auch einen Gräueltat verbrochen, durch den nicht nur die Eingeborenen, sondern auch Griechen und Italiener zum ehrerbietigen Grinsen des stellvertretenden Herrn Gouverneurs gezwungen werden sollten. Auf diplomatische Beschwerden der betreffenden Mächte habe man von Berlin aus dem Verfasser des Erlasses zum Verichte aufgefördert. Ueber das weitere berichtet dann die „Märkische Volkszeitung“ wörtlich:

„Herr v. Brochem, der nun sah, daß er sich hineingeritten und seine Befugnisse überschritten hatte, griff jetzt zu einem eigenartigen Mittel, um einen Ausweg aus der für ihn sehr peinlichen Situation zu erhalten: Er nahm zunächst an seinem eigenen Manuskript eine „Verbesserung“ durch Hinzufügen einiger Worte und Umstellung der Interpunktion vor, dann aber begab er sich nach dem Bureau des Bezirksamtes. Dar es Salam früh vor 9 Uhr, ließ sich die Tür aufschließen, er nahm seinen Erlaß und legte diesem einen den Sinn sehr erheblich verändernden Zusatz hinzu. In seinem Verichte las man dann, daß die bedauerlichen Folgen seiner Befugung lediglich dem Bezirksamtman, Hauptmann Scharner, zuzuschreiben seien, da er diesem seinen Befehl, sondern lediglich Direktiven zur entsprechenden Veröffentlichung“ habe zugehen lassen.

Die vier Dezerementen, die den Zusammenhang sehr bald entdeckten, hielten Brochem zur Rede. Er gab sein Ehrenwort, daß er den nachträglichen Zusatz in seinem eigenen Manuskript lediglich mechanisch und als Stilverbesserung vollführt habe. Vielleicht hätte man das geglaubt, aber nun entdeckte

unter die Waffen stellen, so bald er will, und kann sicher sein, daß kein Feind sie schlägt.

Rede an die deutsche Nation. 11. Rede. 1808.

### Stehende Heere.

Diese . . . Bevölkerung, sowie alles Geld, dessen man nie zuviel bekommen konnte, Hatten nun zusammen in den ungeheuren Schuld der stehenden Heere, die nie groß genug sein konnten, und die zu keiner anderen Ausgabe etwas übrig ließen. Die Weisheit dieser Verwendung des Geldes läßt sich daraus absehen, daß wenn nun ein Staat so manches Jahrzehnt im höchsten Frieden seine Armeen in Gold, Kleidung und Bewaffnung unterhalten, und sie unablässig und emsig hatte regieren lassen, beim Ausbruch des ersten Krieges in der ersten Schlacht die Armeen gänzlich zugrunde gingen. Politische Fragmente aus den Jahren 1807 und 1813.

### Der höchste Mut.

Um Mut zu zeigen, bedarf es nicht, daß man die Waffen ergreife; den weit höheren Mut, mit Verachtung des Urteils der Menge treu zu bleiben seiner Ueberzeugung, mutet und das Leben oft genug an.

Rede an die Studenten beim Ausbruch des Krieges 1813.

### Neue Welt.

Der Arbeiter bildet keinen besonderen Stand, und kann im Reiche Gottes auf der Erde kein besonderer Stand werden, und zum Kriege werden, außer in besonderen Fällen, . . . die Menschen niemals willig sein . . . Es müßte darum, um die Zeit des ersten Durchbruchs des Reiches Gottes in einem christlichen Volke, der christliche Völkerverein in der Lage gegeneinander sein, daß zwar die Bereitschaft zum Kriege fortwähre, des wirklichen Krieges aber alle herzlich müde würden. In eine solche Epoche, wo bloß des inneren Zwanges Möglichkeit stattfände, müßte die erste deutsche Wahrnehmung eintreten, daß keiner mehr nötig sei, indem die Zwinge und Regierenden ohne alle Beschäftigung blieben. Auf diese Weise wird irgend einmal irgendwo im Reiche des Christentums die hergebrachte Zwangsregierung allmählich einsinken, weil sie durchaus nichts mehr zu tun findet . . . So wird der demotische Strom ohne alle Kraftüberzeugung gegen ihn an seiner eigenen, durch die Zeit herbeigeführten Mangelhaftigkeit ruhig absterben, und der letzte Erbe der Souveränität, falls ein solcher vorhanden, wird eintreten müssen in die allgemeine Gleichheit, sich der Volksschule übergebend, und sehend, was diese aus ihm zu machen vermag.

Dies sage ich, wird eintreten, in einem Zwischenraume, da dieser Krieg und darum Zwang zu demselben nicht stattfindet. Wäre die Möglichkeit desselben in der Welt dennoch nicht gänzlich aufgehoben, und würde späterhin ein Volk, in welchem die Theokratie schon feste Wurzel gefaßt, mit demselben überzogen, so ist keine Frage, ob nicht dieses Volk ebenso gegen den äußeren Feind stehen werde mit gemeinschaftlicher Kraft, als ein Volk, wie es gegen den inneren Feind die Natur, immerfort steht, und ob es nicht bei seiner überwiegenden Naturkenntnis, Ausdauer und gottbegnadetem Mute entscheidender Sieger sein werde.

Staatslehre, Sommer 1813.

Hauptmann Scharner, veranlaßt durch den Dolmetscher Bölinger, der Brochem bei seinem Morgenbesuch in dem Bezirksamtsbureau beobachtet hatte, die in seinen Akten vorgenommenen Änderungen.

Daraufhin schrieben die vier Dezerementen, von denen nur noch ein uns gut bekannter Herr lebt, dem stellvertretenden Herrn Gouverneur Major v. Brochem, er solle sofort seine Funktion niederlegen, da sie mit ihm nicht mehr arbeiten wollten. (Drei der Herren waren Reserveoffiziere.) Herr v. Brochem hat dann in einer letzten Zusammenkunft mit dem Referenten noch versucht, den wilden Mann zu spielen, wobei ein die Lage außerordentlich komisch gestaltender Zwischenfall sich ereignete, der den Charakter des Herrn vollends klärte, falls da noch Zweifel bestanden hätte. Major v. Brochem befand sich bereits im März 1894 wieder auf der Heimreise. Geschehen ist ihm nicht!!!

Wenn diese Darstellung richtig ist, hat Herr v. Brochem allerdings alle Ursache, sich über die „höchst gemischte Gesellschaft“ des Reichstags moralisch erhaben zu fühlen!

### Ruhe ist des Bürgers Pflicht!

Die reaktionäre Presse ist mit dem Ausgang der Zäberndebatten insoweit ganz zufrieden, als das Nichtzustandekommen, das der Reichstag dem Reichsanzler ausgestellt hat, dergestalt ist. Der edle Othavio Freiherr v. Zedlitz und Neutra hört daher auch in der „Post“:

„Somit hat der Reichstag in der Verhandlung vom gestrigen Tage selbst die Auffassung des Reichsanzlers bestätigt, daß das Nichtzustandekommen vom 4. Dezember v. J. ohne größere Bedeutung und daher mit Recht unbeachtet geblieben ist. Dieser Verlauf der Dinge wirkt weiter aber auch ein scharfes Schlaglicht auf die ganze Einrichtung von Willigungs- oder Nichtwilligungsbeschlüssen im Anschluß an Interpellationen. . . . Statt einer Erweiterung seiner Macht hat der Reichstag mit der neuen Einrichtung bisher also nur ein lägliches Fiasko zu verzeichnen gehabt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Erstlich war an dieser zweiten Zäberndebatte namentlich auch die Einmütigkeit der großen bürgerlichen Parteien darüber, daß in den Reichsländern Zustände herrschen, die nicht durch eine schlaue Jügelführung, sondern nur durch eine feste und feste Politik wieder ins rechte Geleis gebracht werden können. Als wichtigste Frage bleibt aber aus der Verhandlung vom Freitag das weitere Schicksal der Kabinettsorder vom 1890 übrig; und hier können wir uns nach wie vor einer ersten Sorge nicht entschlagen.“

Das Blatt sieht die „kaiserliche Kommandogewalt“ schwinden, und die Schaffung einheitlicher Bestimmungen für das ganze Reich macht ihr Sorge. Das ist nichts Neues.

Die liberale Presse führt große Worte, die in diesen Blättern wenig realen Boden haben. So bemerkt die „Frei. Bl.“:

„Im übrigen bleibt es ein unergänzendes Verdienst des Reichstages, daß er in der Besprechung der Zäberndebatte inmitten des wüsten Treibens der Junker und Militärs dem Volke gezeigt hat, daß es an ihm, soweit es in seiner Macht liegt, einen Halt hat gegen Unrecht und für Recht.“

Mit Recht bemerkt das „Berl. Tagebl.“, es sei leider noch sehr die Frage, ob die geforderten Garantien auch wirklich gemäß dem allgemeinen Rechtsbewußtsein des Volkes geordnet werden sollen. Darüber indeß müsse man sich klar sein, daß eine kleine Korrektur der gesetzlichen Bestimmungen über die militärischen Rechte und Pflichten nicht ausreichen würde, um die sehr starke Erregung des Volkes über die Zäberner Vorgänge und ihre Konsequenzen zu befriedigen.

Trotz dieser Einsicht linksliberaler Kreise verjagt die fortschrittliche Reichstagsfraktion, den Vorstoß gegen die Militärkammer abzuwehren. Die Abg. Dr. Klotz und Genossen haben zum sozialdemokratischen Antrag folgenden Änderungsantrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Antrag Albrecht und Genossen wie folgt zu fassen: Den Reichsanzler zu ersuchen, einen Gesuchentwurf einzubringen, durch den die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine und die übrigen im § 1 der Militärstrafgerichtsordnung für das Deutsche Reich genannten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit wegen derjenigen strafbaren Handlungen unterstellt werden, welche nicht militärische Verbrechen oder Vergehen sind.“

### Fort mit dem Papierkorb des Bundesrats.

Inendlich viel Zeit und Mühen des Reichstages sind letzten Endes zwecklos aufgewendet, wenn der Bundesrat die Beschlüsse des Reichstages unberücksichtigt läßt. Das geschieht in reichem Maße. Das Zentrum hat deshalb zum Haushalt des Reichsamts des Innern folgenden Antrag eingebracht:

„Die Zusammenstellung der Entschädigungen des Bundesrats der Subjektionskommission zur Veräußerung zu überweisen, was bezüglich der als nicht erledigt zu erachtenden Beschlüsse des Reichstages geschehen soll.“

Zu grundlegenden Änderungen in dem den Reichstag so herabsetzenden Verhältnis wird sich das Zentrum nicht befehlen. Der Antrag vertritt daher wenig Besserung auf diesem Gebiete.

### Die krasse Gewalt in Zäberu.

Das offiziöse Wolffsche Depeschenbureau dementiert die Meldung, es seien in zwölf Fällen die von der Militärbehörde aus Anlaß der bekannten Vorgänge in Zäberu eingereichten Strafanzeigen gegen Zivilpersonen fallen gelassen und die schwebenden Verfahren eingestellt worden. In den auf Grund der militärischen Strafanzeigen gegen Zivilpersonen eingeleiteten Strafverfahren seien bisher Einstellungen nicht erfolgt. Diese Verfahren seien bisher noch nicht erledigt worden, weil die zur Durchführung erforderlichen und von der Militärbehörde erbetenen notwendigen Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft noch nicht eingegangen sind. Es handle sich dabei in ganzen um 33 Strafanzeigen aus Anlaß der Straßenunruhen. In weiteren 27 Strafuntersuchungen wegen der Straßenunruhen, die auf Anzeige der Polizei eingeleitet worden sind, sei Verurteilung eingetreten in 20 Fällen; in drei Fällen sehe die Verurteilung nach aus und in vier Fällen sei Einstellung erfolgt, weil sich eine strafbare Handlung nicht hat nachweisen lassen.

Als ist wieder einmal ein Beweis von der „Schlappheit“ der Zivilbehörden in Zäberu dahin. Das sagt weit sein: Die Militärpersonen, die die Schuld am Fall Zäberu tragen, bleiben straffrei, während die Zivilbevölkerung vielfach büßen muß.

### Der Görlitzer Schwabenstreich.

In der städtischen Lesehalle zu Görlitz wurden, wie wir bereits berichteten, der „Vorwärts“ und die „Görlitzer Volkszeitung“ von den übrigen Zeitungen abgetrennt; die beiden sozialdemokratischen Parteiblätter erhielten den Ehrenplatz neben dem Beamtenblatt. Diese Maßnahme soll der Magistrat auf Betreiben des patriotischen Jugendpflegeverbandes veranlaßt haben, eine Annahme, für die auch folgendes spricht: Am Freitag habe in der Lesehalle ein junger Mann zum „Vorwärts“ gegriffen. Bald trat aber die aufführfähige Dame an den „Vorwärts“. Dieser heran und hat ihn um die Angabe seines Alters. Als die

Forderung entrüftet zurückgewiesen wurde, erschien die Bibliothekarin. Diese sah sich den Herrn näher an und entschuldigte sich mit dem Hinweis, der „Vorwärts“ solle nicht in die Hände von jungen Leuten im Alter von unter 16 Jahren kommen. Der Mann hatte aber bereits ein schmales Bäckchen und zählte 25 Benge. — Nur zu Verbote Freilicht schmücken auch der Görlitzer Jugend süß

### Reichstagswahl in Söbau-Rosenberg.

Amliches Wahlergebnis: Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Marienwerder 2 am 21. Januar wurden 19 608 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt Landrat von Brünneck-Rosenberg (Reichspartei) 11 484, Gutbesitzer Kaszowski-Argentinier (Vole) 8146 Stimmen. Zerplittert waren 28 Stimmen. Gewählt ist somit v. Brünneck (Reichspartei).

### Lindenberg.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Gemäß § 11 Prehgesetzes erlaube ich, Ihren Artikel „Auf Jagoten Spuren“ in der Nr. 25 dahin zu berichtigen, daß die angebl. mit dem Namen Lindenberg unterzeichnete in der Kreuz-Zeitung abgedruckte Kundgebung betreffend das Zäberner Zivilgericht und das preussische Gesetz vom 18. Febr. 1894 nicht von mir ausgegangen oder veranlaßt worden ist.

Dr. Lindenberg  
Geheimer Oberjustizrat  
Senatspräsident bei dem Kammergericht.

Die Art, wie die „Kreuz-Zeitung“ die Zuschrift veröffentlicht hat, mußte den Gedanken nahe legen, daß sie von dem Senatspräsidenten herrühre. Wertvolligerweise behauptet die „Kreuz-Zeitung“ in ihrem Montagsabendsblatt, selbst nicht zu wissen, ob wir recht haben, da ihr die Zuschrift ganz gewiß nur mit der Unterschrift Lindenberg zugegangen sei. Sie hält dies aber für unwahrscheinlich, weil das Schreiben nicht von Berlin datiert war, und stellt uns anheim, welcher von den im preussischen Justizdienst tätigen Lindenberg es sonst sein könnte. Die „Kreuz-Zeitung“ selbst nimmt also gleichfalls an, daß die höchst wertvollen Ratschläge von einem hohen preussischen Justizbeamten ausgehen. Und das allein ist für uns das Besenliche und nicht die Feststellung, ob etwa der Poststempel von Posen datiert war, was auf den Bruder des Senatspräsidenten, den Oberlandesgerichtspräsidenten Lindenberg in Posen deuten würde. Allerdings ist es sehr merkwürdig, daß die „Kreuz-Zeitung“ sowohl als auch der Verfasser der Zuschrift seine Stellung verbirgt. Vielleicht gibt die Erklärung für diesen Umstand gerade die Verichtigung des Herrn Senatspräsidenten, der offenbar seinen Namen mit solchen juristischen Ausführungen nicht in Verbindung gebracht wissen will.

### Cipriani gewählt.

Rastau, 25. Januar. Bei der Wahl im sechsten Wahlkreis wurde der Sozialist Amilcare Cipriani mit 10 855 Stimmen gegen den Konstitutionalisten Preß, der 6118 Stimmen erhielt, gewählt.

Sobald die Wahl bekannt worden war, veranstalteten die Sozialisten große Manifestationen durch die Hauptstraßen der Stadt. Die Polizei mußte sich ins Mittel legen; viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Ueberall wird die Wahl Cipriani von den Sozialisten und Republikanern feillich begangen.

Cipriani ist eine der merkwürdigsten Persönlichkeiten der Partei. Er nahm an allen Kriegen und Revolutionen regen Anteil. Er kämpfte im Jahre 1859 gegen Oesterreich, 1870 gegen die Deutschen und im Jahre 1897 gegen die Türken auf Seiten der Griechen. Er ist schon mehrmals zu den verschiedensten Strafen verurteilt worden und befindet sich in der Verbannung in Paris. Die zahlreichen Verurteilungen, die Cipriani in Italien erfahren hat, verhindern seine Rückkehr. Die italienischen Sozialisten wollen nur auf diese Weise die Regierung zwingen, ihn wieder nach Italien zurückzulassen.

### Holland.

Das Kabinett und der Militarismus.

Das Kabinett hat am Sonnabend zum ersten Male eine deutliche Richtung erhalten, daß seine militärische Richtung sich nicht mit seinen sonstigen demokratischen Absichten verträgt. Bei der Beratung des Marinebudgets beantragte Genosse Eugen Holz die Streichung eines Betrages von 100 000 Gulden zur Reparatur des alten Kreuzers „Holland“. Der Minister meinte, er könne das Schiff nicht entbehren, solange die Kammer ihm den ersten Dreadnought, den er demnächst anfordern werde, nicht zugestanden hätte; er drohte mit dem Rücktritt, falls der Antrag angenommen würde. Diese Aeußerung rief große Entrüstung auf allen Seiten der Kammer hervor. Genosse Schaper protestierte gegen den Pressionsversuch. Ein Liberaler, ein Freisinn-Demokrat, ein katholischer Abgeordneter schlossen sich dem an. Die beiden ersteren erklärten jedoch, sie würden jetzt dem Antrag, obwohl sie damit sympathisieren, nicht zustimmen, weil sie nicht durch den Fall des Marineministers das Wahlrechtskabinett schwächen wollten. Darauf wurde der Antrag mit 46 gegen 15 Stimmen verworfen. Mit den Sozialdemokraten stimmten nur drei katholische Abgeordnete.

### Letzte Nachrichten.

Der Tarifkampf der österreichischen Buchdrucker.

Wien, 26. Januar. (B. Z. B.) Um die seit einiger Zeit herrschenden Unstimmigkeiten im Buchdruckgewerbe heizulagen, finden am 28. d. M. im Handelsministerium unter der Leitung des Sektionschefs Dr. Matuschek Besprechungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Gehilfenschaft statt. Gleichzeitig hat das Handelsministerium das Tarifamt der deutschen Buchdrucker zu Berlin eingeladen, einige seiner Mitglieder als Sachverständige zu den Besprechungen zu entsenden.

Anfall des Pariser Expreguges.

Tross, 26. Januar. Der Expregzug Nr. 17 stieg auf dem hiesigen Bahnhof mit einer Rangierlokomotive infolge falscher Weichenstellung zusammen. Der Postwagen des Zuges wurde vollständig zertrümmert und die beiden darin befindlichen Beamten tödlich verletzt. Noch etwa halbstündiger Verspätung konnte der Expregzug seine Fahrt fortsetzen.

Konkurrenzampf der Schiffsahrtsgesellschaften.

London, 26. Januar. Die Canadian-Linie, die White-Star-Linie und die American-Linie haben ihre Tarife für die Passagierbeförderung herabgesetzt.



**Öffentliche politische Versammlungen.**

# Zur hundertjährigen Wiederkehr des Todestages von Johann Gottlieb Fichte

am 27. Januar 1914

laden wir die Arbeiterschaft zu folgenden Gedenkfeiern:

**Berlin:** Nibles Festsäle, Dennewitzstr. 13  
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15  
Büttners Festsäle, Schwedter Str. 23/24  
Frankes Festsäle, Badstr. 19

**Neukölln:** Bartschs Festsäle, Hermannstr. 49.  
Anfang 1/9 Uhr abends.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Chorgesang: Krönt den Tag.  
Vortrag: Johann Gottlieb Fichte, sein Werk und seine Zeit.  
Chorgesang: Das heilige Feuer.  
Vortragende: Eduard Bernstein, Rudolf Breitscheid, Ernst Däumig, Ernst Reuter, Heinrich Schulz.  
Mitwirkende Arbeiterchöre: Fichte Georginia, Liedertafel West, Einigkeit, Gesundbrunner Harmonie, Männerchor Neukölln.

Der Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin.  
Der Einberafer: Ernst Däumig, Lindenstr. 69.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

### Mitglieder-Versammlungen

für folgende Bezirke und Branchen:

Mittwoch, den 28. Januar:

**Tischler.** Wedding und Moabit: bei Koczorowski, Rabenstraße 6. Abends 8 1/2 Uhr.  
Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 2. Branchenanliegenheiten.

**Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.**

**Königsstadt-Kasino,** Holzmarktstraße 72, abends 8 1/2 Uhr.  
Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Kommission und Neuwahl derselben, 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 3. Branchenanliegenheiten.

**Klavierarbeiter** abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14, Saal 4.

Tagesordnung: 1. Bericht der Branchensektion, 2. Neuwahl der Kommission, 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 4. Die Krankenkassenwahlen, 5. Branchenanliegenheiten.

**Bodenleger** abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.

Tagesordnung: 1. Wahl der Kommission, 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 3. Branchenanliegenheiten.

**Jalousiearbeiter** abends 8 1/2 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17.

Tagesordnung: 1. Die Entwicklung unserer Berufsorganisation, 2. Jahresbericht des Obmannes, 3. Wahl der gesamten Kommission, 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 5. Branchenversammlung.

**Rahmenmacher** abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 5.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 2. Branchenanliegenheiten.

**Bürsten- u. Pinselmacher** abends 6 1/2 Uhr, bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Kommission, 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 3. Branchenanliegenheiten.

**Schirmmacher** abends 8 1/2 Uhr bei Rüdiger, An d. Stralauer Brücke 3.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission, 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 3. Branchenanliegenheiten.

Donnerstag, den 29. Januar:

**Tischler.** Charlottenburg: abends 8 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 3.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 2. Bericht und Neuwahl der Funktionäre, 3. Branchenanliegenheiten.

**Stellmacher** abends 8 1/2 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 2. Bericht und Neuwahl der Kommission, 3. Bericht und Neuwahl der Zentralkommission, 4. Branchenanliegenheiten.

**Stock- u. Zelluloidarbeiter** abends 6 Uhr im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Kommission, 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 3. Branchenanliegenheiten.

**Korbmacher** abends 8 Uhr, bei Max Krause, Mariannenplatz 8.

Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Kommission, 2. Bericht und Neuwahl der Zentralkommission, 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 4. Branchenanliegenheiten.

**Perlmutterarbeiter** abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Kommission, 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 3. Branchenanliegenheiten.

### Möbel-Angebot.

Einzelne Möbelstücke liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen: Postkarte 806, Postamt 27. Keine Kassierer. Größte Auswahl.

Berlin, Nebst: Alfred Diele, Neukölln, Inhaber des Bezirksamtes.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Mittwoch, den 28. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung  
der Gold- und Silberarbeiter  
und verwandten Berufsgenossen  
im „Dresdener Garten“.** Dresdener Str. 45.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Max Schäfer: „Japanische Kultur“,  
2. Branchenanliegenheiten und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 28. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr:

**Branchen-Versammlung  
der Graveure und Ziseleure  
in den „Corona-Prachtsälen“.** Kommandantenstr. 72.  
Tagesordnung:  
Jahresbericht der Kommission und Neuwahl derselben.

Mittwoch, den 28. Januar 1914, abends 6 Uhr:

**Versammlung  
sämtlicher in der chirurgischen Branche  
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen  
im „Rosenthaler Hof“.** Rosenthaler Str. 11/12.  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht, 2. Neuwahl der gesamten Agitationskommission,  
3. Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Der nächsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, zahlreich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt IV, 3014.

**Spezialarzt  
Dr. med. Wockenfuß,** Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Mäßige Preise.  
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

**Konsum-Genossenschaft  
Königswusterhausen, N. 2.13.**  
Auf Grund des Gläubigerausgleichs-  
Beschlusses vom 16. d. Mts. fordere  
ich die Mitglieder hiermit an,  
die Haftsumme von 30 M.  
und den restierenden Geschäfts-  
anteil  
unter Einreichung der noch aus-  
stehenden Mitgliedsbücher, zur Ver-  
meidung besonderer Kosten  
bis zum 12. Februar 1914  
an mich abzugeben.  
Schwendau, 20. Januar 1914.  
bei Königswusterhausen.  
Fr. W. Schroeder,  
Konsumverwalter.

**Vorwärts - Abreiß - Kalender 1914**  
Preis 1.50 Mk.  
Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht.  
Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung.  
Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht.  
Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung.  
Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht.  
Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung.  
Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht.  
Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung.  
Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht.  
Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung.  
Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht.  
Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung.  
Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

## Petroleumbeleuchtung

im praktischen Gebrauch  
immer noch am billigsten!

### Urania-Salonoel

garantiert rein amerikanisches Sicherheits-  
petroleum (wasserhell), größtmögliche  
:: Sicherheit gegen Explosionsgefahr. ::

### DAPOL

garantiert rein amerikanisches Leuchtpetroleum.

Die bewährten Marken der Deutsch-Amerikan. Petroleum-Gesellschaft



## Schöneberg. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Heute Dienstag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
in den Neuen Rathssälen, Weininger Straße 8:

### Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Groger über: „Das demokratische Prinzip“,  
2. Diskussion,  
3. Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten,  
4. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

## Steinarbeiter

Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstr. 58/59:  
Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstr. 58/59:

**Versammlung der Sektion I  
Sandsteinbranche.**  
Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zum Tarif,  
2. Wahl der Sektionsleitung.  
Kein Kollege darf fehlen!

**Versammlung der Sektion II  
Marmorbranche.**  
Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zum Tarif,  
2. Wahl der Sektionsleitung.  
171/3\* Die Ortsverwaltung.

## Blendend weiße Wäsche!

Preisliste für schrankfertige Wäsche:  
Laken p. St. v. 12 Plan | Handtücher p. St. 4 Pf. | Kl. Bezüge p. St. 7 Pf.  
Tischluch. 15 - | Servietten 4 - | Strümpfe p. Paar 8 -  
Gr. Bezüge 18 - | Taschentuch 3 St. 10 - | Frottiertuch p. St. 10 -  
Gardinen, Stores gewaschen, gestärkt, gespannt p. Schal v. 50 Pf. an.  
Leibwäsche, gerollt, Taghemd, Nachthemd, Beinkleid, Schürzen  
p. Stück 12 Pf. Unterhosen, Korsettchen, Netzhemden p. Stück 8 Pf.  
Kinderwäsche p. St. 7 Pf., gepflicht Oberhemd v. 35 Pf. an, Kragen 7 Pf.  
Chemisettes, Paar Manschetten 15 Pf.  
Tägliche Abholung - Lieferung 7 Tage  
Dampfwäscherei „Rübezahl“ O. Fruchtstr. 2. Telephon: Königsst. 8480

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Konsum-Genossenschaft Königswusterhausen, N. 2.13. Auf Grund des Gläubigerausgleichs-Beschlusses vom 16. d. Mts. fordere ich die Mitglieder hiermit an, die Haftsumme von 30 M. und den restierenden Geschäftsanteil unter Einreichung der noch ausstehenden Mitgliedsbücher, zur Vermeidung besonderer Kosten bis zum 12. Februar 1914 an mich abzugeben. Schwendau, 20. Januar 1914. bei Königswusterhausen. Fr. W. Schroeder, Konsumverwalter.

Vorwärts - Abreiß - Kalender 1914 Preis 1.50 Mk. Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht. Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung. Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorwärts - Abreiß - Kalender 1914 Preis 1.50 Mk. Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht. Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung. Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorwärts - Abreiß - Kalender 1914 Preis 1.50 Mk. Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht. Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung. Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorwärts - Abreiß - Kalender 1914 Preis 1.50 Mk. Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht. Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung. Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorwärts - Abreiß - Kalender 1914 Preis 1.50 Mk. Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht. Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung. Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorwärts - Abreiß - Kalender 1914 Preis 1.50 Mk. Der Kalender ist vorzüglich ausgestattet und unterscheidet sich vollständig von dem landläufigen Kalendermaterial. An jedem Tag werden historische Daten, die der Partei und Kulturgeschichte entstammen, gebracht. Die geschmackvolle in Buntdruck ausgeführte Rückwand macht den Kalender zu einem Zimmerschmuck für jede Arbeiterwohnung. Zu beziehen durch alle Vorwärts-Ausgabestellen sowie von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

### Berlin City-Hotel

Dresdener Straße 52  
zunächst d. Gewerkschaftshaus.  
Neuer Besitzer, seit Juni vorigen  
Jahres  
Heute allgemein empfohlen!



Gewerkschaftliches.

Scharfmacherische Falschmünzer.

Die im Dienste des Unternehmertums stehende Presse versucht geflissentlich, wenn es gilt, das Wirken der Arbeiterorganisationen zu verunglimpfen, die einfachsten Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Das zeigt mit erfreulicher Offenheit die jetzt nochmals in der Unternehmerpresse hier und da auftauchende Beurteilung des Kampfes im Malergewerbe. Die letzte Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“ leistet sich etwas sehr viel in der Verdrehung der Tatsachen. Da wird versucht, den Reinfall der Scharfmacher mit ihrer Aussperrung in einen Mißerfolg der Gehilfen umzumünzen. Zu diesem Zwecke wird erklärt, die Meister hätten ein von den Gehilfen erst abgelehntes Angebot von 3 Pf. Lohnerhöhung gemacht, die Gehilfen berechneten ihren Erfolg aber selbst nur auf 1 1/2 Pf. pro Jahr (also 1/2 Pf. während der dreijährigen Tarifdauer), also deckte sich das Angebot der Meister und das Reinfall des Kampfes. (!) So viel Worte, so viel Unfuss und Schwundel zugleich.

Der Unternehmerverband im Malergewerbe hat feinerzeit vor Fällung der Schiedssprüche der bekannten Unparteiischen in ganz großen Bezirken Deutschlands nichts, in anderen einen Pfennig, vereinzelt drei Pfennig, auf drei Jahre verteilt, angeboten und außerdem jede Arbeitszeitverkürzung strikte abgelehnt. Der dann gefällte Schiedsspruch lehnte für die beteiligten 64 000 Gehilfen eine Lohnerhöhung von 3 bis 7 Pf., auf drei Jahre verteilt, fest und eine Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden wöchentlich für rund 10 000 Gehilfen. Dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern abgelehnt und sofort die Aussperrung verhängt. Bald darauf sprachen die Unternehmerführer beim Staatssekretär Dr. Delbrück vor und verdächtigen dort die Unparteiischen wegen ihres Schiedsspruches. Sie brachten über neue Verhandlungen zustande. Nach vier Wochen Aussperrung (!) beantragten sich die Unternehmer zu dem Angebot von 3 Pf. Lohnerhöhung generell (ohne Verteilung), sie lehnten aber jede Arbeitszeitverkürzung ab und wollten das Tariffschema in zehn wichtigen Positionen für die Gehilfen verschlechtern. Diese Zumutung wiesen die Gehilfenvertreter entschieden zurück und verlangten die Anerkennung der alten Schiedssprüche und deren Verbesserung für eine Anzahl Städte.

Nach einwöchiger Dauer des Kampfes drängten die Unternehmerführer, nachdem ihnen, nach ihren eigenen offiziellen Mitteilungen, aus ihren Kreisen von allen Seiten „jammervolle Briefe“ zugegangen, zu neuen Verhandlungen. Und nur schlußendlich die erst in Grund und Boden verdammt und elf Wochen bekämpften Schiedssprüche und mußten sogar noch für eine Anzahl Städte eine darüber hinausgehende Lohnerhöhung zustimmen. Wenn das kein Reinfall der aussperrungsfürchtigen Unternehmer ist, dann ist jeder verunglückte Kampf der Unternehmer schon von vornherein ein Sieg. Dies trifft auch zu, wenn die Tatsache, daß die Kämpfe den Gewerkschaften Kosten verursachen, als Beweis dafür betrachtet wird, daß sie für die Arbeiter erfolglos waren. Denn die Unternehmerverbände zahlen in den meisten Fällen nichts, weil sie nichts haben, sind also nach der famosen Logik der „Arbeitgeber-Zeitung“ immer die Sieger. Die Malermeister, die erst in die Aussperrung gehen und durch ungesetzliche Annahms- und Arbeitgeberverbandstrafen, durch Ma-

terial- und Stundenperre, gegen ihren Willen darin festgehalten wurden, erhielten keinen roten Heller Unterstützung. So mancher steht vor dem wirtschaftlichen Ruin und denkt darüber ganz anders als zur Zeit der Aussperrung. Sie unterliegen jetzt vielfach dem Drängen ihrer Gläubiger und der durch den unsinnigen Kampf geförderten Schmutzkonkurrenz.

Besonders effektiv soll es nun wirken, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ aus einem Protokoll der Generalversammlung des Verbandes der Maler einige Delegierte zitiert, die der Schiedsspruch nicht befriedigte. Daraus soll der Mißerfolg der Gehilfen nachgewiesen werden. Wir sind aber demgegenüber in der Lage, aus dem Protokoll des Hauptverbandstages der Unternehmer des Malergewerbes (August 1913) zu Berlin die Meinung aus Unternehmerrreisen über ihren „Sieg“ zu illustrieren. Dort sagte u. a. ein Unternehmerführer aus Magdeburg:

„Nachdem bald 13 Wochen vergangen waren, wurden unsere Kollegen wankelmütig und mähmütig, und nach den großen Opfern war es nicht mehr möglich, ein anderes Resultat zu erzielen. . . Die Gehilfenführer haben es ganz vorzüglich verstanden, uns in den April zu schicken.“

Ein Unternehmer aus Nordhausen sagte: „Unsere Kollegen glaubten, sie gehören einem starken Hauptverbande an, der geschlossen hinter ihnen steht. Das ist aber nicht der Fall.“ Ein Berliner Delegierter erklärte:

„Ein oder zwei (!) Redner haben gesagt, wir hätten einen Erfolg errungen. Ich behaupte: es war eine ganz gebörige Niederlage. (Sehr richtig!) Der Arbeitgeberverband ist sozusagen niedergebrosen. Ist es ein Erfolg, wenn wir das, was wir am Anfang haben konnten, nach dreizehnwöchiger Aussperrung unter ungeheuren Opfern annehmen mußten. (Sehr richtig!)“

Dann berichtete der Syndikus der Rheinländer: Es seien „tagtäglich die jammervollsten Briefe“ an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes gerichtet worden, so daß er „nicht mit Lust und Liebe“ die Interessen der Arbeitgeber vertreten habe. (Hört! hört!) Und der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes befragte, daß sechs Mann (die sechs Gauvorsitzenden) die Aussperrung einfach dekretiert hätten. Die Situation wäre immer bedenklicher geworden. Die Organisation hätte gedroht, zum Teufel zu gehen. Verschiedene Gauvorsitzende hätten Angst gehabt, den Ortsgruppenvorsitzenden die Situation ehrlich zu schildern. Ein Teil der sieben Hauptvorstandsmitglieder sei zehn Wochen mit dem Bewußtsein herumgegangen, durch ihre Beschlüsse die Arbeitgeber geschädigt zu haben. Es sei im Arbeitgeberverband etwas nicht in Ordnung, „aber niemand weiß, wo es steckt.“

Einem Delegierten, der rennommierte, er werde gegen die rote Flut anschwimmen, wurde „Ueberhebung“ zugerufen. Ein Hamburger sagte: Wir haben es schwer empfunden, daß wir noch einen Extrakampf von vier Wochen durchschießen mußten. . . Glauben Sie sicher, in Zukunft werden wir es uns überlegen, ob wir unter diesen Umständen wieder so stramm zur Fahne halten. (Sehr richtig! und Bravo!) Ein Delegierter aus Barmen: Man hat uns zugemutet, einen Frieden einzugehen, der für uns schmachvoll war.

Dann warf man sich gegenseitig „Stänkerer“, „Quengelei“, „Disziplinlosigkeit“ und anderes vor. Die Delegierten eines ganzen Gaus verließen unter Protest die Verhandlungen. Ein Führer sagte, der Arbeitgeber ver-

band habe die Neigung, auseinanderzufallen. — Das ist inzwischen schon geschehen, denn das Haupttariffamt hat ihn gezwungen, einen ganzen Gau wegen Tarifbruchs auszuscheiden und in anderen Gauen sind die Meister wegen des erlebten Mißerfolges in großer Anzahl ausgetreten.

Es ist ein starkes Stück der „Arbeitgeber-Zeitung“ (diese wird von dem eigentlichen Treiber zu der verunglückten Aussperrung, der in Hamburg sitzt, inspiriert), nach alledem den Versuch zu wagen, die offenkundigsten Tatsachen ins Gegenteil umzudrehen.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitslosigkeit in der Berliner Holzindustrie ist bekanntlich eine noch nie dagewesene. Tief bedauerlich im Angesichte dieser Tatsache ist, daß auch Firmen, die mit an erster Stelle im Unternehmervorband stehen, in ausgedehntem Maße Leberstunden leisten lassen. So die Firma Jaroski in einem Geschäftsausbau in der Oranienstraße in Berlin. Hier leisteten 10 Tischler geräumte Zeit täglich vier Leberstunden. Ferner forderie in einem anderen Ausbau in der Oranienstraße die Firma Köhler u. Goffm Nachf. von ihren Arbeitern Leberstundenarbeit. Es wäre Pflicht der Leitung des Arbeitgeberverbandes in der Holzindustrie, diese ihre Mitglieder zur Einhaltung des Vertrages aufzufordern und die Ausdehnung der Arbeitszeit zu untersagen.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsverbände fand nach dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“ am 12. bis 14. Januar im Berliner Gewerkschaftshaus statt. An erster Stelle wurde über die Regelung der Unterstützung außerordentlicher Lohn- und Abwehrkämpfe im Wege des Umlageverfahrens beraten und der Generalkommission die weitere Ausarbeitung eines möglichen Regulativs überlassen. Sodann wurde nach eingehender Debatte beschlossen, den seit dem Berliner Gewerkschaftskongreß 1896 bestehenden Gewerkschaftsausschuß zu beauftragen und die Vorstandskonferenzen auszugestalten. Eine Regualativ des vom Stuttgarter Kongreß 1902 beschlossenen Regulativs ist der Generalkommission übertragen worden. Der bevorstehende Kongreß in München soll darüber Beschluß fassen.

Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, deren seit 1906 jährlich 3 bis 4 abgehalten wurden, sollen, nachdem nunmehr so viele gewerkschaftlich tätige Kräfte teilgenommen haben, daß dem dringendsten Bedürfnis damit Genüge geleistet ist, derartig eingeschränkt werden, daß jährlich nur noch ein solcher Kursus stattfindet, dessen Teilnehmerzahl 50 nicht überschreiten darf. Es sind seit 1906 insgesamt 20 allgemeine Unterrichtskurse für 1274 Teilnehmer abgehalten worden, ungerchnet die Spezialkurse für Arbeitersekretäre.

An der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 werden sich die Gewerkschaften durch eine Kollektivausstellung ihrer gewerkschaftlichen und technischen Fachblätter beteiligen. — In Wien findet in diesem Jahre ein Internationaler Kongreß für Gewerkschaften statt. Auf Einladung der Kongreßleitung wird den Gewerkschaften nahegelegt, der letzteren ihre für Ausstellungszwecke geeignete Materialien zur Verfügung zu stellen und sich auf dem Kongreß, soweit dies ihr Berufsinteresse erheischt, vertreten zu lassen.

Eine bedeutungsvolle Neuerung beschloß die Konferenz für eine Reihe seit längerer Zeit vorliegender Grenzstreitigkeiten, deren endgültige Erledigung durch Beschluß mit Bindender Wirkung durch Schiedsgerichte herbeigeführt werden soll. Zu jedem dieser Schiedsgerichte wählen die beteiligten Verbände je 3 unparteiische Schiedsmänner, die sich einen weiteren Unparteiischen als Obmann wählen. Die beteiligten Verbände haben vor Einsetzung des Schiedsgerichts zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch fügen wollen.

Unter den sonst noch erledigten Fragen ist bemerkenswert, daß den Verbandsverbänden nahegelegt wurde, dahin zu wirken, daß

Kleines Feuilleton.

Die Foklarie. Es werden noch wie vor gedruckt und vertrieben: Goethes Werke (einschließlich der „Römischen Elegien“), die Bibel (deren „Altes Testament“ besonders reich an sexuellen Episoden ist), die „Parquise von D. . .“ von Kleist, der wenig „richtige“ Wieland, die Literatur der Modernen, die erotische Stoffe nicht wenig lieben.

Die Polizeiborniertheit trägt dagegen nur selten etwas. Man fürchtet doch ein Ditzchen die geistige Blamage. Auf dem Theater freilich — da ist man minorenhafter (im „fittlichen Gefühl“) und dreister (im brutalen Zupaden).

Es werden noch wie vor gedruckt und weithin sichtbar aufgehängt die dörsartig kitschigen Melambilder (es gibt freilich auch schon hierin ab und an Gutes, das ist nicht zu leugnen) für Zigaretten-, Parfümerien- und Konfektfirmen. Die hübschen Mädchen mit offenerzigen prallen Wuseln, die üppigen Färemsdamen in Schleiern, Modest Röntgen.

Die Polizei hat nichts dagegen. Diese Kunst entspricht ihrem Geschmack.

Es werden noch wie vor gedruckt und massenhaft verkauft die schneulichen „Scherlarzen“, an denen das Schlimmste nicht ist, daß sie (oft) sexuelle Anspielungen enthalten, sondern daß sie in Farbe, Zeichnung, „Idee“ (!) so unerhört geschmacklos und wiplos sind. Es werden vertrieben die süßlichen Karten mit halbnaekten Chansonetten, zum Teil nach Photographien hergestellt.

Die Polizei liebt diese Dinge. Ja vermute, daß viele Schaulustige sie besonders gern auf ihrem meist idyllisch-beschäftigungsfloßen Stehen und Wummeln in stilleren Strophen betrachten.

Aber die Schaulustige, die Professoren, die Rentieren, die Staatsanwälte, nehmen „Vergernis“ an Tizian, Leonardo, Raffael, Feuerbach, Rodin. Das ist nicht ihr Geschmack.

Es ist anzunehmen, daß sie diese Künstler weder kennen, noch verstehen. Und das ist eine öffentliche Schande, daß Ignoranten, bei denen eine verderbte Phantasie das bescheidenste Gefühl für Kunst erlegt, über Kunst richten.

Und es ist ein noch größerer Skandal, daß die „Nation der Dichter und Denker“ dieser Unverschämtheit nicht ein Ende zu machen versteht.

Yvette Guilbert. Vor bald zwanzig Jahren erregte in allen die von der Kunst mehr als bürgerliches Amusement wollten, Yvette Guilbert stürmische Hoffnungen. Sie fuhr wie Beifallschlag und Würdevind und gab, erderrückte die Whistler und mit anderen 1000, nachhaltig, Sindrücke von den damals wild aufstrebenden Romantreliteratur. Wie sie die Chantons der Straße regierte und agierte, wie sie in freier Ausgelassenheit mit einer Besse, einem Bild ein Stück sozialen Nachlebens aufzuweisen ließ, das schien und eine Offenbarung. Dinge, die vorher nicht auf der Bühne gesagt werden konnten, wurden nun möglich: denn hier spielte nicht ein Soubretchen mit Jötchen, sondern eine große (und ganz unverführerische) Künstlerin rig blutige Stunden auf.

Jetzt haben wir die Yvette wieder gesehen. Sie tritt mit einer ganzen Truppe im Beethovenaal auf. Der rote Schoß droht nicht mehr wie früher und Madelaine ist möglich geworden. Sie singt und regitiert im bauschigen grünen Rod mit Rosaleischen allerlei lustige, auch satirische Sachen aus dem 18. Jahrhundert. Sie ist weislich und spöttlich, Schelmerel spielt um den Rand, und led

funkeln die Augen unter der grauen Perücke. Mit netten jungen Mädchen fährt sie Reuette und andere Länze auf. Kurzum: es scheint eine kulturhistorische Familienunterhaltung zu werden. Ein Rötenspieler stimmt sanfte Gefühlseligkeiten an. Eine Engländerin (Fr. Broock) trägt prachtvollen Organs mit den großen Gebirgen des französischen Theaters den Traum der Iphigenie von Glud vor.

Die Guilbert droht in dem Ensemble zu verschwinden. Aber dann erweckt sie mit einer graufigen Ballade oder einem ledem Gassenhauer die Erinnerung an früher. Wenn sie die fromme Veterin vorführt und im Kirchenchor psalmodiert, ist sie köstlich. Und wie weiß sie zu pöden und das Gedicht plastisch zu überlegen in Rollinats Liede vom Schlangenfänger.

Sie ist immer noch eine große Künstlerin.

Nichte als Jenseit. Vor dem Einzug der französischen Truppen 1806 verließ Nichte Berlin und ging nach Königsberg, wo er im Dezember als ordentlicher Professor der Philosophie angeheilt wurde. Der wirkliche Grund seiner Berufung war, die Jenseit der Zeitungen auszuüben. „Ihm wird zugleich“ so hieß es im Ernennungspotential, die Jenseit der hiesigen Zeitungen aufgetragen und deshalb zur Pflicht gemacht, dahin zu sehen, daß die Nachrichten von den Kriegs- und anderen öffentlichen Begebenheiten nicht in einem verführerischen, den Patriotismus niederschlagenden Ton erzählt, gegenständig alle Anlässe, um den Ruh der Untertanen zu beleben, gehörig benutzt werden.“

Das sollte keine Polizeizensur im gewöhnlichen Sinne sein, sondern mehr ein patriotisches Erziehungsamt. Aber der bisherige Polizeizensur, dem nun die politische Beeinflussung der Presse abgenommen wurde, die sonstige Prezensur aber bleiben sollte, streckte gegen den Eindringling und mutete Nichte zu, sich auch um die rein politische Zensurierung zu kümmern. Das lehnte Nichte schroff ab. Der Konflikt wurde zwar zunächst zu seinen Gunsten entschieden, er scheint aber keine Gelegenheit gehabt zu haben, irgend einen patriotischen Aufschwung damals hervorzurufen.

Auch die Königsberger Unübersichtsvorlesungen begannen mit einem Skandal. Als er seinen ersten Vortrag damit begann, daß bis jetzt die Menschen im Dunkeln getappt seien, vollführten seine Gegner einen wüthen Lärm. Nichte blühte ruhig in das Getümmel und fuhr fort: „Ich habe geglaubt, meine Vorlesungen vor einer Versammlung von Menschen zu halten. Sollte ich mich darin getäuscht haben? Was unterscheidet den Menschen vom Tier? Der Mensch kann seine Gedanken, Ideen in Worten ausdrücken, die man versteht; das Tier, der Elefant, der Ochse und der Esel kann das nicht, daher stampft er mit den Füßen, brüllt in unartikulierten Tönen, kurz, er benimmt sich unverständlich.“ Jetzt war man ruhig, aber nachts wurden ihm die Fenster eingeworfen. Die Königsberger Wirksamkeit endigte am 23. März 1807.

Der Vorläufer. Auf eine gelungene Weise hat ein reaktionärer französischer Journalist die Glanzheit der Bourgeoisrepublikaner, die das Volk mit den breiten Bettelkuppen der „Aufklärungs“ phrase abspießen und das mechanische Parlamentsgetriebe verhöhnt, wo der „Volkvertreter“ den Dank der Wähler, nicht durch Dienste für die Gesamtheit, sondern durch Gefälligkeiten für den Herrn jedermann anstrebt. Ein Redakteur des „Ceclair“ ließ vor einigen Monaten Briefbogen drucken, die die Aufschrift „Komitee für die Jahrbundertfeier Hegosypho Simons“ und darunter das mit dem Autornamen des Jahrhundertmenschen gezeichnete geistvolle Motto trugen: „Die Justizmens verschwindet, wenn die Sonne aufgeht.“ Er sandte hierauf, auf diesen Bogen, an je hundert Deputierte und Senatoren, die er aufs geradewohl herausgelacht hatte, die Einladung, sich an der Enthüllung des Denkmals, das „endlich“, dank der Großmut

eines edlen Sponsors, dem „Vorläufer und Erzieher der Demokratie“ errichtet werden könne, durch Eintritt ins Ehrenkomitee sowie durch eine Rede bei der Feier zu beteiligen.

Neun Deputierte und 15 Senatoren haben bisher zugehört. Nun rüdt der Spahvogel mit der Enthüllung heraus, daß „Gogosypho Simon“ nie existiert hat! Unter den Leuten, die auf den List hereingefallen sind, befinden sich sehr bekannte Parlamentarier, u. a. der ehemalige Unterstaatssekretär der schönen Kunst Besnard und der Senator Vintilhac, der Doktor verschiedener Fakultäten ist, an der Sorbonne Vorlesungen hält und eine Menge dicker literaturgeschichtlicher Bücher geschrieben hat! — Einige der Gefoppten reden sich auf ihre Sekretäre aus. In der Tat lassen viele Parlamentarier die ungeheure Korrespondenz, die ihnen von Witzstellern jeglicher Art aus ihrem Wahlkreise zugeht, ungelesen durch Angestellte deantworten. Dieses Verfahren mag im gegebenen Fall die betreffenden Abgeordneten von der Blamage ertheben, aber dafür ist das System bloßgestellt. Nur daß man nicht glauben muß, daß es etwa die dem „Ceclair“ nahestehenden Politiker besser trieben.

Notizen.

Theaterchronik. Die neue Direktion der Komischen Oper oder des Theaters an der Weidendenammer Orde hat die Billettpreise bedeutend ermäßigt und die Einrichtung getroffen, daß keine Vorverkaufsgeldhöre erhoben wird. Die Billetts sind schon acht Tage vorher zu haben.

Vorträge. Der Vortrag von Julius Meier-Graefe „Kunst als Kunstgewerbe“? findet Mittwoch, den 28., im Aunsfalon Paul Cassirer statt. — Prof. Georg Wegener hält am Mittwoch auf Grund seiner persönlichen Kenntnis in der Krania einen Vortrag mit Lichtbildern über den Panomafanal, über seine Geschichte, seine Vollendung und seine künftige Bedeutung.

Das Münchener Künstler-Theater, das von ganz unpraktischen Theaterreformatoren der Stadt München aufgegeben wurde, scheint jetzt am Ende zu sein. Die letzten Jahre war es an den Drei-Masken-Verlag vermiert, der dort die auch im Berliner Theater am Rosendorffplatz gespielten Offenbach-Operetten aufzuführen ließ. Der Verlag hat jetzt seinen Kontrakt mit der Stadt München gelöst und das zur Fremdenlodung bestimmte Theater wird nächsten Sommer nicht spielen. Ob die angefordigten Umbauten dem Theater ermöglichen werden, endlich reformierend zu wirken, bleibt sehr fraglich.

Prof. Friedrich Jodl ist in Wien, wo er seit 1886 als Lehrer der Philosophie tätig war, gestorben. Er war ein freimütiger Forscher, der den Schwärzen ein Grenel war. Seine große Geschicklichkeit sichert ihm den wissenschaftlichen Rang. In seiner lehteren Schrift über ethische und kulturelle Themoia hat er in seiner Weise aufklärend gewirkt. Jodl hat auch Feuerbachs sämtliche Werke herausgegeben und sein Leben und sein Schaffen dargestellt.

Ein Tagesverdienst von 240 000 Mark. Den höchsten Handelsgewinn, der je innerhalb von 24 Stunden erzielt wurde, dürfte das Geschäft ergeben haben, das neulich die beiden New Yorker Bankfirmen Kuhn, Loeb u. Co. und William A. Read u. Co. durchführten. Der Staat von New York hatte in diesen Tagen einen Etat von 4 1/2 prozentigen Bonds im Nominalwert von 204 Mill. Mark zur öffentlichen Versteigerung gebracht. Die beiden zu einem Syndikat vereinten Bankfirmen erhielten den Zuschlag. Am nächsten Morgen brachten sie die Papiere an den Markt und verkauften sie im Laufe von zwei Stunden mit einem Nutzen von 2 400 000 M. — Und da sofort die Hezer noch von einer verrückten Wirtschaft-



alle Gewerkschaftsangelegenheiten gemäß dem Vereinbarungsbeschluss der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen den auf den 1. Mai jedes Jahres entfallenden Gehaltsanteil an den Kaiserfonds ihres Bezirks abzuführen.

**Achtung, Musikhallplatten-Freier!** Bei der Firma „Arion“, Société Française des Phonographes, Frankreich, Cligny (Seine), 33 Rue Klug, stehen die Freier im Streit. Es wird versucht, Freier in Deutschland anzuwerben. Wir warnen davon, Arbeit nach Frankreich anzunehmen. Alle Angebote sind auf unserm Bureau zu melden.

Fabrikarbeiter-Verband, Engelshof 15.

### Ausland.

#### Streik in der Blechwarenfabrik Affolter, Christen u. Cie. in Basel.

Seit 10. Januar stehen 120 Arbeiter dieser Firma im Streit. Im November wurde ein neuer Betriebsleiter in der Fabrik eingestellt. Zuerst versuchte er es mit der Unterdrückung der Organisation, was ihm allerdings nicht gelang. Dann unternahm er Versuche zur Reduktion der Affolterpreise und schließlich präferierte er unter Bruch eines Arbeitsvertrages, der nach 1918 gelten sollte, eine neue Fabrikordnung, die alle Erzeugnisse der Organisation in den letzten 20 Jahren über den Haufen warf. Statt des Reinstundenlohnes, der seit 1907 bestand, sollte wieder der Reinstundenlohn eingeführt werden. Ferner war eine Erhöhung einbehaltenen Lohnes von 2 auf 3 Tagelöhne, Verringerung des Jahrestages, einseitige Festsetzung der Affolterpreise, Entlassung bei Affolterverweigerung vorgesehen. In einer Reihe von Artikeln der Arbeitsordnung kommt die ganze Misshandlung gegen die Arbeiter zum Ausdruck. Auf den Einspruch der Arbeiter erfolgten 14 Mahnungen, worauf die Gesamtarbeiterchaft kündigte. Die Streikenden appellierten an die Solidarität der deutschen Genossen und bitten, sie in dem aufgesetzten Kampfe dadurch kräftig zu unterstützen, daß aller Jagd ferngehalten wird.

## Sichte und der Jungdeutschlandbund.

Unsere großen Dichter und Denker gehen ohne Ausnahme die zweifelhafte Ehre, von unseren „offiziellen“ Kreisen gefeiert zu werden, — wenn sie längst gestorben sind. Im Leben pflegt man sich gewöhnlich nicht viel um sie zu kümmern. Das war früher so und hat sich auch in unseren Tagen nicht viel geändert. In diesen Tagen ist Johann Gottlieb Fichte an der Reihe. In denen, die den Namen Fichtes oft im Munde führen, gehört auch der Jungdeutschlandbund.

Und gerade er hat auch nicht das mindeste Recht, sich irgendwie auf diesen Philosophen zu berufen. Fichtes Ideen stehen im denkbar schärfsten Gegensatz zu den Zwecken und Zielen, die der Jungdeutschlandbund verfolgt. Wir brauchen, um uns das klar zu machen, nur seine „Reden an die deutsche Nation“ heranzuziehen.

Diese Reden sind nicht nur ein unvergängliches Denkmal der deutschen Literatur, sie sind auch ein schönes Zeugnis eines wahrhaft deutschen Mannes. Freilich von jungem Mannesalter, wie er so gar keine Ähnlichkeit hat mit dem, was sich die Herrschaften um v. d. Holz gewöhnlich darunter vorzustellen pflegen. Am Angesichte einer starken feindlichen Besatzung, unter den Kanonen der französischen Armee forderte Fichte das gesamte deutsche Volk (das damals noch ein imaginärer Begriff war) zum Widerstand, zur Erhebung auf.

Indessen, so meinte Fichte, müsse das deutsche Volk, um stark genug zu sein, eine ganz andere Schule durchmachen als die lebende Generation. Und zwar müsse der Nachwuchs aller Deutschen, ohne Unterschied des Standes und des Vermögens, dieser neuen Erziehung teilhaftig werden. Nicht mehr soll es den verzärtelten und verweichlichten Söhnen der Reichen unter Anwendung von allerlei Mitteln möglich sein, mit Ach und Krach durchs Examen gepreßt zu werden, während der Plebeierjunge, der wohl das Zeug dazu hätte, auf das Studium verzichten muß, weil er nicht vorläufig genug war in der Wahl seiner Eltern. Doch hören wir Fichte selbst:

„Es bleibt uns sonach nichts übrig, als schlechthin an alles ohne Ausnahme, was deutsch ist, die neue Bildung zu bringen, so daß dieselbe nicht Bildung eines besonderen Standes, sondern die Bildung der Nation schlechthin als solcher und ohne alle Ausnahme einzelner Glieder derselben werde, in welcher... aller Unterschied der Stände, der in anderen Zweigen der Entwicklung auch fernerhin stattfindend mag, völlig aufgehoben sei und verschwinde...“

Will der Jungdeutschlandbund etwa behaupten, daß er schon das geringste getan hat, um diese Fichtesche weltliche Volksschule aus der Idee in die Wirklichkeit zu überführen? Man sehe sich diese Vertreter unseres offiziellen Vorkriegstums, diese Epigonen der Militärdoktrinen nur ein wenig näher an und man wird begreifen, wie wenig berechtigt diese Leute sind, den Namen Fichtes im Munde zu führen.

In Fichtes Schule selbst sollen Unterricht und Arbeit Hand in Hand gehen. Es gibt bisher nur eine Partei, die diesen Gedanken christlich vertritt und das ist die „vaterlandlose“ Sozialdemokratie.

Nach manchem ist in diesen Reden enthalten, wovon man bei den offiziellen Feiern höchlich schweigen wird. Dem Jungdeutschlandbunde ist nach vielen Neuerungen seiner Führer die Religion im Unterricht nicht entbehrlich. „Dem Volke muß die Religion erhalten werden.“

Fichte hat sie in seiner Erziehungsanstalt nicht nötig:

... diese Religion, die offenbar eine Dienerin der Selbstsucht war, soll allerdings mit der alten Zeit zugleich zu Grabe getragen werden; denn in der neuen Zeit bricht die Ewigkeit nicht erst jenseit des Grabes an, sondern sie kommt ihr mitten in ihre Gegenwart hinein, die Selbstsucht ist aber sowohl des Regiments als des Dienles entlassen und zieht demnach auch ihre Dienerin mit ihr ab.“

Ist der erste Teil der neuen Erziehung erledigt, dann erst soll es sich entscheiden, wer von den Höglingen die „Gelehrtensaufbahn“ einschlagen soll und wessen Schulzeit nun beendet ist.

Nur dem Knaben, der eine vorzügliche Gabe zum Lernen und eine hervorragende Hinnelung zu der Welt der Begriffe zeigt, kann die neue Nationalerziehung erlauden, diesen Stand zu ergreifen; jedem aber, der diese Eigenschaften zeigt, wird sie es ohne Ausnahme und ohne Rücksicht auf einen vorgelegten Unterschied der Geburt erlauben müssen; denn der Gelehrte ist es keineswegs zu seiner eigenen Bequemlichkeit, und jedes Talent dazu ist ein schätzbares Eigentum der Nation, das ihr nicht entzogen werden darf.“

Natürlich kostet diese Nationalerziehung viel, viel Geld. Und woher will Fichte es nehmen? Wer soll zahlen? Der Staat ist nach Fichtes Ansicht verpflichtet, diese Aufgabe zu übernehmen.

Wie jetzt ist der bei weitem größte Teil der Einkünfte des Staates auf die Erhaltung stehender Heere verwendet worden. Der Erfolg dieser Verwendung haben wir gesehen; dies reicht hin, denn tiefer in die besonderen Gründe dieses Erfolges und der Einrichtung dieser Heere einzugehen, liegt außerhalb unseres Planes. Dagegen würde der Staat, der die von uns vorgeschlagene Nationalerziehung allgemein einführt, von dem Augenblick an, da ein Geschlecht der nachgewachsenen Jugend durch sie hindurchgegangen wäre, gar keines besonderen Heeres

bedürfen, sondern er hätte an ihnen ein Heer, wie es noch keine Zeit gegeben.“

Gelübt es den Jungdeutschlandbund, mitzuhelfen an der Erreichung dieses Zieles? Will er brechen mit der „volksfreundlichen“ Tradition von der Aufgabe des Heeres, den „inneren Feind“ zu bekämpfen?

Wir empfehlen den Herren auch noch folgende Stelle zur genaueren Durchsicht und Beherzigung:

„Schon seit einer Reihe von Jahrhunderten haben die Völker Europas aufgehört, wilde zu sein und einer zerstörenden Tätigkeit um ihres selbst willen sich zu freuen. Alle Jnden hinter dem Kriege einen endlichen Frieden, hinter der Anstrengung die Ruhe, hinter der Verwirrung die Ordnung, und alle wollen ihre Laufbahn mit dem Frieden eines häuslichen und stillen Lebens geendet sehen. Auf eine Heilung mag selbst ein nur ein eingebildeter Nationalvorteil sie zum Kriege begeistern; wenn die Aufforderung nun wieder auf dieselbe Weise zurückkehrt, verschwindet das Traumbild und die Haderkraft, die dasselbe gegeben hat, die Sehnsucht nach ruhiger Ordnung kehrt zurück, und die Frage: für welchen Zweck tue und trage ich denn das alles? erhebt sich.“

Nach manchem enthalten diese 14 Reden, das zu den Zielen des Bundes paßt wie die Faust aufs Auge; doch das wird die Herren nicht abhalten, ihre Pflichterfüllung zu begeben, wie sie es nun einmal gewöhnt sind, in dessen die proletarische Jugend sich daran macht, die Joden Fichtes zu verwirklichen.

## Der Jahresbericht der geeinigten französischen Partei.

Der „Socialiste“, das offizielle Mitteilungsorgan der geeinigten Partei veröffentlicht die Berichte der verschiedenen Parteioberkörper an den in Amiens stattfindenden 11. Nationalkongress. Der Bericht des Sekretariats über die Entwicklung der Organisation lautet recht günstig. Die Zahl der steuernden Parteimitglieder ist von 88 503 auf 72 785 gestiegen. Dieses Wachstum — 3001 — im letzten Jahr bleibt wohl hinter dem des vorletzten (5246) zurück. Der Parteisekretär Genosse Dubrenilh hebt aber hervor, daß im Berichtsjahr weder Kammer- noch Gemeindevahlen stattfanden und bisher nur in Wahljahren die Zunahme größer war. Allerdings brachte der letzte Sommer die große, im ganzen Land mit Energie betriebene Agitation gegen die dreijährige Dienstzeit. Auch war das Wachstum keineswegs im ganzen Land wahrnehmbar. Vielmehr haben von 83 Föderationen nur 43 zugenommen, dagegen 34 abgenommen und 3 sind stehen geblieben. Am größten war der Mitgliederzuwachs im Seine-Departement, wo ein „roter Sonnabend“ über 1000 neue Genossen warb. Der gesamte Zuwachs beträgt dort 1120. Sehr ansehnlich ist der Gewinn im Pas-de-Calais, wo die Föderation von 2425 auf 3275 Mitglieder anwuchs. Die stärkste Föderation, der Norden hat nur 75 Mitglieder gewonnen. Die Zahl der Föderationen, die über 1000 Mitglieder mütern, stieg von 16 auf 20. — Den Rückgang und den Stillstand in so vielen Gegenden führt der Bericht hauptsächlich auf die unmethodische Art der Propaganda zurück, bei der die begonnene Organisationsarbeit oft liegen gelassen wird und wieder verfällt. Im ganzen ist noch sehr, sehr viel zu tun. Frankreich zählt über 20 Millionen proletarischer Männer und Frauen, es hat 1 100 000 sozialistische Wähler. Dennoch sind nur 375 vom Tausend der Proletarier und 981 vom Tausend der sozialistischen Wähler in der Partei organisiert. Der Bericht bringt auch die auf die Gesamtbevölkerung der Departements bezüglichen Verhältniszahlen. Danach ist die Organisation im Nord am besten. Dort gehören 85 vom Tausend der Bewohner der Partei an. Gleich danach kommt die Föderation des — ganz agrarischen — Gard (5,7). Die Seine kommt mit 2,9 an 11. Stelle. Die Rhone-Föderation mit ihrer starken Industriearbeiterchaft (Lyon!) steht an der 31. (1,8). Die Ineffektivität der Organisationsverhältnisse im großindustriellen Osten wird durch die Jiffer der Neuchâtel-er-Modelle (0,1) illustriert. Dieses Departement steht an drittlezter Stelle!

Eine Föderation ist der Partei sozulagen verloren gegangen und wird zweifellos formal gestrichen werden. Es ist die der Insel Martinique. Sie stand überhaupt nur auf dem Papier. Da der Deputierte der Insel Lagroffliere im letzten Sommer aus der Fraktion ausgestiegen ist, bleibt vermutlich niemand auf der Insel, der über die Inhaber der seit 1907 gelösten 100 Parteistimmen Aufsicht geben könnte. Da sie sicher nie in der dreidimensionalen Welt gelebt haben, ist der Verlust zu ertragen. Eine zweite Föderation, die des Departements Cantal, hatte immerhin eine reale, wenn auch sehr schwache Existenz. Aber sie hat auf 120 Mitglieder im ganzen — 30 Monatsbeiträge bezahl. Weitere fünf Föderationen hatten unter 100 zahlende Mitglieder. Der Parteitag wird zu beschließen haben, ob sie weiter anerkannt bleiben sollen.

Das Budget des letzten Jahres weist Einnahmen im Gesamtbetrag von 168 776 Fr. auf; davon kommen auf Parteibeiträge 57 084 Fr., auf die Deputiertensteuer 88 400 Fr. Die Ausgaben betragen 155 184 Fr. Darunter aber sind 40 000 Fr. die der „Humanität“ zugeführt wurden.

## Um das Koalitionsrecht.

Im Regierungsbezirk Merseburg fanden bislang etwa 25 Protestversammlungen gegen die Pläne auf völlige Vernichtung des Koalitionsrechts und für eine Ausdehnung und Sicherung des Koalitionsrechts statt. Am Sonntag allein fanden 12 Versammlungen statt. Von allen Orten, so aus Halle, Bitterfeld, Wittenberg, Zeitz, Weiskensfeld, wird über einen sehr regen Versammlungsbezug berichtet. In Halle beschloß die Versammlung auch ein Berantreten an die Stadtverwaltung wegen Einrichtung einer Arbeitslosenfürsorge.

### Christliche Streikfänger.

Am 16. Januar hatten sich circa 20 Arbeiter, die im Karbidwerk Brechung beschäftigt waren, vor dem Landgericht Cassau wegen Streikvergehens zu verantworten. Wie einnehmen dem „Vaterländischen Wochenblatt“ über die Verhandlungen folgendes:

Die Angeklagten hatten sich der „christlichen“ Organisation angeschlossen und leisteten an den Arbeitgeber Forderungen ein. Als diese scharf zurückgewiesen wurden, traten die Arbeiter in den Streit. Wegen der Unmöglichkeit des Unternehmens und weil die Streikenden der Meinung waren, daß die Gendarmen sie einseitig auf die Seite des Unternehmers stellten, getrieben sie in eine begriffliche Erregung, die auch den sich mahnenden Arbeitswilligen gegenüber zum Ausdruck kam. Am 4. Dezember die Häuserbesuche Schreiner und Randl aus Schönbrunn für von dem Streikposten Spindler unter Drohungen zurückgehalten. Am nächsten Tage versuchten abermals mehrere Arbeiter, in die Fabrik zu gehen. Der Streikposten Oberl konnte sie nicht zurückhalten, weshalb er den in einem Gasthause befindlichen Kollegen durch Pfeifen zu erkennen gab, daß etwas los sei. Nun kamen circa 45 Streikende aus dem Lokal und die Arbeitsjünglinge wurden verprügelt. Der Arbeiter Weber schok sogar auf die Füßchen, den, ohne jedoch zu treffen. Die bürgerliche Presse schrieb damals, die Täter würden sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben. Über die Anklage lautete verständigerweise nur auf Körperverletzung. Es erhielten Spindler 6 Wochen, Söhl und Weber je 4 Wochen, Oberl 3 Wochen Gefängnis, weitere 8 Mann

je 10 Tage, zwei je 14 Tage; die übrigen wurden freigesprochen.“

Das sind, wenn man in Rücksicht zieht, daß die Arbeiter sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen und in Erregung über die einseitige Parteinahme zugunsten des Unternehmertums befanden, noch recht harte Urteile. Wieviele Studenten und Inspektoren mühen ins Nichts, wenn jede Prügelei mit gleichem Maße gemessen würde. Aber immerhin sind die Strafen im Vergleich zu den überaus harten Urteilen, die gegen Streikfänger in Rheinland-Westfalen, in Mitteldeutschland, im Norden und Osten Preußens gefällt sind, noch gering. Wenn der schützliche Wunsch des christlichen Arbeiterführers und bayerischen Landtagsabgeordneten Oswald,

daß man in Süddeutschland doch die harten norddeutschen Urteile einführen möchte,

in Erfüllung gehen wird, dann wird es soweit kommen, daß auch christliche Streikfänger wegen solcher Vergehen, wie sie im Passauer Prozeß zur Aburteilung standen, nicht nur auf Wochen, sondern auf Monate ins Gefängnis wandern müssen, oder gar als „Landfriedensbrecher“ angeklagt werden, weil sie ein wirkliches oder vermeintliches Recht wahren wollten. Na und wie erst, wenn sie, wie Oberl v. Neuter, die Arbeitswilligen in einen Pandurenkeller stecken.

### Die Landarbeiter brauchen kein Koalitionsrecht.

Zur Illustrierung der famosen Behauptung des konservativen Abgeordneten von Graefe, die Landarbeiter brauchen kein Koalitionsrecht, bringt unser medienburgisches Schwesterorgan, die „Medienburgische Volkszeitung“, einige interessante Daten, die zeigen, daß die medienburgischen Agrarier Ausländer einstellen, weil sie billiger sind, und daß die Agrarier in Medienburg mit vereinten Kräften auf Herabsetzung der Löhne drängen.

Es wird folgendes charakteristische Schreiben veröffentlicht:

Hertensteinfeld, den .....

Seine Hochwohlgeboren

Herren v. Joppell auf Clausdorf.

Nach unserer telephonischen Unterhaltung erlaube ich mein Vorwissen R. sich Ihnen vorzustellen. Der R. ist durchaus fleißig und tüchtig; ich entlasse ihn nur, weil ich mir der Billigkeit halber Ruthen besorgt habe.

Hochachtungsvoll

G. Berger, Domänenpächter.

Aus dem Geschäftsbericht des Ausschusses für Beschaffung von Landarbeitern“ führt unser Moskauer Organ folgende Stelle an, in der mitgeteilt wird, es sei

durch die „Rentale“ gelungen, eine Herabminderung der Beschaffungskosten und der Löhne zu erreichen. Endlich wird ein Geheimschreiben aus dem „Patriotischen Verein“ angeführt, das dessen Hauptdirektorium, der frühere Abgeordnete Retlich, versendet hat. Aus diesem ergibt sich, daß die Großherzogliche Eisenbahndirektion sich bereit erklärt hat, die Löhne der Eisenbahnarbeiter niedrig zu halten, damit auch die Löhne der Landarbeiter niedrig gehalten werden.

Herr von Graefe wie die Konservativen überhaupt beanspruchen also für die Arbeitgeber das Recht der Koalition, um die Löhne niedrig zu halten, ja, sie wenden ihren Einfluß auf zu dem Zweck, die Eisenbahnarbeiterlöhne niedrig zu halten. Aber die gemeinschaftliche Arbeitsunterbrechung und die Koalition der Landarbeiter zwecks Erhaltung menschenwürdiger Löhne bekämpfen sie. Die beste Verachtung gegen solche Arbeitslohnerniedrigung bezeugt, wer dem den Agrariern verhafteten Landarbeiterverband beitrifft.

## „Die im Schatten leben“.

Gestern hatte auf die Klage der Berliner „Freien Volksbühne“ das Oberverwaltungsgericht das Verbot der Aufführung von Emil Rosenows Drama „Die im Schatten leben“ auf seine Rechtmäßigkeit nachzuprüfen.

Das Stück, das die „Freie Volksbühne“ seinerzeit im Thalia-Theater aufgeführt hatte, gibt einen Auschnitt aus dem Arbeiterleben. Es spielt in der Gegend von Dortmund, und zwar im Hause der Witwe Küdel inmitten der Arbeiterkolonie eines Berg- und Hüttenwerks. Es entrollt die Schicksale der Familie Küdel und der mit ihr in Verbindung lebenden Personen aus dem Berg- und Hüttenarbeiterhande. Die aus diesem Milieu gebildeten Personen sind mehr oder minder unter dem Druck der Verhältnisse gedrückt. Geilich hat und voll solchen Mutes ist dagegen die älteste Tochter der Witwe Küdel: als sie die Enge der Verhältnisse verläßt, wo sie verkommen müßte, hat man das Gefühl, sie wird sich „da draußen“ durchsetzen. Damit schließt das prächtige Stück unseres leider viel zu früh verstorbenen Genossen Emil Rosenow, des vormaligen Reichstagsabgeordneten.

Das künstlerisch wertvolle Stück erregte den Unwillen des Berliner Polizeipräsidenten bzw. seines Jenseits. Durch Verfügung vom 1. Mai 1912 verbot der Polizeipräsident die „öffentliche“ Aufführung im Thalia-Theater, nachdem er vorher die gefassten Mitgliedervertretungen der Berliner „Freien Volksbühne“, dieses großen Kulturaktors im Berliner Leben, mit nachfolgender Zustimmung des Oberverwaltungsgerichts zu „öffentlichen“ Vorstellungen gehandelt hatte. Er hielt die öffentliche Ordnung für gefährdet. Die Schilderung der im Stück vorfindenden Personen aus dem Kreise der Bergverwaltung mißfiel ihm; die Schilderung des Bergarbeitermilieus mißfiel ihm; beides zusammen aber erschien ihm gleichsam als Aufreizung zum Klassenhass.

Der Vorstand der „Freien Volksbühne“ erhob Widerspruch.

Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde. In seinem Bescheide gab er folgende merkwürdige Begründung: Nach dem Inhalt des Stückes schei außer Zweifel, daß die darin gegebene Schilderung des Bergarbeiterlebens eine gewisse Allgemeingültigkeit beanspruche und daß die darin auftretenden Personen danach weniger als Einzelpersonen, wie als Vertreter gewisser Gesellschaftsgruppen in Betracht kämen. Von diesem Standpunkte aus müßte es Bedenken erregen, daß den Kreisen des Unternehmertums und der Bergverwaltung durch eine Gewinnung unterlegt werde, welche auf eine gewissenlose Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit und der Notlage der Bergarbeiter und ihrer Angehörigen hinauskomme.

Ihren Höhepunkt erreichte diese Tendenz in der während der Beeridigung der verunglückten Bergarbeiter spielenden Verführungsszene, in der ein junger Bergelohne das Schandchen, die jüngste Tochter der Witwe Küdel, verführt, mit ihm auf Reisen zu gehen, sowie in dem gegen die Angehörigen der Verführten ausgeübten Zwange, sich (gegenüber der Festlichkeit) mit der lügenhaften Darstellung des Verführers geduldig anzufügen. Wenn derartige einer hauptsächlich aus Arbeiterfamilien bestehenden Zuschauerschaft als für die Behandlung der abhängigen Arbeiter und ihrer Angehörigen Tugend (Allgemeingütigkeit) vorgeführt werde, dann müßte es notwendig in diesen Jähzornen Ingrimmigen das gegen bestimmte Stände und Gesellschaftsgruppen hervorgerufen. Des weiteren muß dann der Oberpräsident dazutun, daß der Verfasser die gefällige soziale Fürsorge außer acht gelassen habe bei seiner Darstellung der Verführung und daß er auf diese Weise den bestehenden Rechtszustand zu Unrecht so dargestellt hätte, als ob der Arbeiter und seine Angehörigen keine gesetzlichen Rechte hätten, sondern auf jeberzeit entziehbarer Wohlhaben angewiesen seien. Das müßte die aufreizende und erbitternde Wirkung noch verstärken. Aus Gründen der öffentlichen Ordnung könne deshalb die Aufführung nicht gestattet werden.



Diesem Bescheid steht der Vorstand der „Freien Volksbühne“ durch Klage beim Oberverwaltungsgericht an.

In der (mündlichen Verhandlung) vor dem dritten Senat des Oberverwaltungsgerichts, die unter dem Vorsitz des Geh. Oberverwaltungsrats Dippe stattfand, machte Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann als Vertreter der „Freien Volksbühne“, nachdem das Stück vorgelesen worden war, unter anderem zu dem vom Oberpräsidenten bezeichneten Polizeistandpunkt in längerer Ausführungen folgendes geltend:

Zunächst sei zu der Frage, ob ein „besiehender Rechtszustand“ durch die Schilderungen des Stückes getroffen werde, folgendes zu sagen. Das Stück spiele frühestens zu Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, vermutlich in einer noch früheren Zeit. Wenn von einer Unfallkente die Rede sei, so sei das hier im Stück ein Begriff, der sich später gebildet habe und nur in diese frühere Zeit übernommen worden sei, was sich bei allen Dichtern, auch den größten, finde. In Wahrheit aber habe dabei der Verfasser gar nicht an eine Unfallkente im Sinne der heutigen Unfallversicherungsgesetze gedacht, sondern an eine Kente, wie sie auf Grund des Haftpflichtgesetzes gewährt wurde. Er hat nicht den jetzt bestehenden Rechtszustand schildern wollen.

Aber man dürfe einen solchen Maßstab überhaupt nicht anlegen. Er sei unantastbar. Der Dichter schreibe kein juristisches Lehrbuch. Er habe das Recht, seine Welt sich selbst zu bilden und zu erschaffen. Wenn man den Dichter vor das Forum der Jurisprudenz laufe, dann tue man ihm regelmäßig unrecht. Niemand werde behaupten können, daß Schiller in „Kabale und Liebe“ bis in alle Einzelheiten das absolute juristische Zeitalter richtig geschildert habe. Aber mögen auch Unrichtigkeiten im einzelnen vorhanden sein: das Gesamtbild habe er, vielleicht gerade durch unrichtige Darstellungen von Einzelheiten, richtiger dargestellt, als dies irgend ein Historiker je vermocht habe.

Gegenüber jenem unantastlichen Standpunkt des Beklagten werde es erforderlich sein, um einen festen Rechtsstandpunkt zu gewinnen, an der Hand der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts nachzuprüfen, welche Wirkung das Stück auf die Jünger ausüben müsse. In dieser Beziehung komme in Betracht, daß in Stuttgart, Frankfurt a. M. und auch in Mannheim das Stück vor einem Arbeiterpublikum aufgeführt worden sei, ohne daß die staatliche Lizenzbehörde sich ergebend hätte. Das vorliegende Stück sei wohl das friedfertigste Stück aus dem Arbeiterleben, das in der Zeit des Nationalismus geschrieben sei. Es komme in dem Stück nicht einmal ein vollkommen legale Aufsehung der Arbeiter gegen die Unternehmer vor, kein Streik, nicht einmal eine Versammlung, ja nicht einmal eine Besprechung der Arbeiter unter sich. Selbst der einzelne Arbeiter im Familienkreise wage keine Kritik gegenüber dem Unternehmer zu üben. Die Leute gehen ins Vergnügen, lassen sich dort insulieren der Diktator der Unternehmer erschlagen und die Hinterbliebenen in ihrer klavischen Demut und Geduldheit nehmen dies als Schicksal. Der Anwalt verweise auf die dafür kennzeichnenden Szenen. Diese Tatsachen aus dem Stück müsse man sich vergegenwärtigen. Auf der anderen Seite müsse man sich klar machen, daß der Dichter, ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, diese klavische Demut, die die Personen aus dem Arbeiterleben in dem Stück üben, nicht billigte, sondern daß er im Gegenteil diese Demut als Volkstäter befehligen wollte, um damit dem Reichstisch die Wege zu ebnen. Wenn man diese beiden Tatsachen miteinander vergleiche, werde einem klar, daß der Dichter kein Tendenzstück schreiben wollte. Denn dann hätte er ja als Dichter gebilligt, was er als Volkstäter verwarf. Er habe vielmehr rein als Dichter hier gesprochen und geschildert, wie diese gedrückten Personen in der von ihm geschilderten Situation handeln mußten, und ohne Normen dafür aufzustellen, wie sie hätten handeln sollen. Er habe sich durch nichts verleißen lassen, den rein dichterischen Standpunkt zu verlassen.

Zu demselben Standpunkt komme man noch von einem anderen Gesichtspunkt. Das Oberverwaltungsgericht habe vielfach bei der Beurteilung der Wirkung eines Stückes Wert darauf gelegt, ob auf der einen Seite, der der Arbeitgeber, alles genau in genau gemacht sei, und auf der anderen Seite alles blättemäßig. Auch das sei hier keineswegs so. Die Arbeiter würden in dem Stück in nichts idealisiert, sondern mit allen ihren Schwächen dargestellt, weil eben der Dichter hier nur als Dichter zeigen wollte, wie die Charaktere der Menschen in diesem Stück sozialer Umwelt sich entwickeln müssen und daß diese getretenen, gemürbten, Menschen einer Sehnsucht nach Freiheit nicht fähig sind.

Was nochmal die Zeit betreffe, in der das Stück spiele, so könne diese die Gegenwart nicht sein. Das Stück spiele in Weimar und schildere die Abhängigkeit der Arbeiterschaft vom Unternehmertum. Aber aber die sozialen Kämpfe der Gegenwart in einem Industriebezirk schildern wollte, der Wärmie unmöglich an dem, was diese Kämpfe der Gegenwart charakterisiere, vorübergehen: an den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Er könnte nicht diese als einfach nicht existierend ausschalten. Es wäre ein Kontrast, das charakteristische Moment als nicht vorhanden zu betrachten. Da nun im Hofmannschen Stück davon nicht die Rede sei, so folge daraus, daß das Stück in einer zurückliegenden Zeit spiele. Ferner aber, daß der Dichter schildern wollte, welche Zustände sich seiner Auffassung nach entwickeln müssen, solange nicht die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter in das Verhältnis zwischen ihnen und den Unternehmern eingreife. Er habe andeuten wollen, daß der einzelne wehrlos sei und der Zusammenschluß den Weg der Arbeiterschaft im Dienste der Zivilisation der Menschheit zeige.

Für aufreißend könne nur der das Stück halten, der da meine, daß die Schilderung der Arbeit überhaupt schon katastrophal sei, daß also die öffentliche Ordnung gefährdet werde, wenn man die Wahrheit sage.

Endlich dürfe nicht vergessen werden, daß das Stück vor der Elite der Berliner Arbeiterschaft aufgeführt werden sollte, die in ihren Organisationen geleitet habe, eiserne Disziplin zu üben. Diese Arbeiter wählten auch, daß Zustände, wie sie der Dichter geschildert habe, heute nicht mehr möglich seien infolge der Organisation der Arbeiter, und daß sie immer mehr in eine ferne Vergangenheit zu liegen kämen. Von dieser Auffassung ausgehend, würden diese Arbeiter nach einem solchen Stück das Theater nicht in einem Zustande der Reizung zu Gewalttätigkeiten gegen ein übermächtiges Unternehmertum verlassen, wie der Oberpräsident befürchte, sondern im Gefühl des Stolzes gegenüber den Unternehmern, ganz wie Lisa in Hofmanns Stück am Schluß: groß und aufrecht und ohne sich anzusehen.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte nach mehr als fünfständiger Verhandlung und Beratung auf

#### Ablehnung der Klage

des „Freien Volksbühne“. Der Vorsitzende Dippe führte begründend kurz aus: Zur Anwendung komme § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach es Aufgabe der Polizei sei, für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Senat nehme an, daß hier die öffentliche Ordnung gefährdet erzeuge. Und zwar deshalb, weil es sich um ein Stück handele, welches durch einseitige Schilderung verschiedener Gesellschaftsklassen geeignet sei, die Massenverhältnisse zu verschärfen und dadurch die öffentliche Ordnung zu stören.

Also „die im Schatten leben“ dürfen nicht ans Licht, weil das die öffentliche Ordnung gefährdet. Stört es nicht viel mehr die öffentliche Ordnung, daß die Polizei als Jenfurbehörde berechtigt sein soll, darüber zu befinden, wie der Dichter zu schreiben habe? Uebrigens soll der Grundsatz des Oberverwaltungsgerichts ein allgemein gültiger Rechtsgrundsatz sein — mit welchem Recht gestattet man die Aufführung Wüstenbräutigam und von Lauffischer Stücke, die in einseitiger, durch ihre Unwahrscheinlichkeit geradezu aufreißender Weise brandenburgische und preussische Herrscher darstellen?

## Aus der Partei.

Die internationale marxistische Zeitschrift in französischer Sprache.

Man schreibt uns aus Brüssel: Die von De Brouckere herausgegebene sozialistische Zeitschrift „Lutte de Classe“ („Klassenkampf“), die über belgische Parteifragen informierte und allgemein sozialistische und politische Fragen vom marxistischen Gesichtspunkt aus behandelte, hat vom Januar an ihr Erscheinung eingestellt. Sie wurde mit der von Guesde herausgegebenen Revue „Le Socialisme“ verschmolzen, die nun in vergrößertem Format erscheint und, da auch dem Sozialismus des französischen Sprachgebietes der Schweiz eine spezielle Rubrik mit einem eigenen Redakteur eingeräumt ist, so zu einer Publikation aller französischen Marxisten wird. Die Zeitschrift, die alle vierzehn Tage erscheint, führt den Titel „Socialisme et Lutte de Classe“ („Sozialismus und Klassenkampf“). — Marxistische Revue in französischer Sprache. Für die belgische Abteilung zeichnet der frühere Herausgeber der „Lutte de Classe“, De Brouckere, für die französische Schweiz Graber. Als internationale Mitarbeiter sind genannt für Deutschland: Kautsky und Kardil; für England Rothstein, für Österreich Adler, für Holland Roland-Holst, für Spanien Jalesias, für Italien Verba und Musatti und für Rußland Plechanoff. — Die eben erschienene erste Nummer zeigt in ihrem reichen Inhalt den internationalen Charakter der Zeitschrift: es schreiben über Frankreich Brade, Compère-Morel, Cahin u.a., über England Rothstein, über Belgien Delphine und De Brouckere.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wie die Bromberger Polizei über das Wahl der Arbeiter wacht.

Eine öffentliche politische Versammlung, die zur Gemeindevahl in Schwedenhöhe, in dem von den Bromberger Gewerkschaften erworbenen früheren Offizierskasino stattfanden sollte, wurde durch die Polizeibehörde auf Grund einer Verfügung verboten, in der es heißt:

„Es ist festgestellt worden, daß in der Benutzung der Versammlungsräume im vorbezeichneten Hause eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer besteht.“

Früher war man um das Wohl der Herren Offiziere nicht so besorgt, wie jetzt um das der Arbeiter.

Nicht weniger als 84 Polizei- und Kriminalmannschaften hielten den Hofener Platz und die Zugänge zum Versammlungsort besetzt, um die Abhaltung der Versammlung zu verhindern. Die Versammlung mußte trotz großen Andrangs unterbleiben. Allerdings wurde durch den Versammlungsleiter den Besuchern die Fürsorge der Polizei um ihr Leben und ihre Gesundheit mitgeteilt, was der Polizei einen großen Heiterkeitserfolg eintrug.

### Briefprozeß.

Der „Thüringer Volksfreund“ in Sonneberg hatte während des Streiks in der Sonneberger Spielwarenindustrie scharfe über berechtigte Kritik an der Haltung der Polizei, die rüchrichtlos von ihrem Sadel Gebrauch gemacht hätte, geübt. Einige Schuppleute fühlten sich deshalb beleidigt und der verantwortliche Redakteur, Genosse Krauer, wurde am Freitag vom Schöffengericht zu 100 M. Strafe verurteilt.

## Jugendbewegung.

Patriotischer Phrasenspleiß.

Auf die arme Jugend, die sich in ärztliche und nationale Jugendvereine hat fangen lassen, geht in diesen Tagen eine wahre Sintflut von geschwollenen Kaisergeburtstags-Artikeln nieder. Eine einzige Probe aus diesen Erzeugnissen wird genügen, um zu zeigen, was man den jungen Leuten an sogenanntem „Patriotismus“ zumutet:

„Wenn wir das inhaltsreiche, bewegte und erfolgreiche Leben des Kaisers an unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, dann treibt's uns wohl, nach den Quellen zu forschen, aus denen ihm fortgesetzt Kraft und Mut, Ausdauer und Jähigkeit, Weisheit und Einsicht, Erfolg und Sieg zuströmen. Es hält nicht schwer, diese Quellen zu finden. Die Lebens- und Tageslohnung des Kaisers deutet sie uns, die da lautet: **Werte und Arbeit!**“

Darin liegt das Geheimnis seiner großen Bedeutung, worüber das Ausland sich in steten, klauenenden Bewunderungen ergötzt, woraus das deutsche Volk so viel Segen schöpfen durfte und worüber wir an des Kaisers Geburtstag reden und rühmen in höchster Begeisterung.“

So der „Venschurturm“ (Nr. 4), das Blatt der evangelischen Jünglinge. Woher der Kaiser die „Quellen“ seiner übermenschenlichen Eigenschaften hat, wissen wir ja nun. Aus welchen „Quellen“ aber der evangelische Schmeißler schöpft, möchten wir gern erfahren.

## Aus Industrie und Handel.

Der Abschluß der Hapag.

Die Ziffern des Welthandels für das Jahr 1913 zeigen gegenüber 1912 ganz bedeutende Erhöhungen. Besonders die Ausfuhr hat in allen industriellen Staaten stark zugenommen. In Deutschland allein stieg die Ausfuhr um mehr als eine Milliarde Mark auf über 10 Milliarden Mark. Von diesem Aufschwung haben die Schiffahrtsgesellschaften reichlich profitiert. Ihre Reinerlöse nahmen um so größer zu, als auch die Frachttarife teurer waren als im Jahre 1912. Der Bedarf an Schiffsraum war so groß, daß die Gesellschaften noch fremde Fahrzeuge leihen mußten. Auch der Kundenerwerb hat sich stark gehoben, wenn auch die Zwischenbedarfen infolge der Streitigkeiten in der nordatlantischen Schiffahrtsoption teilweise ermäßigt wurden.

Für die Hamburg-Amerika-Linie führte diese günstige Situation der Seeschiffahrt zu einer Erhöhung des Gewinnes. Der Betriebsergebnis wuchs gegen 1912 von 60,5 auf 60 Millionen Mark. Dieses Ergebnis hätte eine Erhöhung der Dividende ermöglicht. Aber die Verwaltung will, wie im Vorjahre, nur 10 Proz. Dividende ausschütten. Der Rechnerertrag wird zu Abschreibungen und Reservestellungen verwendet, und zwar werden für diesen Zweck 45 Millionen Mark (gegen 39,5 Millionen Mark im Vorjahre) bereitgestellt. In einer Mitteilung betont die Verwaltung, daß ein Teil davon dem Konkurrenzabwehrkonto zuzurechnen ist. Bereits im vergangenen Jahr wurden diesem Kampffonds 7 Millionen Mark zugewiesen, da schon damals die Gegenstände zwischen Hapag und Lloyd bestanden, die jetzt zur Auflösung der nordatlantischen Schiffahrtsoptionen führen.

Englands und Deutschlands Ausfuhr. In ihrem letzten Wochenbericht schreibt die Berliner Handelsgesellschaft: Die Ziffern des deutschen Außenhandels liegen nunmehr für das ganze Jahr 1913 vor und es zeigt sich das überaus erfreuliche Bild, daß in drei Monaten, nämlich im März, Oktober und Dezember, die Handelsbilanz aktiv war. Bemerkenswert ist ferner die Tatsache, daß der Gesamtwert der Warenexporte im abgelaufenen Jahr zum ersten Male den Betrag von 10 Milliarden Mark überstiegen hat. Noch vor zehn Jahren betrug der Wert der deutschen Ausfuhr nur 8 Milliarden Mark; er stieg im Jahre 1906 auf 6, im Jahre 1910 auf 7, im Jahre 1911 auf 8 und 1912 auf nahezu 9 Milliarden Mark. In den letzten zehn Jahren hat sich also die Ausfuhr ver-

doppelt, während England 14 Jahre brauchte, um von 5 auf die gleiche Höhe im Jahre 1913 zum ersten Male zu kommen. Nichts kann deutlicher als diese Zahlen und dieser Vergleich zeigen, welchen ungeheuren Aufschwung Industrie und Handel in Deutschland im letzten Jahrzehnt genommen haben.

## Soziales.

Sozialdemokraten werden nicht bestätigt.

Die Landgemeinde Eichlinghofen bei Dortmund hat seit einigen Jahren eine sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung. Diese wählte Ende v. J. einige sozialdemokratische Familienväter in den Schulvorstand. Die Regierung hat den Gewählten jetzt jedoch mitgeteilt, daß sie ihnen die Bestätigung verweigere. Gründe sind nicht angegeben. Es ist also wahrscheinlich die Parteizugehörigkeit für die Entscheidung der Regierung maßgebend gewesen. Der sozialdemokratischen Mehrheit macht die Regierung auch sonst erhebliche Schwierigkeiten. Die Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert wurde beanstandet, ebenso die steuerliche Freilassung der Einkommen unter 600 M. und die Uebernahme des Armenwesens in eigene Verwaltung. Ja, was der Allgemeinheit zum Vorteil dienen könnte, muß von altpreussischer Art verworfen werden. So etwas nennt man Aufsicht über die Selbstverwaltung. Die Nichtbestätigung wegen politischer Gesinnung der Betreffenden verstößt gegen den klaren Sinn und Wortlaut der Verfassung. Aber was geht einen „echten Preußen“ die Verfassung an. Stehen sie doch das Oberverwaltungsgericht und Offiziere nach dem Herzen des Janitschans nicht an dieselbe.

Wählerliste ohne Wahlabteilungen.

Die Wahl von fünf Gemeindevorstehern in Wittow, die im Frühjahr 1912 stattgefunden hatte, wurde angefochten. Es wurde namentlich auf das Zustandekommen der Wählerliste, die an sich nicht angefochten worden war, zurückgegriffen.

Der Bezirksauschuss als Verfassungsinstanz erklärte sämtliche angefochtenen Wahlen für ungültig, weil bei der Offenlegung der Liste nicht ordnungsgemäß verfahren worden wäre. U. a. habe sie keine Einteilung in Wählerabteilungen gehabt.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dieser Tage das Urteil. Es ging von folgenden Erwägungen aus: An sich sei ja eine ordnungsmäßig zustande gekommene Wählerliste, auch wenn sie Personen enthalte, die nicht zugehörig sind, oder solche nicht enthalte, die hingehörten, die gesetzmäßige Grundlage für die Wahl. Wenn aber eine Liste unter Aufhebrachlassung wesentlicher gesetzlicher Vorschriften zustande gekommen sei, so daß sie an sich als ungültig erachtet und deshalb als nicht vorhanden erachtet werden müßte, dann ziehe das bei ordnungsmäßiger Aufstellung der auf Grund der Liste erfolgten Wahlen die Ungültigkeit dieser Wahlen nach sich. Hier habe nun die Liste zur Zeit der Aufzählung keine Einteilung in Wahlabteilungen gehabt. Da eine derartige Einteilung aber ein wesentliches Erfordernis der Liste sei, so leide hier das ganze Verfahren an einem wesentlichen Mangel, daß die angefochtenen Wahlen ungültig seien.

Sum Kampf zwischen Krankenkassen und Ärzten.

Aus Braunschweig wird gemeldet: das Oberverwaltungsamt habe an die Regierung das dringende Ersuchen gestellt, eine Einigung zwischen dem Ärzteverband und den Krankenkassen herbeizuführen, oder den Krankenkassen aufzugeben, bis zu diesem Termin die erforderlichen 12 Ärzte einzustellen. Das Oberverwaltungsamt begründet diesen Antrag damit, daß infolge fehlender ausreichender ärztlicher Versorgung die Zahl der Halb- und Ganzinvaliden unverschämlich hoch werden dürfte, weil eine individuelle Behandlung bei der geringen Ärztdichte vollständig unmöglich sei.

Nach einer Meldung aus Leipzig hat sich der Leipziger Ärzteverband beschwerdlich bei dem Reichsamt des Innern gewandt, um zu verhindern, daß die Braunschweiger Krankenkasse 15 in Düsseldorf zur Disposition gestellte Ärzte anstelle.

Rüdnigungsaußschluß.

Stürzlich baute in einer Klagefahde eines Fensterputzers gegen ein Fensterreinigungsinstitut das Gewerbegericht, Kammer 8, Vorsitzender Magistratsrat Schulz, entschieden: Wenn im vorigen Jahre, während die Tarifverhandlungen schwebten, vom Arbeitgeber im allgemeinen die alten Tarifbedingungen eingehalten wurden, dann gilt auch der Rüdnigungsaußschluß.

Die Berufungsinstanz hat sich jetzt in einer anderen Sache durch Urteil dieser Auffassung angeschlossen.

Dennach würde also auch für alle diejenigen Rüdnigungsaußschluß bestehen, die ohne besondere Vereinbarung in der tariflosen Zeit im Fensterreinigungsberuf in Arbeit getreten sind.

Eine derzeitige Auslegung einer allgemein gültigen Uebung erachten wir als mit § 129 der Gewerbeordnung unvereinbar. Nach § 129 besteht, falls nichts anderes vereinbart ist, dreizehnwöchige Rüdnigungsfrist.

Wenig mag es im Einzelfall zweifelhaft sein, ob der Arbeitgeber nicht Ausschluß der Rüdnigungsfrist vereinbaren wollte. Wollte er das, so müßte er es doch ausdrücklich vereinbaren; denn Treu und Glauben erfordert, daß der Arbeitgeber das für ihn Vorteilhafteste mit zweifelsfreien Worten ausbedinge. So hat das Reichsoberhandelsgericht bereits in der Entscheidung Band 17 S. 10 sich ausgesprochen und so hat es mit Recht bislang das Reichsgericht gehalten. Gegen diesen Auslegungsgrundsatz verstößt die mitgeteilte Entscheidung.

## Gerichtszeitung.

Unpatriotisches Tanzen ist „grober Unfug“!

Ueber die sächsische Gemüthlichkeit geht doch nichts, meint mancher. Aber er irrt, weit darüber geht sächsische Justiz.

In Königshain bei Wittweida hielten Arbeiter-Radfahrer am 18. Oktober ihre Monatsversammlung ab. Dann gingen sie in den Saal, allwo aus Anlaß der Jahrhundertfeier öffentlicher Tanz abgehalten wurde. Sie taten, was Langstilige bei solch Dorfbegrüßungen zu tun pflegen: sie tanzten, sie sangen, sie tanzten und tanzten gegen 12 Uhr nachts noch eine Extratour tanzten. Mitglieder des patriotischen Radfahrervereins fragten den Gendarm, ob man da nicht gerichtlich einschreiten könnte. Und siehe da: sächsische Pizigkeit holte das Polizeimädchen für alles, den Groben-Unfugs-Paragrafen heron und brummte mit Hilfe dieses Patentmaßes jedem Teilnehmer 20 Mark Geldstrafe auf. Das Schöffengericht Wittweida bestätigte den Polizeibefehl, adieu die Angestellten im Saale dadurch mit vereinten Kräften „groben Unfug“ verübt hätten, weil sie die höchsten Teller „frisch auf, frisch auf dem Radfahrersport“, den „Sozialistenmaria“ und „Schalkes“ gesungen und schließlich eine Extratour getanzt hätten. Acht der Bestraften glaubten, sie könnten beim Chemnitzer Landgericht durch Freisprechung Recht erlangen. Sie legten Berufung ein. Da kamen sie aber schon an. Sie wurden befragt, ob sie der sozialdemokratischen Partei angehörten? Die Wechsler bejahte diese zur Beurteilung der Schuldfrageichter völlig unerhebliche, wohl auch unzulässige Frage, da ja doch nicht nach Raubgabe der politischen



**Gefinnung der Täter, sondern nach Maßgabe der zur Beurteilung stehenden Tat Recht zu sprechen ist.** Die Niederhol bejahte die Frage, einer antwortete „noch nicht“, zwei sagten: Der Partei sind wir beigetreten, nachdem wir bestraft sind. Das Gericht verwarf die Verurteilung.

Der öffentliche Tanz sei anlässlich der Jahrhundertfeier zwar nur vom Staat abgehalten worden, aber durch ihr Auftreten hätten die Angeklagten ihre politische Gefinnung den anwesenden patriotisch gesinnten Ortsbewohnern aufdrängen wollen. Schließlich bedauerte das Gericht, daß nicht auch die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt hätte, sonst hätte es auf höhere Strafen erkannt.

Ob wohl Gerechtigkeit und Rechtsprechung allemal dasselbe ist?

#### Unsitteleitschmüßler und Detektivbureau.

In die Geschäftspraktiken eines Detektivs, und zwar des aus dem Garrison-Kunze-Prozess bekanntgewordenen Detektivs Ernst Hoffmann leuchtete eine Verhandlung hinein, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Baumgarten die 3. Strafkammer des Landgerichts I bestrafte.

Der Angeklagte, der bekanntlich in der Garrison-Affäre eine höchst gemeingefährliche Rolle spielte, ist, wie der Vorsitzende betont, schon vor längerer Zeit auf Antrag seines Bruders, des Operettenführers Paul Hoffmann, wegen Geisteschwäche entmündigt.

In der jetzt vorliegenden Anklage wegen verbotener Erpressung handelt es sich um folgendes: Der Kaufmann Frankenthal in Risofahree padichte vor vier Jahren ein Gelände am Banissee, auf welchem er das bekannte Freibad Wannsee errichtete. Da diese Idee fast allseitigen Anklang fand, so dauerte es nicht lange, bis von den Inhabern der an den märkischen Wassertragen gelegenen Badeanstalten, für die das Freibad eine gefährliche Konkurrenz bedeutete, aus geschäftlichen Gründen eine Anti-Freibadbewegung inszeniert wurde. Der Obmann des „Vereins märkischer Naturbadeanstaltsbesitzer“, der Badoanitätsbesitzer Zichm in Treptow, beauftragte den Rechtskonsulenten Rau, heimlich Beobachtungen in dem Freibad Wannsee anzustellen, ob dort Unsitteleiten vorlämen. Rau verlangte dafür 125 M. und später 300 M. Die von Zichm verlangten Beobachtungen wurden von dem jetzigen Angeklagten Hoffmann ausgeführt, der seinerzeit bei Rau als Detektiv beschäftigt wurde und pro Tag 6 M. erhielt. Er wurde beauftragt, wenn er dort Gruppen in unanständigen Stellungen bemerken würde, diese sofort zu photographieren. Einige Tage, nachdem H. diesen Auftrag übernommen hatte, wurde der Zeuge Frankenthal von einem Unbekannten angetroffen, der ihm mitteilte, daß er in der Lage sei, die Anti-Freibadbewegung zu unterdrücken. Am nächsten Tage traf Frankenthal mit dem Unbekannten, der sich als der Angeklagte entpuppte, in einem Café am Rosenfelder Tor zusammen. Der Angeklagte erzählte, daß von den übrigen Badeanstaltsbesitzern ein Kampf mit allen Mitteln gegen das Freibad geführt werden solle. Er habe den Auftrag erhalten, Unsitteleiten in dem Freibad festzustellen und sogar eventuell mit Hilfe von Strafbedienten selbst solche „unsittlichen Gruppen“ zu stellen und als Beweis zu photographieren; der Auftraggeber Zichm habe auf das Gelingen des Auftrages eine Prämie von 500 M. ausgesetzt. Frankenthal kam sofort auf den Gedanken, daß es sich hier um die vorbereitenden Handlungen zu einer Erpressung handele. Er bestellte den Angeklagten nach dem Restaurant „Beckhof“ und bat gleichzeitig einen Bekannten, den Redakteur Kauracher in Potsdam, von einem Leutenant aus die Unterhaltung mitanzuhören. Bei dieser Gelegenheit erzählte der Angeklagte dann: er habe den Auftrag, den Abwehrwärtin in dem Freibad zu bestechen und sich dann mit einer Strafbedientin überraschen zu lassen. Die von ihm aufgenommenen Photographien würden dann in einer öffentlichen Versammlung, zu der möglichst viel Faktoren und Vorsitzende von örtlichen Vereinen eingeladen würden, als Lichtbilder vorgebracht und als Kampfmittel gegen das Freibad benutzt werden. Er sei bereit, sich auf seine Seite zu schlagen, wenn er (Frankenthal) sich entschließen könne, ihm den durch Verlust seiner Stellung bei Rau erlittenen Schaden zu ersetzen. Bei einer anderen Gelegenheit zeigte der Angeklagte dem H. auch einen Fragebogen mit 11 Fragen, die Zichm beantwortet haben wollte, darunter auch die Frage, ob Frankenthal Jude sei. — Als Hoffmann dann, mit einem photographischen Apparat bewaffnet, im Freibad Wannsee erschien, ließ ihn H. durch den Geisdarmerwachtmeister Sommer festnehmen.

Zu der Verhandlung war von den Rechtsanwältinnen Dr. Rieck und Schumann auf die Gutachten des Medizinalrats Dr. Hoffmann und des Anwalts Dr. Salinger Bezug genommen. Da sich beide Sachverständigen außerstande erklärten, ohne eine längere Beobachtung des Angeklagten ein Gutachten abgeben zu können und deshalb den Antrag aus § 81 der Strafprozeßordnung stellten, kam das Gericht zu einer Verurteilung. Es wurde beschlossen, den Angeklagten bis zur Dauer von 6 Wochen in einer öffentlichen Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Das sind, wie aus den Zeugnissen der Verhandlung ersichtlich, ja nette Früchte aus der Schule der politischen Polizei.

#### Ein Zimmervermieter-Beschwinder.

Ein Schwindler, der zahlreiche Zimmervermieterinnen gepöbelt und vor dem wir seinerzeit eindringlich gewarnt hatten, wurde gestern von der 1. Strafkammer des Landgerichts I auf längere Zeit unschädlich gemacht. Es war dies der Reisende Friedrich Gutsche, der sich wegen Betruges und Urkundenfälschung in mehreren Fällen zu verantworten hatte. — Der schon vorbestrafte Angeklagte erschien bei zahlreichen Zimmervermieterinnen, deren Namen er aus den an der Haustür hängenden Karten erfahren hatte, und listete ihnen folgende Erzählung auf: Er komme als Vertreter der „Vereinigung zur Vermietung möblierter Zimmer“. Diese Vereinigung erstrebe eine bessere Verwertung möblierter Zimmer und Vermittlung besserer Mieter, insbesondere Dauermieter. Der Vereinigung gehörten fast ausschließlich Beamte an, wie z. B. Lehrer, Postbeamte, Telephonisten. Mit großem Redefluß trug der Angeklagte die großen Vorzüge dieser Vereinigung vor und erklärte schließlich, daß die Erlangung der Mitgliedschaft von einer einmaligen Einschreibgebühr von 3 M. abhängig sei. Er wies dabei eine Geschäftsliste vor, welche die Aufschrift trug: „Vereinigung zur Vermietung möblierter Zimmer“. Trotz des recht plump angelegten Schwindels fielen zahlreiche Zimmervermieterinnen auf die Angaben des Angeklagten herein und zahlten die verlangten 3 M. Sie erhielten dafür eine Quittung, die der Angeklagte mit Müller, Majsterer des „V. z. V. m. J.“ unterzeichnete. Hiermit war für den Angeklagten die Sache erledigt. Wenn dann die Hereingefallenen, nachdem sie einige Zeit vergeblich auf den sehnlichst erwarteten „möblierten Dorn“ gewartet hatten, nach der Kottbusser Straße gingen, wo sich angeblich das Bureau der Vereinigung befinden sollte, so fanden sie dort eine Schankwirtschaft vor, in der der Angeklagte einige Zeit sein „Kontor“ aufgeschlagen hatte, um dann zu verschwinden.

Der Schwindler wurde schließlich zufällig von dem Bekannten eines Hereingefallenen wiedererkannt und festgenommen. Der Angeklagte behauptete, geisteskrank zu sein. Die Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Hoffmann und Gerichtsarzt Dr. Marx, bekundeten jedoch, daß von einer Anwendung des § 81 bei dem Angeklagten keine Rede sein könne. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der von dem Angeklagten verübten Schwindeltaten erkannte das Gericht auf 2 Jahre Gefängnis, außerdem wurde der Angeklagte sofort verhaftet.

#### Ein Einbruch in die Berliner Stadtmision.

Im Laufe einer Anklage wegen schweren Diebstahls zugrunde, welche gestern den Schlossergesellen Willi Schiepe und den Arbeiter Theodor Fischer vor die 4. Strafkammer des Landgerichts II führte.

In der Nacht zum 16. Dezember v. J. drangen Diebe in die am Johannistisch gelegenen Geschäftsräume des „Zentralbureaus der Berliner Stadtmision“ ein und erbrachen dort sämtliche Kasse

und Schränke. Da die Einbrecher von dem dort angestellten Hausdiener gefasst wurden, ergriffen sie unter Mithilfe eines Regenshirts und verschiedener Bureauutensilien die Flucht. Es wurde festgestellt, daß die Diebe an dem zwecks Vornahme von Reparaturen an dem Hause aufgestellten Gerüst außen entlang geklettert waren, dann eine Scheibe eingedrückt hatten und so in die Büroräume gelangt waren. Der Bericht waren beide Angeklagte geständig. Die Strafkammer billigte dem wiederholt vorbestraften Angeklagten Schiepe noch einmal mildernde Umstände zu und erkannte gegen ihn auf die geringste zulässige Strafe von ein Jahr Gefängnis, gegen Fischer lautete das Urteil auf sechs Monate Gefängnis.

## Versammlungen.

Die Forderung des Bauarbeiterverbandes hielt am Sonntag eine Versammlung ab, welche den Jahresbericht des Sektionsvorstehenden Lemme entgegennahm. Der Referent führte u. a. aus: Schon im Jahre 1912 war der Geschäftsgang so schlecht, daß man glaubte, der Höhepunkt der Krise wäre erreicht. Aber das Jahr 1913 brachte eine weitere Verschlechterung. Während im Jahre 1912 von 1610 Mitgliedern der Sektion durchschnittlich 300 pro Woche arbeitslos waren, wurden 1913 bei 1472 Mitgliedern durchschnittlich 355 Arbeitslose pro Woche festgestellt. Diese Feststellung eritret sich nur auf die 40 Wochen, wo Verbandsbeiträge gezahlt werden. Die noch viel ungünstigeren 12 Winterwochen, für die kein Beitrag erhoben wird, sind dabei nicht berücksichtigt. In Wirklichkeit ist also die Arbeitslosigkeit noch größer, als die angeführten Zahlen erkennen lassen. Mit dem Konjunkturrückgang haben sich auch die Lohnverhältnisse verschlechtert, und zwar insofern, als die Unternehmer — anscheinend auf Grund eines Nebereinkommens unter sich — den Bauern keine Nachzahlung mehr gewöhnten, wenn sich herausgestellt hat, daß sie bei den vereinbarten Akkordpreisen den üblichen Lohn nicht verdient haben. Hauptächlich trifft das die Außenarbeiter, weil sich deren Arbeit im voraus nicht leicht veranschlagen läßt. In früheren Jahren haben die als anständig geltenden Firmen immer den Lohn bezahlt, auch wenn er bei dem Akkordpreis nicht erreicht worden war. Das hat, wie gesagt, aufgehört, und so passiert es nicht selten, daß Arbeiter am letzten Lohnstage eines Akkords ohne Geld nach Hause gehen müssen. Um bei niedrigen Preisen zurechtzukommen, überschreiten die Arbeiter oft die für sie geltende achtstündige Arbeitszeit. Nicht selten wird der Arbeitstag auf 9 Stunden verlängert. Es ist klar, daß durch solches Verhalten die Preise noch weiter gedrückt werden. Deshalb muß strikte Innehaltung des Achtstundentages jedem Arbeiter zur Pflicht gemacht werden. — Ueber die Tätigkeit der Sektionsleitung teilte der Redner mit, daß er im Laufe des Jahres in 60 Fällen Differenzen auf Bauten zu schlichten hatte. Vier Sperren wurden verhängt, von denen nur eine Erfolg hatte.

Bezüglich der Wahl des Sektionsvorstandes beschloß die Versammlung, daß zunächst in den Bezirken Vorschläge gemacht werden. Darüber wird dann in einer Versammlung diskutiert und die Kandidatenliste aufgestellt. Danach erfolgt dann die Wahl in den Bezirken.

## Aus aller Welt.

### Der beleidigte Leutnant.

Uns kann keiner, denn wir haben ein ganz besonders fein ausgeprägtes Ehrgefühl und müssen des Königs Kod und seinen Träger gegen jederlei Beschimpfung schützen. Das Zivilistenpad hat — das haben die unglaublichen Uebergriffe der bürgerlichen Kanaille in Javern gezeigt — stets die Absicht, den preussischen Leutnant lässlich zu beleidigen. Und darum ist es nur recht und billig, wenn bei lässlichen Angriffen unsererseits Putativnotwehr angenommen wird.

So etwa mögen die Gedankenänge eines Leutnants Krüger gewesen sein, der in Kottbus in einem Café beim Vordierfeste sein Teil dazu beitrug, daß der Wirt leere Teller bekam. Im Gedränge ergab es sich nur, daß ein Gast den Leutnant Krüger mit dem Ellenbogen anstieß. Der Gast bat sofort höflich um Entschuldigung, aber er hatte vergessen, daß vor ihm ein Leutnant in Zivil saß. Dieser war mit der Entschuldigung, die jedem gewöhnlichen Erdenbürger genügt, nicht zufrieden. Er fuhr von seinem Siege auf und gab seinem Feind einen Stoß vor die

Brust. Der Betroffene wußte noch immer nicht, daß er es mit einem preussischen Leutnant zu tun hatte und erwiderte darum den Schlag. Nun zog der Leutnant seinen Revolver und hielt dem Gast den Lauf direkt unter das Kinn. Der ganze Vorgang rief den Unwillen der Gäste wach. Ein Kellner entriß dem Wütenden schleunigst die Waffe, und der Leutnant fiel nunmehr auf seinen Stuhl zurück. Beim Untersuchen der Waffe ergab es sich, daß sie scharf geladen war; vier scharfe Patronen und zwei Flappatronen füllten die Kammer. Nun erfuhr die Gäste auch, daß man es mit einem Leutnant zu tun hatte. Freunde des Militarismus legten sich ins Zeug, boten um Gnade und schoben den Leutnant ab.

Nach der vortrefflichen Entscheidung eines hohen Kriegsgerichts wird dem Leutnant Krüger Putativnotwehr ganz selbstverständlich angerechnet werden müssen. Wenn einem Leutnant Fortner ein Lahmer gefährlich werden kann, warum soll es dann nicht ein Kaffeekausgast werden, der einen Leutnant aus Versehen an den Ellenbogen stößt.

### Liebe und Ehe.

Zahlreiche Ehe- und Eiferuchtsdramen haben sich am letzten Sonntag abgespielt. In Hamburg verlegte der pensionierte Zollaufscher Groß seine Frau in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung durch Beilichie lebensgefährlich und sprang dann aus dem fünften Stockwerk auf die Straße, wo er tot liegen blieb. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht. — Gleichfalls in Hamburg erstickte der Schiffseizer Christoph in der Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau den Kaufmann Gause, der Frau Christoph in ihre Wohnung geleitete, mit einem Küchenmesser, nachdem Gause vorher angeblich auf Christoph zwei Revolvergeschosse abgegeben hatte. Christoph wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Frau Christoph, die behauptete, sie habe geschossen, nachdem ihr Mann den Kaufmann Gause angegriffen hätte, wurde verhaftet.

In Hersfeld drang der Arbeiter Jakob Daengel am Sonntagabend aus Eifersucht in die in der Friedloserstraße gelegene Wohnung des Ehepaars Roth ein und verlegte beide Eheleute durch Messerschläge schwer. Die Frau ist auf dem Transport zum Krankenhaus gestorben. Darauf warf sich der Täter vor dem nach Wehra abfahrenden Personenzug, hierbei wurde ihm das rechte Bein abgetrennt. In schwerverletztem Zustand wurde er ins Krankenhaus geschafft.

Wie aus Paris gemeldet wird, wurde in der Sonntagnacht der bekannte Schauspieler Paul Guide, Mitglied des Sarah-Bernhardt-Theaters, als er das Theater verlassen wollte, von seiner früheren Geliebten, der er den Abschied gegeben hatte, überfallen und durch sechs Revolvergeschosse lebensgefährlich verletzt.

### Kleine Notizen.

**Giftige Gase.** Auf der Donnersmarktstraße bei Deutshen stiegen am Sonnabend mehrere mit der Ausbesserung der Rohrleitung beschäftigte Monteure in einen Kanal der Rohrleitung ein. Drei Monteure wurden dabei durch giftige Gase betäubt; nur einer von ihnen konnte ins Leben zurückgerufen werden.

**Opfer der Fahrlässigkeit.** Zwei Grubenarbeiter aus Salosze bei Dombrowna hatten aus der Grube Dynamit mit nach Hause genommen, um es in der Küche am Herd zu erhizen. Es erfolgte eine heftige Explosion. Beide Bergleute wurden Opfer ihres ungläublichen Leichtsinns, denn sie wurden buchstäblich in Stücke getroffen.

**Ein Geistlicher als Bücherwurm.** Großes Aufsehen erregt in Paris die Verhaftung des 56 Jahre alten Abtes Bloquin, eines sehr geachteten Priesters, dem nachgewiesen werden konnte, daß er seit geraumer Zeit in öffentlichen und privaten Bibliotheken eine Anzahl wertvoller Bücher entwendet hat.

**Kürzung eines spanischen Militärfliegers.** Auf dem Militärflugplatz Cuatrovientos führte am Montag der Leutnant Ramirez Ramos, ein Sohn des General Ramos, aus einer Höhe von 300 Metern ab. Er war sofort tot.

**JOSETTI**

**Amor flüssig Beser Metallputz**

**JUNO 25 Cigaretten**

Gebrüder Juno haben in Flaschen von 10 Pf. ab.  
Fabrik: Chemische Werke Lubarynski & Co.  
Aktiengezeiselhall, Berlin-Lichtenberg.

**Neukölln:**  
**Ad. Bartsch's Festsäle**  
Hermannstr. 19.  
Den besten Vereinen zur Mitteilung,  
daß der große und kleine Zool  
Sonntags sowie Sonnabends im  
Park u. April zu fast. Bedingungen  
zur Verfügung steht.

KOMP. LINON



Schule und Kinderausbeutung.

Der vor kurzem von uns mitgeteilte Fall schlimmster Ausbeutung eines noch schulpflichtigen Knaben durch langandauernde Erwerbsarbeit hat aufs neue gezeigt, daß die Mithilfe der Schule im Kampf gegen die Kinderausbeutung noch viel zu wünschen übrig läßt.

Vor mehreren Jahren legte die Schuldeputation in einem ihrer jährlichen Verwaltungsberichte, daß die Vorschriften des Kinderschutzes — im besonderen z. B. die Forderung, die zur Erwerbsarbeit zugelassenen Kinder jedenfalls nicht früher als zwei Stunden nach Schluß des Vormittagsunterrichtes und überhaupt nicht länger als drei Stunden an einem Tage zu beschäftigen — immer noch zu wenig beachtet würden. Die Schule sei, führte der Bericht aus, ohne große Mühe in der Lage, festzustellen, ob und wann bei gewerblich beschäftigten Schülern die Bestimmungen des Kinderschutzes befolgt werden. Zum Zweck einer strengeren Kontrolle hatte damals die Schuldeputation den Direktoren entsprechende Anweisungen gegeben lassen. Man darf aber allerdings nicht verkennen, daß für die Schule doch die Schwierigkeit, etwaige Verstöße gegen das Kinderschutzes zu ermitteln, nicht gering ist. Wer bürgt dafür, daß bei der von Zeit zu Zeit wiederholten Befragung der Kinder über Art der Arbeit, über Beginn und Dauer der Arbeitszeit usw. wahrheitsgemäße Auskunft gegeben wird? Oft sind die Kinder durch ihre Eltern oder wohl auch durch die Arbeitgeber ganz genau darüber unterrichtet worden, was das Gesetz erlaubt und was es verbietet. Und die Kinder wissen, daß sie den Verlust der Arbeit riskieren, wenn sie die Wahrheit sagen und selber eine Uebertretung angeben.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird man die in den Schuldeputationsberichten alljährlich enthaltenen Angaben über den Einfluß der Erwerbsarbeit auf den Unterrichtserfolg der Schule mit Vorsicht aufzunehmen haben und in ihnen nicht mehr als eine kleine Stichprobe sehen dürfen. Deren Ergebnis wohl vervielfacht werden müßte, wenn es ein Bild von den tatsächlichen Verhältnissen geben soll. Die Berichte bringen regelmäßig einen statistischen Nachweis über die Ursachen, aus denen viele Kinder hinter den Anforderungen ihrer Klasse zurückgeblieben, so daß sie nicht verbessert werden konnten. Der Bericht aus dem Schuljahr 1912/13 gibt für Ostern 1913 nur 80 Fälle an, in denen die Kinder wegen gewerblicher Beschäftigung ihren geübten seien. Daneben werden als Ursache der Rückversetzung genannt: 98 mal Schulwechsel zu Beginn des Schuljahres, 411 mal Schulwechsel im Laufe des Schuljahres, 68 mal Zugang aus Vororten, 161 mal Zugang aus entfernteren Orten, 570 mal ungünstige häusliche Verhältnisse, 79 mal mangelhafte Kenntnis der deutschen Sprache (andere Muttersprache), 1184 mal Krankheit, 6490 mal geringe Befähigung, 3038 mal ungenügender Fleiß, 55 sonstige Ursachen. Wir vermuten, daß noch sehr oft da, wo die Lehrer nur geringe Befähigung oder ungenügenden Fleiß annehmen, eine der Schule unbekannt gebliebene Erwerbsarbeit den Unterrichtserfolg beeinträchtigt hatte. Nicht selten findet man übrigens, daß erwerbstätige Kinder den nachteiligen Einfluß auf ihre Schulleistungen durch vermehrten Fleiß wett zu machen suchen. Durch eine Verminderung der Leistungen fallen dann solche Kinder nicht auf, aber die Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes, die meist die Folge ist, kann einem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen.

Die Feststellungen der Kinderschuttkommission zeigen immer wieder, daß leider noch sehr viele schulpflichtige Kinder in harter Fron fürs Brot arbeiten müssen. Doch selbst Kinder der unteren und untersten Klassen schon erwerbstätig sind, wird auch durch die Ermittlungen der Schule bestätigt. Von ihnen 89 Kindern, bei denen zu Ostern 1913 die Lehrer als Ursache der Rückversetzung die gewerbliche Beschäftigung erkannten, sahen in Klasse II 31 Kinder, in Klasse III 9 Kinder, in Klasse IV 14 Kinder, in Klasse V 15 Kinder, in Klasse VI 13 Kinder, in Klasse VII 6 Kinder, in Klasse VIII 1 Kind. Ist es nicht eine Schmach, daß Kinder bis hinab zu denen der achten Klasse, der Klasse für die Sechsjährigen, schon erwerbstätig sein müssen? Soll es nicht verlangt sein, daß durch Erweiterung des Kinderschutzes solche himmelfährenden Zustände verhütet werden?

Parteiangelegenheiten.

Fichte-Feier.

Am heutigen Tage sind hundert Jahre seit dem Tode von Joh. Gottlieb Fichte verfloßen. Der Bezirksbildungsausschuß nimmt den Gedenktag zum Anlaß, um Fichte-Feiern für die Berliner Arbeiterklasse zu veranstalten. Den Hauptteil einer jeden Feier wird ein Vortrag bilden, in dem ein sachkundiger Redner Fichtes Stellung in der Geschichte seiner Zeit und die Bedeutung seiner Ideen für das moderne Proletariat darlegen wird. In den Versammlungen kommt eine von Kurt Eisner verfaßte Broschüre zum Verkauf, die in großen Zügen das Leben und Wirken des revolutionären Philosophen schildert. Die kleine Schrift, die 5 Pf. kostet, wird zur Befestigung des durch den Vortrag vermittelten Wissens beitragen und zur weiteren Beschäftigung mit den Werken Fichtes beitragen. Wir empfehlen den Genossen den Besuch der Feiern. Näheres im Zinserat der heutigen Ausgabe des „Vorwärts“.

Der Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin.

Wester Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Saale des Othobahnhofs, Küstriner Platz, eine Versammlung der 28. Abteilung statt. 1. Vortrag des Genossen O. Varentin. 2. Neuwahl der Abteilungsleiter. Die Abteilungsleitung.

Der Kurulus beginnt am Mittwoch, im Lokal „Südost“, Waldemarstraße 75, nicht um 8, sondern um 9 Uhr pünktlich.

Am Sonntag, den 1. Februar, abends 6 1/2 Uhr, findet im Eikhum, Landwehrber Alley 40, ein Volksliederabend statt. Mitwirkende sind: Fel. Jolinda, Sopran; Herr Leberer-Primo, Bariton; Fel. Kuffel, Rezitationen; am Flügel: Fel. Susanne Friedberg. — Nach der Vorstellung: Konz. Eintrittskarten à 30 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Die Viertelleitung.

Charlottenburg. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Volkshaus, Rosinenstraße 3. Tagesordnung: 1. Vortrag des Medailleurs Genossen Dr. Reher über: „Neue Ausbeutungsmethoden“. 2. Diskussion. 3. Kasienbericht. 4. Beratung der Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Steglich-Friedenau. Donnerstag, den 29. Januar, 1/9 Uhr abends: Fichtefeier im Albrechtshof, Steglitz, Albrechtstr. 1a.

Die Gedendrede hält der Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Schulz. Der Männerchor Steglitz-Friedenau hat seine Mitwirkung zugesagt. Eintritt frei.

Adlershof. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal von Kaul, Bismarckstr. 45: Generalversammlung.

Köpenick. Morgen Mittwoch, den 28., abends 8 Uhr, im Stadt-Theater (Zusatz Otto): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. (Thema wird in der Versammlung bekanntgegeben.) 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Mädchenversammlungen.

Die Arbeiterjugendheime, Pflegestätten der Bildung und Geselligkeit für die Jugend des Proletariats, werden von der weiblichen Jugend nicht so zahlreich besucht, wie man es wünschen muß. Um das Interesse der jungen Mädchen an den Veranstaltungen der freien Jugendbewegung zu wecken, fanden am Sonntagabend in verschiedenen Stadtbezirken Berlins vier Mädchenversammlungen statt. Auch die Eltern waren eingeladen, damit sie sich aus eigener Anschauung ein Bild machen sollten von dem, was die freie Jugendbewegung ihren Kindern bietet. Sie nicht umgarnen zu lassen von den reaktionären „Freunden“ der Jugend, sondern sich anzuschließen an die jungen Klassen- und Schicksalsgenossen, Bildung und Geselligkeit in ihren Kreisen zu pflegen — das war es, was die Genossinnen Klara Bohn-Schuch, Regina Friedländer, Gertrud Hanna und Mathilde Wurm den zahlreich erschienenen jungen Mädchen ans Herz legten.

Warum treten wir mit diesem Ersuchen an die weibliche Jugend des Proletariats heran? Warum wollen wir sie für die freie Jugendbewegung gewinnen? — Die Genossin Wurm, deren Vortrag wir hörten, beantwortete diese Fragen im wesentlichen so:

Mit dem 14. Lebensjahre verlassen die Arbeiterkinder die Volksschule. Viele von ihnen werden den Bunsch haben, weiter zu lernen, sich einer Tätigkeit zu widmen, für die sie eine besondere Neigung haben. Viele junge Mädchen werden wünschen, daß sie nach dem Ende der Schulzeit die Mutter bei der Hausarbeit unterstützen können. Doch davon ist bei den Kindern des Proletariats keine Rede. Wenn sie die Schule verlassen haben, dann geht es hinaus ins Erwerbsleben, in die Fabrik oder in die Heimarbeit. Ein Paradies der Kindheit, eine sonnige Jugend hat es für sie nie gegeben. Die Kinder der Besitzenden dagegen können, während die Proletarierjugend schon am harten Kampf ums Dasein teilnimmt, weiter lernen und studieren oder als Hausdöchter ein behagliches Leben führen. Sie haben reichen Anteil an den Freuden des Daseins, die der Arbeiterjugend verjagt sind. Warum das so ist, das hat man den Kindern in der Volksschule nicht gesagt. Nichts hat man ihnen gelehrt von den Zusammenhängen des wirtschaftlichen Lebens. Man hat ihnen im Geschichtsunterricht ein ganz falsches Bild der Verhältnisse gegeben. Man hat ihnen erzählt, daß das Volk alles Gute den Fürsten und Herrschern zu danken habe, aber nichts hat man ihnen gesagt von dem Ringen des Volkes und seinem Anteil an dem kulturellen Fortschritt, nichts von dem, was die Arbeit des Volkes an Kulturwerten errungen hat. — Was die Schule an den Kindern des Volkes verjagt hat, das muß die Jugend, das müssen die jungen Mädchen, wenn sie die Schule verlassen, nachholen. Dazu wird ihnen Gelegenheit geboten in den Arbeiterjugendheimen. Dort können sie, jeder nach seiner Neigung und seiner Veranlagung, ihr Wissen bereichern und im zwanjglosen Verkehr mit gleichdenkenden und gleichstrebenden Altersgenossen Unterhaltung und Geselligkeit pflegen. Was die bürgerliche Jugendbewegung bietet, das hat letzten Endes nur den Zweck, die proletarische Jugend zu willigen Arbeitskräften zu machen. Die freie Jugendbewegung dagegen will die Kinder des Volkes zu denkenden Menschen erziehen, die sich ihres Wertes als Mensch bewußt sind und die Gebrauch machen sollen von ihrem Recht, als Menschen im wahren Sinne des Wortes zu leben. — Wenn vielleicht in den Kreisen der Eltern noch hier und da die Anschauung herrscht, es sei bedenklich, daß in unseren Jugendheimen die Jugend beider Geschlechter gemeinsam zusammenkommt, so mögen die Eltern selbst einmal ein Jugendheim besuchen. Sie werden sich dann überzeugen, daß ihre Bedenken unbegründet sind, und daß der ungewohnte gesellige Verkehr beider Geschlechter gute erzieherische Einflüsse hat. — Die verhältnismäßig geringe Beteiligung der Mädchen an unseren Jugendveranstaltungen mag zum Teil darin seine Ursache haben, daß die Mädchen noch beendeter Erwerbsarbeit noch im Haushalt tätig sein müssen, während die jungen Männer über ihre arbeitsfreie Zeit uneingeschränkt verfügen können. Doch das läßt sich ändern. Auch in den häuslichen Arbeiten sollte der Bruder die Schwester unterstützen. Dann wird für beide noch Zeit bleiben, um sich an den Veranstaltungen der freien Jugendbewegung zu beteiligen.

Nachdem die Vortragenden in dieser Weise den Wert der freien Jugendbewegung für die jungen Mädchen der Arbeiterklasse dargestellt hatten, trat die Unterhaltung und die zwanjglose Geselligkeit in ihr Recht.

Der gute Besuch der Versammlungen, der lebhafteste Beifall, mit dem die Vorträge aufgenommen wurden, läßt erwarten, daß diese Veranstaltungen auf den Besuch der Arbeiterjugendheime durch die weibliche Jugend günstig einwirken werden.

Zwischen Insel und Waisenbrücke.

Der Winter hat sich nun auch ins Herz der Großstadt hineingefressen. Dort, wo noch die alten Häuser in den engen Gassen stehen, treibt er entschieden merklicher sein frostiges Wehen als in den breiten Straßenzügen der Geschäftsviertel. Besonders aber hat zurzeit jener Teil der Altstadt ein winterliches Gesicht angefaßt, durch den die Spree ihre Eisschollen treibende Wasser zieht. Zwischen Insel und Waisenbrücke bieten sich da dem Auge ganz eigenartige Bilder von hohem winterlichen Reiz. Spreekahn liegt dort dicht an Spreekahn gedrängt. Nur ganz vereinzelt ragt der Schlot eines Dampfers. Raubreif hat das Schiffsgebälk weiß überpudert. Hier und da blinkt noch ein Sänereest auf einem Kahn, der erst kürzlich aus einer Gegend mit reichlichen Schneefällen kommend, in Berlin eingetroffen ist.

Der grüne und graue Anfrisch der einzelnen Kähne flimmert in dem Nebel des kurzen Wintertages leicht auf. Die feinen Raubreifstrahlen funkeln im blühenden Sonnenstrahl. Nur selten wölft ein blauer Raubreifstreifen aus dem Abzugsrohr einer Kähne. Ein Schiffsrumpf stellt, den ein Rudel Großstadtjungen ärgert. Sonst ist es ganz still über dem Wasser. Nur graugrüne Eistafeln knirschen und knistern und kragen beim Vorwärtsgleiten hart und scharf an den Schiffsböden.

Dicht am Wasser heben hier die alten Häuser ihre Mauern empor. Aus grauem, bröckelndem Gemäuer schauen eintönig symmetrisch gezogene Fensterreihen hinunter auf das Wasser und auf die Kähne. In den Kellern dieser Häuser streifen ein paar Schifferkneipen ihre fragwürdigen Dachein. Nur selten steigt ein Gast zu ihnen hinunter. Der Winter hat der Schifffahrt seine Eisfesseln angelegt. Der Schiffer hat nichts zu tun; also auch kein Geld.

Und doch drängen sich gerade hier in der Nähe der festliegenden Kähne allerlei Menschen zusammen. Frierende, schlecht gekleidete Gestalten sind es, denen die Rot aus den Augen schaut. Unter dem hochgeschlagenen Kockfragen leuchtet ein rotes, lose zusammengeknüpftes Halsstud. In den Taschen der sadenscheinigen und berweigten Hosen suchen die blaugefrorenen Hände vergebens Saug und Wärme. Eine große Trostlosigkeit bannet an den Blick dieser Leute. Einzelnen oder in Gruppen schlendern sie an der Eisenbrustwehr des Flusses entlang. Sie sprechen nur selten miteinander. Ihre Augen hängen an den festliegenden Fahrzeugen, als ob auf diesen ihre Heimat, ihre Hofnung, ihre Zuversicht läge.

Ueber den Spreelauf mit seinen feiernden Kähnen, über alte Höie und rissige Siebelhäuser schweift der Blick. Winterlich, weiß bereift und eisbehangt liegt alles da. Ueber das Schwarz der Flusseinfriedigung lehnen die dunklen Schatten der Arbeiter und unter Winterrnot Leidenden. Nichts, was einen Hauch von Wärme vortäuschen könnte, mildert dieses vor Frost förmlich kirrende Bild. Nur wenn die Schatten des Abends sich senken und der Flußlauf scheinbar zu dampfen beginnt, verwickeln sich allmählich mildernd die Gärten des Wintertages.

Die Kirche als Asyl des Elends.

Im Eherischen Regierungsbüro macht einer, der über die christliche Nächstenliebe wohl sehr nach denken muß, den allerdings nicht ganz neuen Vorschlag, die Kirchen zu heizen und sie nachts den Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Er meint, daß auch in Kriegszeiten die Verwundeten in Kirchen untergebracht werden, darum seien in Anbetracht des anhaltend herrschenden schrecklichen Frostes die Behörden verpflichtet, alles nur mögliche zu tun, um arme Mitmenschen vor dem Schicksal zu bewahren, daß sie in dieser grimmigen Kälte ohne Obdach sind.

Zunächst eine Frage: Wo bleiben die vielen Obdachlosen, die jetzt nach den Berichten bürgerlicher Zeitungen von den beiden Äyhlen Berlins, dem kleinen Vereinsahyl in der Wiesenstraße und dem großen städtischen Ähyl in der Frobelsstraße, wegen deren gänzlichen Ueberfüllung abgewiesen werden müssen? Im Freien können sie unmöglich schlafen; das wäre Selbstmord. Was mag also in den Seelen dieser Unglücklichen vorgehen, bis sie wieder mal für eine Nacht einen Unterschlupf, der den allernöthigsten Schutz gegen das Erfrieren gewährt, gefunden haben? Schuppen, Stallungen, Remisen, Fabrikräume sind nicht zu gebrauchen. Entweder sind sie fest verschlossen, oder es ist auf dem Grundstück ein bißiger Bachhund, der jeden Versuch des Nüchterns vereitelt. Die einzige Rettung bleiben Wohnhäuser, in die sich die Obdachlosen kurz vor Lorenzschluß einschleichen, um auf der Vorbodentreppe oder im Vorzimmer auf eisigen Boden ein paar unruhige Stunden in dürftiger Kleidung zuzubringen. Oft werden sie auch noch von hier durch einen hartherzigen Hauswirt oder Pächter, der in dem ehrlichen Obdachlosen einen Verbrecher wittert, in die Kälte hinausgejagt und müssen dann für die Nacht in forgesetzter Bewegung bleiben oder den glücklichen Moment abzuwarten suchen, wo ein heimkehrender Nachtschwärmer die Haustür nicht abschließt. Am hellen Tage ist das Elend nicht ganz so groß, aber auch noch groß genug. Die offiziellen Wärmehallen am Alexanderplatz vermögen die Fülle der Frierenden nicht entfernt zu fassen. Tausende verteilen sich auf die öffentlichen Gebäude, auf Posträume, Museen usw., wo man sie frostsichernd rings um die Heizkörper sehen kann. Nicht selten kommt ein uniformierter Staatsdiener vom warmen Antisofen und weist sie auch da noch fort, wenn sie ihm zu lange verweilen oder in ihrer abgerissenen Kleidung „Anstoß erregen“. Aber das Schlimmste ist doch die Nacht, diese furchtbare Angst vor der Nacht. Nur wer jemals in solchen Elendslagen selbst obdachlos durch die Straßen irrte, kann die Gefühle der Unglücklichen begreifen.

Nach dem Vorschlag sollen nun die Kirchen geheizt und für die Nacht geöffnet werden? Die Antwort können wir schon heute geben. Nicht eine einzige Hand, die es vermag, wird sich in unserem sogenannten christlichen Staate dazu rühren. Eine Entweihung scheint es den Frommen zu sein, was doch nur echte Menschenliebe wäre. Ja, im Reiche, das ist etwas anderes! Da haben die nach dem Willen des Gottesgnadentums schon Halbgenordeten auch in der Kirche noch Platz, zur höheren Ehre des Gottes, den man anbietet und um den Sieg ansieht, der nur durch Massenmord zu erreichen ist. Aber die Kirchen den unglücklichsten, notleidendsten Lebenden öffnen, daß diese nicht den elenden Tod des Erfrierens sterben? Nein, man will nicht. Das verbietet die göttliche Weltordnung, die man auch hier wieder als einen Hohn auf wahre Nächstenliebe erkennt.

Das Attentat auf die Achtklassen-Schule perfekt.

Der Magistrat bringt der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis, daß der Minister die von der Provinzial-Schulbehörde getroffene Verschlechterung der Berliner Volksschulen gutgeheißen habe. Das war zu erwarten. Was man aber nicht hätte erwarten sollen, war die etwas lendenlahme Art, in der die städtische Verwaltung ihre Eingabe abgefaßt hatte. Natürlich, wo ein Mann wie Casel bestimmenden Einfluß in Schulfragen ausübt, braucht man mehr nicht zu erwarten, zumal dieser Führer des Berliner Rathausfreisinn im innersten Grunde seines Herzens für die von den Aufsichtsbehörden getroffene Verschlechterung der Berliner Schulwesens seit Jahren gewirkt hat. Die nächste Stadtverordnetenversammlung soll von der Eingabe und der Antwort des Ministers Kenntnis nehmen.

Bahnhofsmissstände.

Wie wenig die Verkehrsverhältnisse dem Großstadtleben angepaßt sind, konnten am Sonntagabend die Berliner Ausflügler vor dem Bahnhof Friedrichshagen erfahren. In den Abendstunden von 17 bis 19 Uhr hatten sich einige Tausend Menschen vor der Bahnhofstür angesammelt. Die Polizei ließ die Türen nur zeitweise öffnen. Ruhig harrte die Menge, aber vor der allzu schmalen Tür kam es zu einem entsetzlichen Gedränge. Die Samariter mußten in den zwei Stunden bei 80 Ohnmachtsanfällen Hilfe leisten. Auf der Straße waren keine Schutzmänner zu sehen, die den Einzug hätten freihalten können. Die standen im Innern des Bahnhofs, um den Bahnangestellten beim gewaltsamen Türenschließen



zu helfen. Am 18. Uhr wurde der Schlosser Albert Wandke, Berlin, Straßburger Str. 68 wohnhaft, so heftig gegen den Türpfosten gedrängt, daß er dabei eine Rückenverletzung erlitt. Als er dann zur Erde niedersank, erhielt er noch von einem Beamten einen Genickstoß. Freunde trugen den Schwerverletzten auf den Bahnhofsplatz; der Bahnhofsarzt wollte den Kranken im Padwagen nach Berlin befördern lassen. Ein Glück, daß die Samariter mit einer Bahre kamen, um ihn zur Unfallstation zu tragen, von wo er ins Kreiskrankenhospitals Ober-Schöneweide gebracht wurde. Seit Jahren kommt es an den Sonntagsabenden auf dem Bahnhofsplatz zu Menschenansammlungen, denen die Bahnverwaltung bis jetzt immer ratlos gegenüberstand. Mit Bahnsteig- und Türabsperrungen ist wenig geholfen; mindestens zwei Eingangstüren könnten vorhanden sein. Ja, wenn in einem Jugendheim die Türen um einige Zentimeter zu klein sind, dann läßt die Polizei die Räume aus Sicherheitsgründen schließen. Bei besonderen Verkehrsverhältnissen kann die Polizei ihre Aufgabe gar manchmal nicht erfüllen, weil sie niemals im voraus das Uebel erkennt.

### Vom städtischen Wohnungsamt.

Das Wohnungsamt der Stadt Berlin hat Anfang Januar seine praktische Tätigkeit aufgenommen. Die Stadt ist in 10 Inspektionen eingeteilt, die von 20 technischen Beamten bearbeitet werden. Außerdem sind mit einer Reihe von privaten Vereinen usw., die aus irgendwelchen sozialen Gründen in die Wohnungen Bedürftiger kommen, Abkommen getroffen, die die Arbeit des Amtes unterstützen. Es wird also trotz der enormen Fülle des Materials (zirka 530 000 bewohnte Wohnungen, darunter zirka 420 000 Kleinwohnungen — 2 Stuben, 1 Küche und darunter —) und der relativ geringen Zahl der Beamten möglich sein, nach ein bis zwei Jahren einen gewissen Einblick in die Berliner Wohnungsverhältnisse zu gewinnen. Die bisher in den 3 Wochen gemachten Erfahrungen zu verallgemeinern, ist natürlich unmöglich. Eine Tatsache konnte bisher jedoch schon allgemein festgestellt werden. In den zirka 1000 Wohnungen, die bisher befreit wurden, war das Verhalten von Vermietern und Mietern ein durchaus entgegenkommendes. Es war den Beamten in einer Anzahl von Fällen möglich, Mietsstreitigkeiten zu schlichten, technische Mängel zu erteilen oder Anordnungen zu treffen, die Hausbesitzer und Mieter befriedigten. Die täglichen Sprechstunden der technischen Beamten von 9 bis 10 Uhr und nachmittags von 2 bis 3 Uhr in den Büroräumen des Amtes (Stralauer Str. 3/6 I) wurden bereits von seiten des Publikums häufig benutzt. Es ist natürlich Vorsorge getroffen, daß auch während des Außendienstes der Beamten in Ausnahmefällen Klagen und Beschwerden beim Bureau des Amtes entgegengenommen werden können.

### Von den höheren Lehranstalten der Stadt Berlin

hatten im Schuljahr 1912/13, wie wir aus dem jetzt erschienenen Verwaltungsbericht des Magistrats ersehen, viele einen weiteren Rückgang der Schülerzahl. Die durchschnittliche Schülerzahl verringerte sich von 1911/12 zu 1912/13 bei den elf Gymnasien von zusammen 6011 auf 5604, bei den sieben Realgymnasien von zusammen 4261 auf 4158. Nur bei den Oberrealschulen, die in neuerer Zeit um eine dritte und im letzten Schuljahr um eine vierte vermehrt wurden, ist eine Mehrung der Schüler zu zusammen 1737 auf 1942 zu verzeichnen. Die Studienanstalt für Mädchen, die etwa auf gleicher Stufe mit den Realgymnasien für Knaben steht, hatte eine Minderung von 147 auf nur noch 140. In allen hier aufgeführten höheren Lehranstalten zusammen verringerte sich die Schülerzahl von 12 156 auf 12 144. Sondern man von den Anstalten die Vorschulklassen, so ergibt sich, daß die Vorschulen nahezu gänzlich von dem Rückgang verschont geblieben sind. Um so schärfer tritt dann aber der Rückgang bei den Hauptanstalten hervor. Die Schülerzahl der Gymnasien sank in den Hauptanstalten von 4541 auf 4446, in den Vorschulen von 1470 nur auf 1458. Bei den Realgymnasien hatten die Hauptanstalten eine Minderung von 3140 auf 3035, die Vorschulen eine keine Mehrung von 1121 auf 1122. Die Oberrealschulen zeigen in den Hauptanstalten eine Mehrung von 1599 Schülern auf 1752, in den Vorschulen eine Mehrung von 138 auf 190. Hier fällt ins Gewicht, daß für die neu eröffnete vierklassige Oberrealschule (in Noabit) auch eine neue Vorschule, in 1912/13 zunächst mit der untersten Klasse, hinzugekommen ist. Wegen der Absicht, verständigerweise bei dieser Anstalt auf eine Vorschule zu verzichten, hatten die besser situierten Kreise der Bevölkerung sich eifrig und erfolgreich gewehrt. Bei allen höheren Schulen zusammen ergibt sich für die Hauptanstalten eine Minderung der Schülerzahl von 9427 auf 9373, für die Vorschulen eine Mehrung von 2720 auf 2771. Auch die vierzehn Realschulen hatten, wenn man die jahresdurchschnittliche Gesamtzahl ihrer Schüler nimmt, diesmal wieder einen kleinen Rückgang von 6341 auf 6334. Sollten auch sie in bezug auf die Frequenz den Höhepunkt ihrer Entwicklung bereits überschritten haben? Angefangen hatte hier die Abwärtsbewegung schon im vorletzten Schuljahr. Dasselbe gilt von den sieben höheren Mädchenschulen, den jetzt so benannten „Lyzeen“. Auch sie hatten schon im vorletzten Jahr eine Minderung der Schülerinnen, die sich im letzten fortsetzte. Die Durchschnittszahl sank diesmal von 4765 weiter auf 4658. Die Minderung der Frequenz führt naturgemäß zu einer entsprechenden weiteren Erhöhung des Zuschusses pro Schüler oder Schülerin, der trotz Schulgeld noch aus dem Stadtkäse draufgelegt werden muß. Nach den Angaben des Verwaltungsberichts, dessen Berechnungsverfahren noch nicht einmal die Ausgaben für außerordentliche bauliche Arbeiten und außerordentliche Anschaffungen sowie für die Turnhallenverwaltung berücksichtigt, liegt von 1911/12 zu 1912/13 der Zuschuß pro Schüler bei Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Studienanstalt von 226,20 M. auf 232,80 M., bei den Realschulen von 103,11 M. auf 100,47 M., bei den höheren Mädchenschulen von 113,40 M. auf 120,90 M. Warum fällt es keinem Freisinnblatt ein, über die Kostensteigerung hier ein ähnliches Geschrei zu erheben wie bei den Gemeindeschulen?

### Eröffnung neuer höherer Mädchenschulen.

Auf Beschluß der städtischen Behörden wird zu Ostern d. J. in dem neuerbauten Schulgebäude Weißbäcker Str. 24/25 eine neue — die achte — höhere Lehranstalt für die weibliche Jugend (Königstädtisches Lyzeum) eröffnet werden. Die Eröffnung dieser neuen Anstalt soll, da bereits Anmeldungen in genügender Anzahl vorliegen, sofort mit sämtlichen 20 Klassen und zwar mit Oster- und Michaelis-Höfen erfolgen. Weitere Anmeldungen nimmt der zum Direktor des königstädtischen Lyzeums gewählte Professor Sederts vom 29. Januar d. J. ab im Schulgebäude des Städtischen Lyzeums, Siegelstr. 12, an jedem Donnerstag in der Zeit von 12—1 Uhr nachmittags entgegen. Ferner wird zu Ostern d. J. in dem Gemeindeschulhaus Tempelhofer Ufer 2 eine neue — die neunte — höhere Lehranstalt für die weibliche Jugend (Städtisches

Lyzeum) mit den drei untersten Klassen X, IX und VIII eröffnet und ihre weitere Entwicklung in der üblichen Weise durchgeführt.

Auf dem Grundstück Tempelhofer Ufer 15 wird demnächst ein eigenes Schulgebäude für diese höhere Lehranstalt errichtet werden. Anmeldungen nimmt der mit der Zeitung des neuen Lyzeums beauftragte Professor Dr. Cauer vom 28. Januar d. J. ab im Schulgebäude der Städtischen Studienanstalt, Fürbringertstraße 33/34, an jedem Mittwoch in der Zeit von 5—7 Uhr nachmittags entgegen.

Das Schulgeld beträgt für Kinder hiesiger Einwohner 140 M., für Schülerinnen, deren Eltern nicht Einwohner Berlins sind, jährlich 160 M. und ist bei der Anmeldung in Höhe des Betrages für das erste Vierteljahr mitzubringen.

### Zweckverband und Waldfrage.

Der Verbandsauschuß des Verbandes Groß-Berlin trat gestern im Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bermuth zusammen. Einen breiten Raum nahmen die Beratungen über die Verhandlungen mit dem Fiskus bezüglich der gepflogenen Verhandlungen über den Erwerb von fiskalischen Forstflächen ein. Auf Grund eines einheitlichen Votums des Verbandsauschusses wird der Verbandsversammlung in nächster Zeit Gelegenheit gegeben werden zur Beschlußfassung über die weiteren Modalitäten der weiteren Verhandlungen mit dem Fiskus.

Außerdem wurden zahlreiche Bebauungspläne und Baufluchtlinien für Zehlendorf, Schlachtensee, Feinersdorf bei Weißensee, für Oranienburg, besonders in der Umgebung des Lehnitzes zur Freilegung der Ufer und der Hagenbeide, sowie Arensdorf bei Trewitz, für die Großbeerenstraße in Nowawes, für den alten Berg bei Schwanebeck und den Zentralpark bei Lichtenberg beraten und angenommen.

**Stationsbahn Hohenhagen-Siemensstadt.** Eine durchgehende Stationsbahnverbindung von Hohenhagen bis Siemensstadt eröffnet die Große Berliner Straßenbahn im Verein mit der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, der Besslichen und der Nordöstlichen Berliner Vorortbahn am nächsten Sonntag, den 1. Februar. Sie kommt dadurch zustande, daß die Linie 164 Hohenhagen-Siemensstadt Jungfernheide anstelle der Linie V über die Reuborststraße auf dem Konradsdamm bis Siemensstadt im 15-Minutenverkehr weitergeführt wird. Die verbleibenden Pendelzüge zwischen Bahnhof Jungfernheide und Siemensstadt verkehren unter der Bezeichnung 164 E. Die Wagen gehen werktags ab Siemensstadt von 6.51 bis 10.06 nachmittags alle 15 Minuten, außerdem 10.36, 11.06 und 11.36 nachmittags, Sonntags bis 11.53; vom Wilhelmplatz in Charlottenburg nach Siemensstadt 6.20 bis 9.35 nachmittags alle 15 Minuten, 10.05, 10.35 und 10.50 nachmittags, Sonntags bis 11.33. Im übrigen verkehren die Wagen im bisherigen Fahrplan. Der Fahrpreis nach Siemensstadt beträgt den Hohenhagen 20 Pf., vom Alexanderplatz 15 Pf., vom Bahnhof Jorkstraße 10 Pf. Im Umfänglichen verkehrt die jetzige Teilstrecke Luisenplatz-Bahnhof Jungfernheide bis zur Charlottenburg-Spanbauer Gemarkungsgrenze am Konradsdamm. Zeitkarten lösen Hohenhagen-Siemensstadt Jungfernheide oder Köderstraße-Siemensstadt 10 M. 50 Pf., Köderstraße-Bahnhof Jungfernheide oder Köllendamm-Siemensstadt 7 M. 70 Pf.

### Vorsicht beim Betreten von Eisflächen.

Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Mit welchen Gefahren auch ruhige, besonnene Bürger auf der Eisbahn rechnen müssen, erlaube ich Ihnen Sonntag. Mit meinen beiden Söhnen von elf und zwölf Jahren besuchte ich die Bahn auf dem Langen See. Als ich von Grünau aus das Ende der Bahn bei Schmiedewitz erreicht hatte, betreten wir das dort gelegene Vokal „Zur Palme“. Nach kurzer Zeit gingen wir wieder vom Garten aus, in der Nähe der Schmiedewitzer Brücke auf die Eisfläche. Da kam mir ein Gendarm entgegen. Höflich und zuvorkommend meinte er, daß ich mich wohl auf falscher Fährte befinde. Auf meine erste Frage, wie das wohl möglich sei, da sich doch doch keinerlei Warnungszeichen in der Nähe befänden, antwortete er mir, daß ich mich darüber mit dem Amtsvorsteher auseinandersetzen könnte, er wäre verpflichtet, mich aufzuklären. Ich hielt lange Auseinandersetzungen für zwecklos und gab meine Personalien an. Einige Tage vorher hatten mein ältester Sohn mit seinem Lehrer und 35 Mitschülern auf einem Ausflug genau dieselbe Stelle unbedacht passiert, und wie ich wahrgenommen hatte, vor mir auch viele andere Schlittschuhläufer. Trotzdem ich nun nicht das geringste Bewußtsein irgendeiner Uebertretung oder eines Vergehens habe, was ja bekanntlich sogar einen preußischen Oberst strafen machen kann, wird mich meine „gerechte Strafe“ nun wohl erlösen. — Ich möchte Sie bitten, dies Ihren Lesern zu unterbreiten, damit sie sich eventuell vor Aerger und Geldverlust schützen können.“

Diesem Wunsch kommen wir gern nach.

### Sauft für Euren Kaiser!

Anläßlich des Geburtstages S. M. inferiert eine deutsche Sektfirma im „Tageblatt“ ganzseitig. Der Ernst Heilmann, der „geniale und liebenswürdige“ Zeichner der Satten und Wohlgenährten, der Warvenus und des jänedigen Militärs, hat sechs solche Reutnants illustriert; sie erheben die Gläser und grünen. „Morgen, am 27. Januar — sagt die patriotische Sektfirma — werden begeisterte Hurrarufe von Taufenden und Abertausenden erschallen. In Stadt und Land des Deutschen Reiches, in ganz Europa — ja überall in der Welt, wo Männer sind, die deutsch denken und fühlen, wird man den Geburtstag unseres Kaisers feiern.“

Dann soll auch nur der edelste deutsche Sekt in den Gläsern perlen und Begeisterung in die Herzen tragen wie herrlicher Sonnenschein, der seine Trauben reifte!

Diese Kellame gibtelt in der Aufforderung: Sauft für Euren Kaiser! Sauft deutschen Sekt!

Diese Aufforderung wird jedenfalls reichlich befolgt werden, damit die nötige patriotische Hurrastimmung erzeugt wird.

### Aus Nahrungsforgen in den Tod!

In ihrer Wohnung im Hause Hohenhagenstr. 24 in Schöneberg wurde heute morgen gegen 8 Uhr der 61 Jahre alte Chemiker Rabide in leblosem Zustande aufgefunden. Seine 63jährige Frau lag in einer großen Blutlache am Fußboden und war durch einen Revolverbeschuß in die rechte Schläfe niedergeschredt worden. Man glaubte zunächst an einen Einbruch mit darauffolgendem Kampfe, doch stellte sich später nach hinterlassenen Aufzeichnungen heraus, daß Rabide im Einverständnis mit seiner Frau diese durch einen Revolverbeschuß töten verlor und dann selbst Gift genommen hatte. Bei Rabide blieben Wiederbelebungsversuche vollkommen erfolglos, während die unglückliche Frau, die noch schwache Lebenszeichen von sich gab, nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus geschafft wurde. Das Motiv dieser schrecklichen Tat beruht auf Nahrungsforgen.

### Vom Arbeiterriß.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittags um 4 Uhr in der Seidfabrik von Panzer, Badstr. 56. Dort waren

Arbeiter mit dem Transport einer 100 Zentner schweren eisernen Tür beschäftigt. Infolge eigenartiger Umstände fiel die Tür plötzlich um und begrub den Arbeiter Conrad unter sich. Der Verunglückte, der Frau und Kinder hinterläßt, konnte nur noch als Leiche hervor geholt werden.

### Ein großer Juwelendiebstahl.

Im Laufe des Sonntags stahl ein Eindringender dem Juweliergeschäft von Julius Seidel, das sich im Passage-Kaufhaus in der Friedrichstraße befindet, einen Besuch ab, nachdem sie von den Dächern der Nachbarhäuser durch Bodenlücken eingestiegen und verschiedene eiserne Türen erbrochen hatten. Sie stahlen nur wertvolle Sachen im Werte von über 20 000 M. Die genaue Höhe des Schadens konnte noch nicht festgestellt werden.

### Mord und Selbstmord.

Ein Familiendrama spielte sich gestern Nachmittag in Weissensee ab. Dort wohnte in dem Hause Leberstr. 94 der 35 Jahre alte Tischler Hermann Schmalke mit seiner Frau und zwei Kindern, einem Mädchen von 9 Jahren und einem Söhnchen von 11 Monaten. Schmalke hatte schon seit Jahresfrist keine Beschäftigung. Das Notwendigste für den Lebensunterhalt erwarb die Frau, die kurz vor der Niederkunft steht, durch Waschen und Nähen. Für die Miete und sonstige Verpflichtungen reichte dies jedoch nicht. Die Leute hatten deshalb stets mit großen Sorgen zu kämpfen. Gestern vormittag war Frau Schmalke nach Berlin gefahren, um fertige Arbeit abzuliefern. Als sie nachmittags zurückkehrte, fand sie die Tür verschlossen. Ihr Mann hatte jedoch noch auf den die Tür geschrieben, daß er weggegangen sei, aber bald wiederkommen werde. Die Frau wartete daraufhin auch eine ganze Weile. Als sie aber ungefähr zwei Stunden vergeblich gewartet hatte, schloß sie Verdacht und ließ die Wohnung durch den Hauswirt öffnen. Gleich nach dem Eintritt strömte der Frau ein harter Gasgeruch entgegen und als sie die Stufe betrat, fand sie in dem dort stehenden Bette ihren Mann und den 11 Monate alten Sohn tot auf. Schmalke hielt das Kind im Arme. Beide waren, wie ein Arzt feststellte, schon mehrere Stunden vorher gestorben. Aus einem hinterlassenen Zettel ging hervor, daß der Mann, um zu dem Mord und Selbstmord genügend Leuchtgas zu erhalten, den Automaten erbrochen und die Grogfen wieder oben hineingesteckt hatte. Die beiden Leichen wurden im Laufe des Abends nach der Halle gebracht.

**Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstr. 37.** Heute Dienstag, den 27. Januar, beginnt der Kurius in Naturerkenntnis. (Mit Lichtbildern) Vortragende: Käthe Dunder.

### Vorortnachrichten.

#### Das Stimmrecht der Forenfen (auswärts Wohnende) bei den Gemeindewahlen.

Eine von unseren Genossen in den Landgemeinden um Berlin leider noch zu wenig beachtete Bestimmung enthält der § 45 der Landgemeinde-Ordnung. Oft wird die Unkenntnis oder Nichtbeachtung dieses Paragraphen von den zuständigen Behörden weidlich ausgenutzt.

Der § 45, Abs. 1 der L.G.O. lautet:

„Wer ohne im Gemeindebezirk einen Wohnsitz zu haben, in demselben seit einem Jahre ein Grundstück besitzt, welches wenigstens den Umfang einer die Haltung von Zugvieh zur Wirtschaft erfordernden Adernahrung hat, oder auf welchem sich ein Wohnhaus, eine Fabrik oder eine andere gewerbliche Anlage befindet, die dem Werte einer solchen Adernahrung mindestens gleichkommt, ist ebenfalls stimmberichtig usw.“ — Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit. Man sehe sich einmal die Gemeindeverzeichnisse daraufhin an, und man wird finden, daß in den meisten Orten jeder auswärtswohnende Besitzer einer Baustelle, auch der kleinsten, in der Wählerliste eingetragen ist.

Hiergegen müssen unsere Genossen Einspruch erheben, wenn sie nicht wollen, daß am Tage der Wahl die Gegner mit den sogenannten „Papierwahlen“ antreten und so alle aufgewandten Wahlarbeiten illusorisch machen. Denn diese auswärts wohnenden Wähler sind nicht verpflichtet, ihr Stimmrecht persönlich auszuüben, sondern sie können eine andere Person hiermit betrauen. Die Haus- und Grundbesitzer machen den ausgiebigsten Gebrauch hiervon, sie hindern dadurch unsere Genossen nur zu oft, ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Wie ist nun die Rechtslage in dieser Sache? Das Oberverwaltungsgericht entschied (Vd. 6. 142): „... nach allgemeinem Sprachgebrauch ist unter Grundbesitz, welcher zu seiner Wirtschaftung Zugvieh erfordert, nur ein Grundbesitz von dem Umfang zu verstehen, welcher das Halten von Zugvieh nach landwirtschaftlichen Grundsätzen gestattet und erforderlich macht.“

Hiernach ist nicht der Gesichtspunkt maßgebend, ob zur rationalen Bewirtschaftung eines Grundstückes die Dingung einer Zugkraft für gewisse Arbeiten nötig ist, auch nicht der, ob der Besitzer eines Grundstückes tatsächlich Zugvieh hält, sondern es kommt allein darauf an, ob das Grundstück nach Umfang und Beschaffenheit zu seiner landwirtschaftlichen Benutzung Zugvieh erfordert, d. h. ob nach landwirtschaftlichen Grundsätzen das Halten von solchem auf dem Grundstück möglich und zweckmäßig ist.

Weiter kommt das O.V.G. dann dazu, 15 Morgen als die Mindestgrenze anzunehmen. In Birkenwerder wurde auf Grund dieser Entscheidung von unseren Genossen Einspruch gegen die Wählerliste eingelegt mit dem Erfolge, daß sich der Kreisauschuß Niederbarnim am 9. August 1911 dem Urteile des O.V.G. angeschlossen und ebenfalls 15 Morgen als Grenze festsetzte, und am 8. Oktober 1913 dieses abermals nach Anhörung von landwirtschaftlichen Sachverständigen bestätigte.

Bei bebauten Grundstücken wird wohl in der Mehrzahl der Eintragungen keine Richtigkeit des Einspruches gegeben sein.

Wir können nur wünschen, daß überall dort, wo eine solche ungeschickliche Eintragung in der Wählerliste vorgenommen ist, jetzt bei deren Auslegung von unseren Genossen Einspruch dagegen erhoben wird.

### Neufölln.

#### Gewerbegerichtswahl in Neufölln.

Die Ergänzungs- und Ersatzwahlen für die Richter des Gewerbegerichts finden für die Arbeitnehmer am Sonntag, den 8. Februar, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags, für die Arbeitgeber am Montag, den 9. Februar, in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags statt.

Der ganze Stadtbezirk bildet einen einheitlichen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechts werden für die Arbeitgeber vier und für die Arbeitnehmer zwölf Wahlstellen eingerichtet.

In den nächsten Tagen werden Plakate ausgehängt, aus denen ein jeder Wähler ersehen kann, wo er sein Wahlrecht ausüben kann; ebenso werden die Bestimmungen über die Wahlberechtigung usw. angeführt werden.

Wir fordern deshalb auf, den Plakaten genaue Beachtung zu schenken und mit der Agitation zu beginnen, damit die Kandidaten



der freigeberwirtschaftlich organisierten Arbeiter und die der freien Arbeitgeber gewählt werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern früh gegen 7 Uhr an der Ecke des Hermannplatzes und der Beckler Straße. Als dort ein Motorwagen der Linie 33 mit einem Anhänger fuhr, fuhr von hinten ein Motorwagen der Linie 15 so heftig auf, daß sich der Anhänger in die Höhe bäumte und aus dem Gleis sprang. Die Fahrgäste auf der vorderen Plattform des Anhängers wurden durch den Anprall so stark zurückgeworfen, daß sie in die Türscheibe flogen und diese zertrümmerte. Durch die umherfliegenden Scherben wurden im Wageninnern eine Anzahl Fahrgäste im Gesicht und an den Händen verletzt. Der Zusammenstoß hatte eine halbständige Verkehrsstockung zur Folge, denn solange brauchte man, um den Wagen wieder ins Gleis zu bringen.

Am Mittwoch, den 23. d. M., findet bei Vaitz, Hermannstr. 40, eine Märchenvorlesung statt. Anfang 5 Uhr, Ende 6 1/2 Uhr, Eintritt frei. Nur schulpflichtige Kinder haben Zutritt.

**Lichtenberg.**

Den vor einigen Wochen zu Stadträten gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten John und Grauer hat die Regierung die Befähigung verweigert. Eine solche Mitteilung übertrifft keineswegs, wenn man bedenkt, daß Lichtenberg in Preußen liegt.

Die Schachtel und Genossen, die sich unmittelbar nach der erfolgten Wahl der beiden Genossen durch die Stadtverordnetenversammlung nicht genug in Denunziation der Beamtenvertreter tun konnten, werden jedenfalls jetzt ihr seelisches Gleichgewicht wieder erlangen.

**Kaufmannsgerichtswähler Lichtenbergs.**

Am Sonntag, den 8. März finden die Wahlen der Weisiger zum Kaufmannsgericht Lichtenberg statt. Wahlberechtigt zu diesen Wahlen sind alle männlichen Handlungsgesellen, die in Lichtenberg beschäftigt, am Tage der Wahl mindestens 25 Jahre alt und in die Wählerliste eingetragen sind. Die Eintragung in die Wählerliste erfolgt nur auf Antrag. Es sind nur noch zwei Tage Zeit, die Eintragung zu beantragen. Der 28. Januar ist der letzte Tag, an dem dies geschehen kann. Der Antrag ist entweder schriftlich an das hiesige Kaufmannsgericht zu richten, oder mündlich an den Vorkonkurrenzrat in der Zeit von 8-12 Uhr im Stadthaus, Türschmidtstraße 24 III, Zimmer 31, zu stellen. Er muß enthalten das Antragsformular und Namen, Wohnung, Stand und Angabe der Beschäftigungsorte. Der Antragsteller hat sich event. über Alter und Beschäftigungsort auszuweisen. Als Ausweise dieser Art gelten: Geburtsurkunden, Taufschein, Militärapost, Zeugnisse der Polizeibehörde oder des Arbeitgebers.

**Schöneberg.**

Bei der am Sonnabend, den 24. Januar, stattgefundenen Wahl der Weisiger zum Gewerbeamt wurde die Liste der Gewerkschaftskommission mit 1765 gültigen Stimmen gewählt. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt.

**Wahlisdorf an der Ostbahn.**

Die letzte Gemeindevorstellung hatte sich zunächst mit einer Vorlage betreffend die Erhebung von Lustbarkeitssteuern zu beschäftigen. Wie der Gemeindevorsteher hierzu mitteilte, haben sich die Gastwirte vielfach über die unklare Fassung und rigorose Handhabung der bestehenden Steuerordnung beklagt. Diese Klagen sollen durch die Vorlage beseitigt werden. Dazu war die Vorlage aber auch wirklich angetan, denn wenn man alles versteuert, was zur Annehmlichkeit des Lebens dient und noch einiges dazu, dann kann wohl von ungerechter Anwendung keine Rede mehr sein. Selbst das Auftreten von Losenpielerern und Waudrern sollte pro Tag mit 2 M. besteuert werden. Ausgenommen sollten sein Veranstaltungen, bei denen ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse obwaltet, und patriotische Festlichkeiten. Alle Redner sprachen sich einmütig für Ablehnung der Vorlage aus, was denn auch einstimmig geschah. Ferner wurde die Aufhebung der bestehenden Lustbarkeitssteuerordnung gefordert. Die eingebrachte Vorlage betraf den Erlaß einer Hundesteuerordnung, nachdem verschiedene Redner ihre Motiva vorgebracht hatten, einer Kommission überwiesen. Die erste Lesung des Erlasses für Arbeitslosenunterstützung an 15 Verehrte je 30 M. und an 10 Bedinge je 15 M., zusammen 600 M. gelehrt worden seien. Die Erwähnung von Arbeitslosenunterstützung im Sinne Schumanns sei nicht ohne weiteres durchführbar, sondern bedürfe sorgfältiger Überlegung. Herr Plewe wies darauf hin, daß die Frage des selbständigen Amtsbezirks für ihn und seine Freunde weniger eine finanzielle als vielmehr eine persönliche Frage sei. Nach einigen unweilentlichen Ausführungen wurde der Etat an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen. Die weiteren Beratungsgegenstände betrafen Lieberzeugung von Straßenland, Bildung von Sicherheitsbüchsen usw. Bei einer Anfrage des Herrn Friedrich stellte sich wieder einmal heraus, daß die Errichtung der Ortskrankenkasse für Niederbarnim eine geradezu bürokratische Glanzleistung ist. Wenn nämlich ein Mitglied erkrankt, so geht es zum Arzt und fordert sich einen Krankenschein. Der Arzt schickt das Mitglied, da er Krankenschein nicht besitzt, nach dem Rathaus. Aus dort sind Krankenscheine nicht vorhanden, und man wird der Kranke nach Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5, geschickt. Aber auch da wird gesagt, daß Krankenschein nicht ausgestellt werden können. Man rät dem Suchenden, nach Friedrichsfelde zu gehen; dort angelangt, erhält derselbe endlich einen Krankenschein. Hat ein solches Mitglied die Rundfahrt auf seine Kosten glücklich überstanden, dann kann er sich hier in Niederbarnim vom Arzt behandeln lassen. Das ist jedenfalls ein Fortschritt, den die Niederbarnimer Krankenkasse den Mitgliedern gebracht hat.

**Tempelhof.**

Freies Koalitionsrecht und die Feste der Scharfmacher. Dieses Thema, mit dem sich am letzten Sonntag eine öffentliche Versammlung beschäftigte, sollte Hunderte von Arbeitern nach dem „Bühnengarten“. Der Referent, Arbeitersekretär Herr M. Müller, rechnete mit den Gegnern des Koalitionsrechts gründlich ab. An Hand einer Fülle von Tatsachenmaterial wies er nach, daß den Arbeitern die wenige Koalitionsfreiheit, die sie besitzen, schon immer geschmäht worden ist; dies schmale Recht aber vollständig zu nehmen, bedeutet Sturm. Die mit hartem Beifall aufgenommenen Rede war durchdrungen von dem Geist, der alle Arbeiter erfüllt: „Keine Gesetze zur Verschlechterung, sondern Gesetze zur Verbesserung des Koalitionsrechts sind notwendig.“ Im diesem Gedanken Nachdruck zu verleihen, wurde eine Resolution angenommen und diese an das Reichsbureau abgeschickt. Der Versammlungsleiter, Genosse Ewald, machte auf die Scharfmacher Artikel im Ortsblatt aufmerksam, in welchen zur Gründung christlicher und gelber Organisationen sowie zur Kartellierung gegnerischer Arbeiterkandidaten bei der nächsten Gemeindevorstellung aufgefordert wird. Die Wahrung eines solchen Beginnen energisch entgegenzutreten, fand stürmischen Beifall.

**Spandau.**

Bei der Beerdigung des Genossen Rant, die am Sonntag unter großer Beteiligung auf dem Hahnenhof Friedhof erfolgte, erregte es unliebsames Aufsehen, daß am Eingang des Friedhofes Polizeimeister Bohne alle Kranztäger mit roten Schleifen anhält

und die Widmungen auf den Schleifen einer eingehenden Prüfung unterzog. Die Beerdigung selbst verlief im übrigen ohne Störung. Der Gesangsverein „Charlottenburger Liedertafel“ sang am Grabe einige wehrvolle Lieder und Genosse Loh hielt dem Verstorbenen eine eindrucksvolle Grabrede. — Es mag das erstmal gewesen sein, daß auf diesem Friedhof, so einmütig gelegenen Friedhof ein Begräbnis ohne Parre stattfand und so viele Leidtragende mit roten Schleifen erschienen, weil der Friedhof ursprünglich nur für die Bewohner der Staatsarbeiterkolonie Hahnenhof bestimmt war. Auf dem Spandauer Friedhof haben sich ja die Verhältnisse gebessert. Während früher bei Begräbnissen von Genossen am Eingang zum Friedhof Polizeibeamte unter dem lebhaften Protest der Leidtragenden gewalttätig die roten Schleifen entfernten, haben derartige Verhaftungen jetzt aufgehört.

Das hiesige Stadttheaterprojekt gescheitert. Wie die „Spandauer Zeitung“ berichtet, haben sich Magistrats- und Stadtverordnetenkreise bereits mit der Frage beschäftigt, von dem mit der Theatergesellschaft abgeschlossenen Vertrag zurückzutreten. Um nun aber, eine solche Klage mit der Theatergesellschaft aus dem Wege zu geben, spreche man davon, der Gesellschaft eine Abfindungssumme von 50 000 M. zu zahlen. Der ursprüngliche Vertrag mit der Gesellschaft soll nämlich derartige Fäden aufweisen, daß die Stadt einer Klage der Theatergesellschaft nur mit wenig Vertrauen entgegensehen kann. Die reiche Stadt Spandau kann sich solche Bagatelle von 50 000 M. schon leisten.

**Bernau.**

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Das Gesuch eines Hausbesizers, die Straße 16, welche die Bismarckstraße mit der Weinbergstraße verbindet, zu pflastern, wurde abgelehnt. Der Antragsteller hat in der erst neu angelegten und nur mit drei Häusern bebauten Bismarckstraße ein Haus errichtet; die Stadt ist den dort wohnenden Mietern insofern entgegengekommen, als sie die nicht regulierte und bis dahin gesperrte gewesene Straße 16, die Eigentümern der Stadt ist teilweise übertragen ließ und den Mietern einen Durchgang nach der Weinbergstraße gestattete. Zwei Hauseigentümer von Gärtnern, die auf ihren Grundstücken ein Haus zum Selbstbewohnen errichten wollten, wurden von der Versammlung mit 11 gegen 11 Stimmen, wobei der Vorsteher den Ausschlag gab, abgelehnt. Unsere Genossen erklärten sich für die Genehmigung. Ein Antrag des Stadtverordneten Schulze, eine Eisbahn zur untergeordneten Benutzung der Schulanlage zu pachten, wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. Genosse Helbig war der Ansicht, daß es gar nicht nötig wäre, dafür eine Pachtsumme auszuweisen, da doch die Stadt über einen sehr geeigneten Platz verfüge. Er empfahl, den Platz, auf welchem feinerzeit die Lustspiele aufgeführt werden, in eine künstliche Eisbahn umzuwandeln, ähnlich wie es Berlin mit den Wiesenflächen im Schillerpark usw. tue. Dieser Anregung gedankt auch der Magistrat nächstzutreten. Alsdann wurden die Wahlen zu den verschiedenen Deputationen vorgenommen. In die Forstdeputation wollten die Bürgerlichen keinen unserer Genossen haben, sie belegten hier sämtliche Posten mit ihren Leuten. Genosse Werner rügte dieses Gebahren, indem er den Bürgerlichen die Frage vorlegte, ob sie dort so viel Geheimnisse hätten, die unseren Genossen nicht offenbart werden dürften. Die Herren antworteten mit großem Schweigen. In die Baudeputation und in die Verwaltung des Wasserwerkes wurde Genosse Helbig, und in die Besatzungsdeputation, die Besatzungsdeputation und in die Kommission für Verausgabung von Brennmaterialien Genosse Salzmann gewählt. Der Servis- und Singartierungs sowie der Feuerherde- und der Behausungsdeputation gehörte Genosse Smobins, der Armendeputation, der Krankenhaus- und der Gesundheitskommission der Genosse Schneider an. Ferner wurde Genosse Sasse in den Gemeindesteuerausschuß und in die Gesundheitskommission und Genosse Pohl in die Kanalisations- und in die Krankenhausdeputation, der auch Genosse Werner angehört, gewählt. Genosse Kündliche wurde in die Elektrizitätskommission wiedergewählt. Außerdem gehören als Bürgerdeputierte der Armenkommission die Genossen Krüger und Grapenitien, der Besatzungsdeputation Genosse Kubat und der Verwaltung des Wasserwerkes der Genosse Urban an. Eine neue Stadtbezirkseinteilung, wonach jetzt Bernau 10, anstatt wie bisher aus 6, Stadtbezirken besteht, wurde angenommen.

**Teltow.**

In einer gutbesuchten Versammlung im Lokal von Demotz referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Peus Deffau über den Kampf um das Koalitionsrecht. Seine interessanten Ausführungen über die Uebergriffe des Großkapitals gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Am Schluß der Versammlung machte noch Genosse Räder Mitteilung, daß es nun auch gelungen sei, in dem Kasernenwesen unserer Ortskrankenkasse erhebliche Umwälzungen zugunsten der Versicherten herbeizuführen.

**Reinickendorf-West.**

„Freies Koalitionsrecht und die Feste der Scharfmacher“ lautete das Thema, über das in einer gut besuchten Volksversammlung in den „Eichbarnhufen“ Genosse Paul Pachel referierte. An Hand zahlreicher Beispiele wies der Referent nach, wie gerade unsere Scharfmacher und Unternehmerverbände, die das Koalitionsrecht durch Ausschmückung völlig zu unterbinden trachten, den wästeltesten Terrorismus, wenn es sich um ihre Interessen handelt, befürworten und ausüben. Dem Ruf der Scharfmacher nach mehr Schutz für die dem Staat besonders nützlichen Elemente, den sogenannten „Arbeitswilligen“, sei vielmehr die Forderung entgegenzusetzen: „Erhöhter Schutz vor den mit allen modernen Vorkriegsgeräten spielenden „Vingegardisten“. — Der lebhafteste Beifall bewies, daß die Anwesenden voll und ganz auf dem Boden des Referenten standen. In der Diskussion unterrichteten die Redner die Ausführungen des Referenten. — Einige anarchistische Redner wichen weit vom eigentlichen Thema ab und glaubten die Versammlung für die Ausbreitung ihrer Ideen nutzen zu können. Sie fanden jedoch keinerlei Anklang. Vielmehr wurde ihnen empfohlen, unnütze Eigenbrödel aufzugeben und sich in Reih und Glied mit der Masse des Massenbewußten Proletariats zu stellen.

Die vorgelegte Resolution, die sich in entschiedener Weise gegen eine Schwächung des Koalitionsrechts wendet, wurde gegen die Stimme eines Anarchisten angenommen. — Nach einigen anfeuernden Worten des Genossen Falk, sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anzuschließen und die Arbeiterpreise zu abnormieren, um den Kampf gegen unsere Feinde mit aller Energie durchzuführen zu können, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Mühlenbeck.**

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins stellte für die bevorstehende Gemeindevorstellung als Kandidaten den Genossen Dr. u. m. n. auf; mit den nötigen Vorbereitungen hierzu wurde eine Kommission betraut und die Genossen aufgefordert, sich nach Kräften zur Agitation zur Verfügung zu stellen. Der Bericht von der Kreisversammlung erstattete Genosse Eisert-Niederbarnim. In einer am 8. Februar stattfindenden öffentlichen Versammlung soll das Koalitionsrecht der Arbeiter und die bevorstehende Gemeindevorstellung behandelt werden. Die Frage, wie man durch Errichtung einer Jugendsektion die erteilte Jugend mehr als es bisher möglich war, im Sinne der proletarischen Weltanschauung erziehen kann, wurde zurückgestellt, bis festgestellt ist, wieviel solcher jungen Leute in Frage kommen.

**Frauen-Leseabende.**

Bernau. Mittwoch, den 23. d. M.: Vortrag über „Entstehung des Handels“. Referent: H. Rudig. — Abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Eggbrecht, Albrechtstr. 1. Marienfelde. Morgen, Mittwoch, 8 1/2 Uhr, bei Schuster, Kirchstraße: „Verfassungsgeschichte und Brautwahlrecht“. Ref.: Marie Bohm.

Tempelhof. Mittwoch, den 23. Januar, im Bühnengarten, Berliner Straße 49: Vortrag des Genossen Max Hefenhofer über „Das Krankenversicherungsgesetz“.

Waidmannslust. Mittwoch, den 23. d., im „Schweizerhaus“, Dianastraße: „Brautwahlrecht in der Gemeinde“.

**Jugendveranstaltungen.**

Neukölln. Die sehr günstig gelaufene Saison auf unserem Spielplatz an der Gengenstraße steht allen Jugendlichen gegen Veranlassung der Jugendbeihilfenkarte zur Verfügung. Eintritt an Wochentagen 10 Pf. An Sonntagen bei Konzert 25 Pf. Freitag, den Donnerstag 8 Uhr abends findet im Heim der zweite Vortrag unseres Julius Hall. Vortragender: Herr Paulsch.

**Eingegangene Druckschriften.**

„In freien Stunden“. Verlag der Buchhandlung Bortmann & Co. in h. d. Berlin, 2. Band des 17. Jahrgangs mit dem fallformigen Goldgrübenroman „Gold“ von Friedrich Verhöfer, „Der rote Hahn“, ein Roman des dänischen Dichters Valde Kofostant. Mit erzählenden Beiträgen von Robert Schmidt, Anton Lichtenberg, Andrius-Rohd und viele andere vertrieben. Der Preis beträgt auf gutem Papier gedruckt in Leinen gebunden 4 M., Halbfirma gebunden 3 M.

Universal-Bibliothek. 5616 Der Schand der Madonna. Oper von Camillo Schuster. — 5622 Hebräerwälder. Drama von G. Hirsfeld. — 5623 Der romantische Celibats. Lustspiel von H. Graf v. Watten. — 5629 Der Hochzeitsabend. Lustspiel von Peter Raftsch. — 5635 Der fliegende Holländer. Oper. — 5636 Taubhändler. Oper. — 5637 Vohrengrün. Oper. — 5638 Tristan und Isolde. Vollständiges Buch. — 5640 Parfalk. Vollständiges Buch. 5635 bis 5640 sämtlich von P. Wagner. Herausgegeben von H. Kuffe. Einbinder 20 Pf. G. Reclam, Leipzig.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die hiesige Sprechstunde findet in den Räumen 60, von vier Treppen — 3. Stock —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Wohnanschrift beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

- N. 3. 100. 1 M. pro Kalenderjahr. — N. 2. 22. Die Weiterverteilung ist zweckmäßig. Es müssen innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Marken einer beliebigen Lohnklasse entwertet werden und in demselben Zeitraum auch der Umfang der Marke erfolgen. — N. 3. 100. 3. In letzter der Bundesrat die Verlobung ohne gesetzlichen Grund gelöst hat. — N. 3. 11. Der Vater ist nicht haltbar. Falls Sie gegen den Sohn Anzeige erheben, würde dieser voraussichtlich bestraft werden. Wer raten jedoch von der Erhaltung der Anzeige ab. — N. 3. 100. 1. Das mit Rechtskraft verurteilte Scheidungsurteil, aus dem Geburtsurkunde und Willkürpapiere. 2. Delin Anwalt, eventuell auch beim Landgericht. 3. Ein Antrag an das Landgericht. 4. Rein, falls Jansen das Anrecht bewilligt worden war. — N. 3. 1. Selbständig nach Vollendung des 14. Lebensjahres. 2. Ja, bis zum 14. Lebensjahr. — N. 3. 35. Ja. — N. 3. 50. Das schuldengemäße Erbeerbteil kann von der Frau allein geltend gemacht werden. In der Invalidenversicherungsanstalt besteht kein Anspruch. — N. 3. 55. 1. Ja. 2. Sie haben aber einen Erbanspruch an den Ehemann. 3. In Höhe der gesamten Vermögensmasse und in Höhe eines Monatsgehalts. 4. Nach Ihrer Darstellung ohne Rücksicht auf Erfolg. 5. Für die Abmahnung sind Sie allerdings berechnungsfähig. — N. 3. 7301. 1. Eine solche Aufforderung ist zulässig, jedoch ist die Frist zu kurz. Sie müssen eine Frist von mindestens drei Tagen setzen. 2. Derartige Ansprüche können gegen Sie nur dann gestellt werden, wenn Ihnen unangenehme Neuere nachgewiesen werden kann. 3. Ja, sofern derselbe ausdrücklich heißt. 4. Rein. — N. 3. 1851. Das geschiedene Verhalten der Polizeibehörde halten wir für unzulässig. Die Genossen sind wohl zum Erscheinen, jedoch nicht zur Wablage am dem Polizeirevier verpflichtet. — N. 3. 23. Nur dann, wenn eine solche Verpflichtung für Sie im Widerspruch vorgelegen ist. — N. 3. 87. 1. Ja, sofern es sich um einen Handelsvertrieb handelt. 2. Befragen Sie einen Arzt. Sie können sich auch mit dem Magistrat in Verbindung setzen. Von dort aus wird die Desinfektion veranlaßt. — N. 3. 13. Rein, da die Ansprüche erloschen sind. — N. 3. 1851. Soweit erloschen, brauchen Sie sich auf eine Ermächtigung nicht einzulassen. Bestimmte Anträge kann jedoch nur erst bei noch Unklarheiten in den in Frage kommenden Ausdrücken. — N. 3. 24. 1. Ja, falls eigenständig geschieden. 2. Die Mutter könnte ihr Vorkaufsrecht fordern, sofern dieses nicht durch den etwa verbrieflichen Nachlass erloschen ist. — N. 3. 41. Es muß mehr als zwei Drittel Erbschaftsbesitz vorliegen. Wahrscheinlich ist in der Regel ärztliches Gutachten. — N. 3. 37. Bis die Wälder trocken ist. — N. 3. 11. Glaubt er sich um ein Verbrechen vor dem Nachlassgericht, so gehen die Nachlass von der gesamten Nachlassmasse ab. Schwebt ein Prozeßverfahren, so fallen die Nachlass der unterliegenden Partei zur Last. — N. 3. 100. Der Anspruch verjährt erst in drei Jahren. — N. 3. 92. 1. Ja. 2. Wenn die Urkunden nicht aufbewahrt werden, kann mit dem Wählungsantrag noch gemeldet werden. 3. Etwa 15 M. — N. 3. 21. Pro Kalenderjahr 250 M. Zur Einzahlung sind Sie nur dann verpflichtet, falls im Kreisvertrieb vorgeht. — Ludwig 89. 1. Ihre Darstellung ist unverständlich. — N. 3. 2. Ihre Behauptungen, selbst wenn sie bewiesen werden könnten, würden zur Durchführung einer Schenkungsangelegenheit nicht ausreichen. Sie sehen sich mit dem Arbeitersekretariat, Engeljahr 14/15, in Verbindung. — N. 3. 100. Leider läßt sich die Herausgabe des Kindes nicht erzwingen. Es kann dem Vormundschaftsgericht Mitteilung von dem Sachverhalt gemacht werden. — N. 3. Falls der Prozeß zu Ihren Ungunsten entschieden wird, haben Sie auch die Kosten der Eintragung der Sicherungshypothek zu tragen. Das Bureau des Reichsanwalts Weichardt befindet sich Schwanenstr. 121. Dieser ist auch bei dem jeweiligen Gericht zugelassen.

Marktbriefe von Berlin am 21. Januar 1914, nach Ermittlungen des h. l. Viehwirtschaftsbüros. Mais (mied), gute Sorte 16,80—17,00, Donau 16,00—16,20, Weizen (mied), gute Sorte 14,00—15,20, Weizen (mied), gute Sorte 10,00—10,20.

Marktschiffenpreise. 100 Kilogr. Weizen, gelb, zum Kochen 34,00—35,00. Speldeböden, weiße 35,00—36,00. Anken 36,00—37,00. Kartoffeln (Kübel), 5,00—7,00. 1 Kilogramm Kartoffeln, bei der Sorte 1,50—2,40. Rindfleisch, Schmalz 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,50—7,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Halm 1,00—3,40. Ferkel 1,40—3,20. Gänse 1,00—3,00. Vorkasse 1,00—2,20. Schafe 1,00—3,20. Hühner 0,80—1,60. 60 Stück Rebhühner 4,00—24,00.

**Witterungsübericht vom 26. Januar 1914.**

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Emmende.	702,8	SW	7	heller	Saparanda	731	SW	2	wolkig
Domburg.	703,8	SW	7	bedeckt	Petersburg	744	S	4	heller
Berlin	706,2	SW	3	heller	St. Petersburg	765	SW	5	wolkig
Kranl. a. M.	774,2	1	Wulf	-1	Überden	754	SW	4	wolkig
München	776,5	1	Wulf	-1	Berlin	770	S	3	bedeckt
Wien	776,8	1	Wulf	-1					

Wetterprognose für Dienstag, den 27. Januar 1914. Zunächst etwas wärmer bei ziemlich heftigen südwestlichen Winden, veränderlicher Bewölkung und geringen Niederschlägen; nachher wieder ein wenig kälter.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserhand-Nachrichten.**

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 25. I.	am 26. I.	Wasserstand	am 25. I.	am 26. I.
Remsl., Mühl.	337,9	+4	Saale, Großh.	189	-12
Bregel, Unterburg	128	-9	Havel, Spandau	—	—
Obert., Thern	110	+8	Havel, Köpenick	124	-4
Obert., Halber	159	-23	Spree, Spremberg	98	0
„ „ „ „	165	0	„ „ „ „	153	-2
„ „ „ „	285	-7	Weser, Minden	148	+3
Ward., Schirren	162	+6	„ „ „ „	251	-4
„ „ „ „	220	+18	Rhein, Remscheid	—	—
„ „ „ „	105	-3	„ „ „ „	210	-12
„ „ „ „	10	+38	„ „ „ „	232	-11
„ „ „ „	-147	-1	„ „ „ „	80	-20
„ „ „ „	122	-2	„ „ „ „	—	—
„ „ „ „	92	-4	„ „ „ „	—	—

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — \*) Unterpegel. — \*) Schilf. — \*) Insel. — \*) Grundelstreifen. — \*) Übergang.



Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Begründer: Albert Matschenz...

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Am 29. Januar starb unser Mitglied, der Bauarbeiter Franz Eichberg...

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter, Schwieger- und Großmutter Emilie Kuhring...

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter Wilhelm Gerhardt...

Friedrich Moll am 25. d. Mts. im Alter von 57 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Thorwald Petersen am 23. d. Mts. im Alter von 44 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme und die Begleitung zur letzten Ruhestätte...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zählstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Ludwig Brauer...

Heinrich Fretzer im 41. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetruert an mit der Bitte um stille Teilnahme...

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. Verwaltung Berlin. Am 25. d. M. verstarb unser Mitglied, der Holzbildhauer Alfred Puttlitz...

Verband der Bureauangestellten Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege Fritz Haseloph, Raffenanfertiger, am 23. Januar 1914 verstorben ist...

Adolf Davidsohn. Die Beerdigung erfolgt Donnerstag, den 29. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr...

Olga Kripskauský geb. Eichstaedt sprechen wir allen denen, welchen persönlich zu danken uns nicht möglich ist...

Bruchbandagen Leibbinden, Garndehalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege...

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres unvergesslichen Vaters, des Restaurateurs Fritz Kant...

Glinsen- und Franzbinderei von Robert Meyer, Ind.: P. Golletz, Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Oskar Wollburg Trauer-Magazin Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion...

Wer hat eine Idee? Angebote an Ing. Rudenböffer, Berlin W. 30 E. Rosenheimerstr. 22

Möbelstoffe Letzte Neuheiten, auch Reste! Moketteplüsch 4 65 130 cm breit. Muster bei näher. Angabe franko...

Hautleiden

entstehen durch unreines Blut, können deshalb auch nur durch innere Behandlung gründlich u. dauernd geheilt werden. Hautpillen das beste hierfür...

Spezialarzt Dr. Homeyer i. Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Gicht, Gicht, Gicht...

Patentanwalt Prillwitz Berlin NW 21, Thurnstraße 34

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 27. Januar 1914 Anfang 8 1/2 Uhr. Leistung. Der Erbfeind. Anfang 8 Uhr. Cines Palast am Zoo. Varieté-Spiel. Anfang 8 1/2 Uhr. Cines Rollendorf-Theater. Varieté-Spiel. Anfang 7 1/2 Uhr. Reg. Schauspielhaus. 1812. Deutsches. König Lear. König Richard III. Circus Busch. Galavorstellung. Circus Schumann. Galavorstellung. Anfang 8 Uhr. Urania. Mit Ballon und Flugzeug über Berg und Tal. Am Hofaal: Prof. Dr. Lindner: Die Insekten als Überträger von Mikrobenkeimen. Cpernhaus. Die Whiskatein. Kammerpiele. Bürger Schappel. Leistung. Bagmollen. Deutsches Künstler-Theater. Der Bogen des Odysseus. Deutsches Cpernhaus. Fingard Hochzeit. Komödienhaus. Theater an der Weidenammer Brücke. Wer zulezt lacht. Theater am Rollendorfplatz. Feinjes Geell. Lustspielhaus. Die spanische Hölle. Montis Cperetten. Die verdohnte Stadt. Schiller O. Was ihr wollt. Schiller Charlottenburg. Herodes und Marianne. Theater des Westens. Volensblut. Berliner. Die einst im Mai. Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberg. Der Bogen des Odysseus. Theater am Rollendorfplatz 5. Münchenblüch. Prinzess Gretl. Residenz-Theater. Höheit - der Franz! ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Kinder der Großstadt. Neues Volkstheater. Der Graf von Charolais. Berliner Cpernhaus. Cperport. Cines Rollendorf-Theater. Varieté-Spiel. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62. Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut. Sonntag nachm. 3 1/2 U.: Der Hebe Augustin

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Was ihr wollt. Mittwoch, abends 8 Uhr: Meyers. Donnerstag, abends 8 Uhr: Was ihr wollt. Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr: Zopf und Schwert. Abends 8 Uhr, zum ersten Male: Herodes und Marianne. Eine Tragödie i. 5 Akte, v. Fr. Heibel. Mittwoch, abends 8 Uhr: Herodes und Marianne. Donnerstag, abends 8 Uhr: Web' dem, der lügt. Theater in der Königgrätzer Straße. Abends 7 1/2 Uhr: König Richard III. Komödienhaus. 8 Uhr. Kammermusik. 8 Uhr. Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Wie einst im Mai. Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kass.: Rollendorf 1383. Abends 8 Uhr: Der Bogen des Odysseus. Theater am Rollendorfplatz 5. Münchenblüch: Prinzeß Gretl. 8 Uhr. Residenz-Theater. Höheit - der Franz! ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Zum erstenmal: Kinder der Großstadt. Schauspiel. in 4 Akten v. Wilh. Braum. Anfang 8 Uhr: Mittwoch: Berlin wie es weint u. lacht. Theater a. d. Weidenammerbrücke früher Komische Cper. 8 Uhr: Wer zulezt lacht... Casino-Theater. Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Volkstheater: Die olle Webern. Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor! Einziges Theater in diesem Genre! Im Süde der alten Wallner-Bühne. Sonntag 4 U.: Geheimnisse v. New York.

URANIA Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Mit Ballon und Flugzeug über Berg und Tal. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Lindner: Die Insektenwelt als Überträger von Mikrobenkeimen. Schwarzer Lichtenberg. Frankfurter Chaussee 5. Dienstag, den 27. Januar: Gastspiel des Voigt Theaters. Der Trompeter v. Säckingen. Roman. Schausp. in 5 Akten u. 6 Bildern von Hildebrandt und Keller. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Vereinigte Berliner Volksbühnen. Walthalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Zangoheber. Gr. Hofe n. Ges. u. Tanz in 3 Akten. von E. Urban. Musik v. Hugo Fricke. Brauerei Friedrichshain. Täglich außer Sonnabends: Das stimmungsvollste Bayr. Bockbier-Fest. Mittwochs u. Donnerstags: Elite-Tag. „Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91. Großes Doppel-Konzert! Berliner Konzerthaus-Orchester Franz v. Blon. und Tegernseer und Zillertaler Musikanten, Dirig. Hans Starp. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt. Neue Welt. Hasenheide 108/114. Heute Dienstag, den 27. Januar: Elite-Tag! Damen-Prämierung! Prämiiert wird Die hellste Blondine. 3 bare Geldpreise: 50.-, 30.-, 20.- Mark. Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse. Anfang 7 Uhr. 30 bayrische Madl. 6 Kapellen. Entree 30 Pf. Voranzeige: Mittwoch, den 28. Januar: Elite-Tag! Prämiiert wird: Die längste saure Gurke. 3 bare Geldpreise: 30.-, 20.-, 10 M.

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater. Direktion: H. Bryk. Fräulein Trallala. Vosse mit Selang in 3 Akten von E. Konow. Musik von J. Gilbert. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Sonntag, d. 1. Febr., nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin. Metropol-Theater. Abends präzis 7 Uhr 55: Die Reise um die Erde in 40 Tagen. Vereinigte Berliner Volksbühnen. Walthalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Zangoheber. Gr. Hofe n. Ges. u. Tanz in 3 Akten. von E. Urban. Musik v. Hugo Fricke. Brauerei Friedrichshain. Täglich außer Sonnabends: Das stimmungsvollste Bayr. Bockbier-Fest. Mittwochs u. Donnerstags: Elite-Tag. „Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91. Großes Doppel-Konzert! Berliner Konzerthaus-Orchester Franz v. Blon. und Tegernseer und Zillertaler Musikanten, Dirig. Hans Starp. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt. Neue Welt. Hasenheide 108/114. Heute Dienstag, den 27. Januar: Elite-Tag! Damen-Prämierung! Prämiiert wird Die hellste Blondine. 3 bare Geldpreise: 50.-, 30.-, 20.- Mark. Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse. Anfang 7 Uhr. 30 bayrische Madl. 6 Kapellen. Entree 30 Pf. Voranzeige: Mittwoch, den 28. Januar: Elite-Tag! Prämiiert wird: Die längste saure Gurke. 3 bare Geldpreise: 30.-, 20.-, 10 M.

Zirkus Alb. Schumann. Heute Dienstag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Große Gala-Fest-Vorstellung! Auftreten sämtlicher Attraktionen! Um 9 1/2 Uhr: Das mit so großem Beifall aufgenommene Ausstattungsstück in 7 Bildern „Tipp“ der Derby-Favorn 1914. WINTER GARTEN Letzte Woche! YVETTE Robert Steidl Willy Pantzer Co. Persien Ballettdivertiss. Kostüme: Paul Poirat, Paris und die Januar-Attraktionen! - Rauchen gestattet! - APOLLO THEATER 8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr. Heute und folgende Tage: Der Stolz der 3. Kompagnie mit Hartstein als Muskettier-Distelbeck Lachen ohne Pause! Vorher das gr. Januar-Prog. u. a. Bernhard Morbitz Rauchen gestattet. Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Anatoles Hochzeit.

Zirkus Busch. Heute Dienstag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Wer Marino, den Autokönig, noch sehen will. muß sich beeilen, da derselbe nur noch einige Tage seine unglaublichen Produktionen zeigen wird. Ferner auftreten aller großen Spezialitäten. Zum Schluß: „Pompeji“. Die Ausstattungs-Pantomime des Zirkus Busch in 5 Akten. Folies Caprice. Der Kuckuck. Manöver-Schwandel. Die Samuels. Donnerstag, den 29. d. Mts.: Premiere. Passage-Panoptikum. Die wilden Feuerfresser in ihren fanatischen Martern. Cols Experimente: Aus dem Jenseits Lebend! Ohne Extra-Entree. Admiralspalast. Eis-Arena. Täglich: Die lustige Puppe. Großes Ballett auf dem Eis. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. Wein- u. Bier-Abteilung. Reichshallen-Theater Stettiner Sänger No. 13! Urkomische Barleske. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: Eine Hochzeit in der Müllerstraße. Hat den Januar der Jucree abernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung



Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung, Montag, den 26. Januar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Interpellation über die Dienstbotenversicherung.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (H.).

Begründet folgende Interpellation:

Was gedenkt die Staatsregierung zur Abhilfe der bei der Dienstbotenversicherung in Ost- und Westpreußen hervorgetretenen Mängel zu tun? Der Redner bezieht sich auf die Dienstbotenversicherung in den Städten als eine Mittelstandsfrage von besonderer Bedeutung. Der Geschäftsmann kann vielleicht diese neue Belastung auf die Kaufkraft abwägen, der Beamte aber nicht. Die Dienstboten arbeiten teuer und langsam. Das Publikum muß stundenlang warten. Dazu die Konflikte mit den Ärzten. Es werden fremde Ärzte herangezogen, die ihren Aufgabern nicht immer gewachsen sind. Staatssekretär Delbrück hat im Reichstag diese Mängel anerkannt. Diejenigen Herrschaften, welche die Bürgerschaft für die Gewährung der Krankenhilfe für Dienstboten selbst übernehmen wollen, müssen ihre ganzen Steuer- und Vermögensverhältnisse angeben und dies auch von den Dienstboten unterzeichnen lassen, so daß diese die Verhältnisse ihrer Herrschaft genau kennen lernen. Vielleicht stellt man sie in Zukunft als Hilfsbeamte der Steuereinschätzungscommission an! — Der Redner richtet dann Angriffe auf die sozialdemokratischen Verwaltungen der Ost- und Westpreußen, die die Selbstverwaltung dis-

den Minister sind wir einverstanden. Wichtig kann es nicht zugehen, daß an Stelle der niedrigen Beiträge der Abkommensvereine usw. jetzt so hohe Beiträge für die gleichen Leistungen gezahlt werden müssen. Die Mittelstandsfreundlichkeit Dr. Hahn kommt mir sonderbar vor. Sie ist ein Danaergeschenk. Die Sozialpolitik ist uns einfach eine soziale Pflicht und was die Sozialdemokratie dazu sagt oder davon hat, ist uns gleichgültig. Die Diakonissen und das weibliche Pflegepersonal sollen von der Versicherungsspflicht befreit werden. Die Dienstboten können nicht ausnahmslos in Ost- und Westpreußen einrangiert werden. Die Wurzeln der Sozialdemokratie sind durch die Aufklärungsarbeit der christlich-sozialen Gewerkschaften und anderer Verbände untergraben worden. Die sozialdemokratische Agitation darf nicht in den Schoß der Familie hineingetragen werden. Die deutschen Frauen, denen die Ausführung dieses sozialen Gesetzes in die Hand gegeben ist, sollen nicht verärgert beiseite stehen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Mugdan (Sp.):

So rückständig sind unsere Frauen nicht, wie es der Vorredner darstellte. Die Krankenversicherung der Dienstboten war unbedingt notwendig. Landkrankenklassen in großen Städten werden sehr oft nicht befreit können. — Der Redner erklärt sich entschieden für die freie Arztwahl nicht nur für die Dienstboten, sondern — im Unterschied zu den Erklärungen des Ministers — für sämtliche gewerbliche Arbeiter. Die zahlreichen Anträge zur Befreiung von der Versicherungsspflicht werden durch das Nichtvorhandensein der freien Arztwahl erklärt. (Beifall bei der freisinnigen Volkspartei.)

Abg. Braun (Soz.):

Die kolossale Steigerung der Vermögen, die die amtliche Statistik beweist, zeigt doch zur Genüge, daß die angeblich so riesigen sozialpolitischen Lasten die Kapitalbildung nicht gehindert haben. Die Konservativen sind ja nicht nur gegen die Dienstbotenversicherung, sondern gegen die Krankenversicherung überhaupt. Herr Wagner hier und Graf Westarp im Reichstag haben erklärt, daß man in ihren Kreisen nicht überall die Notwendigkeit anerkennen könne, die Dienstboten in die Krankenversicherung einzubeziehen. Worauf es ankommt, ist, den Dienstboten einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf gleichartige und ausreichende Krankenhilfe zu gewähren, und weil die familiäre Fürsorge vielfach verlagert hat, ist das Reich nach dem Beispiel einiger Bundesstaaten, wo sich diese Einrichtung bereits bewährt hatte, zur Einführung der gesetzlichen Dienstbotenversicherung gekommen. Ich weise nur darauf hin, daß in den Haushalten oft gar nicht geeignete Räume zur Verfügung stehen, um erkrankte Dienstboten unterzubringen. Das hat sogar der Staatssekretär Dr. Delbrück für sich erklärt, der doch gewiß über ausreichende Wohnräume verfügt; wie soll das erst bei den Sozialdemokraten?

Man erklärt, daß nur Landkrankenklassen für die Dienstbotenversicherung in Frage kommen. Deshalb? Lediglich deshalb, weil die Landkrankenklassen weniger leiten und deshalb den Arbeitgebern weniger kosten. Der Beitrag zur Landkrankenklasse wird nach dem „Erlöshin“ berechnet, der weit unter dem tatsächlichen Lohn ist. Während die Ostkrankenklassen acht Wochen lang Wächnerinnenunterstützung gewähren müssen, können die Landkrankenklassen diese Hilfe auf nur vier Wochen festsetzen, also auf weniger, als in den Ostkrankenklassen. Die schon unter dem alten Gesetz vorgeschrieben war. Die Städte haben ganz richtig gehandelt, wenn sie die unzureichenden Landkrankenklassen nicht zugelassen haben. Herr Wagner hat sich über den Bureaualtrismus in den Ostkrankenklassen beklagt. Nun wenn Herr Wagner gegen den Bureaualtrismus vorgehen wollte, so hätte er in Preußen wahrlich noch ganz andere Gelegenheiten, als bei den Ostkrankenklassen. Er hat sich aber die angeblich so hohe Entschädigung des Vorsitzenden der Breslauer Ostkrankenklasse beklagt, aber die Arbeitgeber und Arbeitervertreter sind dort übereinstimmend dazu gelangt, den Verbleibenden des Vorsitzenden so hoch zu beurteilen. Dagegen ist es Tatsache, daß ehrenamtlichen Vorsitzenden bei den Unfallversicherungs-Genossenschaften Handlöhne hohe Entschädigungen gewährt wurden — freilich, gegen diese Selbstverwaltung, die einem Arbeitgeber zugute kommt, haben Sie (nach rechts) nichts einzuwenden. In Wahrheit sind die Entschädigungen bei den Ostkrankenklassen so gering, daß man es hoch anrechnen muß, wenn die Vorsitzenden sich mit solchem Eifer ihrer Arbeit widmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens werden ja nach dem neuen Gesetz mehr und mehr Arbeitgeber zu Vorsitzenden gemacht werden können! — Wenn alle Verwaltungen im Staate bei Einführung neuer Gesetze sich dem Kriterium so gewachsen zeigen würden, wie es die Ostkrankenklassenverwaltungen jetzt getan haben, so könnten wir zurückbleiben. Wenn manche Klassenleitungen aus Sparsamkeitsgründen nicht die nötige Personalvermehrung vorgenommen haben, so ist das doch im Interesse der Arbeitgeber geschehen, deren Leistungen man nicht erhöhen wollte; wie können Sie daraus Vorwürfe herleiten? Uebrigens das Invalidenversicherungsgesetz besteht seit fast dreißig Jahren, und wenn die Invalidenrenten außer Acht gelassen werden, dann müssen die armen kranken Personen und Krüppel oft Stundenlang an den Volksgalerien stehen. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sind lediglich bedrungen gegen die Versicherung der Dienstboten in den Ostkrankenklassen, weil dort die Beiträge und die Leistungen höher sind. Haben doch in einer Versammlung Berliner Hausfrauen einmal gesagt, die erhöhte Wochenhilfe sei eine Prämie auf die Unzufriedenheit.

Rügen diese Damen vor ihrer eigenen Tür stehen, mögen sie auf ihre erwachsenen Söhne einwirken, daß sie nicht ihre Dienstmädchen verführen; (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) dann haben Sie für die Hebung der Sittlichkeit genug getan. Ohne die unehelichen Geburten würde der Geburtenrückgang, den Sie beklagen, noch größer sein; Sie haben also alle Veranlassung, auch die unehelich Geborenden zu schützen. Ob wirklich die Dienstboten ein geringeres Risiko für die Ostkrankenklassen bedeuten, bleibt noch abzuwarten. Die gefunden Wohnungen der Dienstboten habe ich vorher schon gestreift, und in bezug auf das Essen der Herrschaften zum Nachsehen.

Auch die Kerzestriche wurde angeschnitten und Herr Wagner sprach verächtlich von den ärztlichen Streikbrechern. Bei industriellen Streikbrechern reden Sie von nützlichen Elementen und versehen sie mit Gummiknüppel und Revolver. Diejenigen Kerzte, die sich den exorbitanten Forderungen ihrer Kollegen nicht anschließen, sondern unter allen Umständen ihre ärztliche Berufspflicht erfüllen wollen, stehen mir jedenfalls sehr viel höher, als die Streikbrecher, die man sonst zu den nützlichen Elementen zählt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von einer Verschlechterung der Verhältnisse der Kerzte durch die Krankenversicherung kann keine Rede sein; noch nicht die Hälfte der für den Arzt honorar von den Klassen ausgehenden Summen würde ohne die Versicherung den Kerzten zufließen. Sind doch die Arzthonorare der Ostkrankenklassen von 3 Millionen im Jahre 1885 auf 41 Millionen im Jahre 1911 gestiegen. (Wüt! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herrn

Wagner möchte ich bemerken, daß der Verein der sozialdemokratischen Kerzte keineswegs den Zweck hat, bei Kämpfen zwischen Kerzten und Klassen den angeblich sozialdemokratischen Klassen beizuhelfen. Wir haben ja im Gegenteil meist zu verzeichnen, daß gerade sozialdemokratische Kerzte die Führer der Kerzte im Kampfe gegen die Klassen sind. Herr Mugdan schwärmt für die freie Arztwahl, damit jeder Kranke zu dem Arzt seines Vertrauens gehen kann. Aber gerade die Kerzte, die durch die Klassenpraxis Erfahrung gesammelt haben und nun Vertrauen genießen, stellen sich den Klassen nicht mehr zur Verfügung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Soll jeder Arzt zur Klassenpraxis zugelassen werden, so muß sich auch jeder Arzt den Klassen zur Verfügung stellen.

Wären übrigens die Dienstboten wirklich ein geringeres Risiko für die Klassen, so würde keineswegs folgen, daß für sie besondere Beitragsklassen einzurichten wären. Einer für alle und alle für einen, das ist ja das Prinzip der ganzen Versicherung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sind meine Freunde auch Gegner von Sonderklassen für einzelne Gewerbe und Betriebe. Gerade die Betriebsklassen belasten den Mittelstand, denn aus den großen Betrieben werden die schlechten Risiken entlassen, die älteren Arbeiter müssen in den kleineren Betrieben unterkommen, so daß gerade dadurch der Mittelstand die Kosten der Versicherung der großen Betriebe trägt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Für die „Mißstände“ hat man sich auf die Schöneberger Ostkrankenklasse berufen, die ganz schematisch 1200 Befreiungsanträge abgelehnt hat. Gewiß, das ist nicht zu billigen, jeder Antrag muß geprüft werden. Aber man muß auch die abnormen Verhältnisse berücksichtigen, die verhindern, daß die Verwaltungen ordnungsmäßig verfahren konnten. In Berlin liefen in wenigen Tagen

15 000 Befreiungsanträge

ein. Die Verwaltung half sich, indem sie sämtlichen Anträgen stattgab mit dem Vorbehalt, in einem Jahre nachzuprüfen, ob die Bedingungen für die Befreiung gegeben sind. Das für Gründe für die Antragsteller maßgebend sind, zeigte ein Antrag in Königsberg, wo der Antragsteller befreit werden wollte, weil er nicht so gestellt sei, die Beiträge zu zahlen. (Heiterkeit.) Es ist wünschenswert, daß er nicht zahlen, aber er will sich verpflichten, eventuell 1000 Mark an Krankenkosten für den Dienstboten auszubringen! Herr Wagner wies auf den Versuch ein in Breslau hin, der sich gebildet hat, um die Mitglieder über ihre Rechte aus dem Gesetz aufzuklären. Sehr schön. Wenn er aber hinzufügt: „Damit haben die Herrschaften bewiesen, daß in ihren Kreisen noch Opferwilligkeit herrscht“, so ist das eine eigentümliche Opferwilligkeit, die doch nur darauf hinausläuft, die Versicherung billiger zu bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Berliner Hausfrauen haben sogar mit dem Streit gedroht. (Heiterkeit.) Sie wollen gar keine Dienstmädchen mehr nehmen. Ob sie die Arbeiten dann billiger bekommen, möchte ich bezweifeln. Uebrigens gibt es viele Familien, die einen Dienstboten halten, obwohl sie nach ihrer Einkommens- und Vermögenslage dazu gar keine Veranlassung hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man will sich eben noch außen ein gewisses Relief geben — die Kosten hungert sich die Familie ab und man zwingt auch das Dienstmädchen noch, mit zu hungern. Wenn die Dienstbotenversicherung wirklich dazu beitragen sollte, das Halten von Dienstmädchen zu verhindern, so kann das nur im Interesse dieser Dienstboten und dieser Familien selbst liegen. Gegenüber dem Abg. Wagner stelle ich fest, daß Rädchen, die im Haushalt verwendet werden, schon früher versicherungspflichtig waren und auch nicht in die Landkrankenklassen einbezogen werden dürfen. Als ein besonderer Vorzug erscheint Ihnen, daß der Vorstand der Landkrankenklasse nicht gewählt, sondern von der Gemeinde ernannt wird. Dadurch wird angeblich die Wahlagitation von den Familien ferngehalten. Aber wir haben lebhafte erlebt, daß bei Klassenwahlen die Damen selbst mit dieser Agitation bei den Dienstboten ein-gelegt haben, um die Sozialdemokratie in der Ostkrankenklasse zu bekämpfen. Der Minister hat uns ja gesagt, von welcher sachlichen Gründen man bei der Errichtung oder Nichterrichtung von Landkrankenklassen ausgeht. Er hat runderaus gegeben, daß dabei der Gesichtspunkt maßgebend war, auf welche Weise man einer sozialdemokratischen Klassenverwaltung Abbruch tun oder die Dienst-

vor sozialdemokratischer „Ansetzung“ bewahren

könnte. Eine nette Sachlichkeit! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Dr. Hoffmann: Staatsrat! Auch der Zentrum- abgeordnete Veder hat im Reichstag verlangt, daß die Dienstboten bei der Ostkrankenklasse bleiben sollen, um den Einfluß der Sozialdemokratie zu mindern; also nicht wegen der höheren Leistungen der Ostkrankenklassen, sondern nur um parteipolitischen Gesichtspunkte willen! Würden wir uns lediglich von unseren Parteinteressen leiten lassen, dann müßten wir eigentlich überall für Landkrankenklassen eintreten, denn dann würde ja unser angeblich übertragender Einfluß in den Ostkrankenklassen weniger gefährdet. Wir aber streben, wenn wir auch unseren Einfluß erhöhen wollen, immer nur danach, die große Masse des Volkes gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Bevormundung, sowie gegen die Bekämpfung des Lebens zu schützen. Wir wollen der Allgemeinheit dienen, deshalb wünschen wir, daß der Minister nicht, wie er angekündigt hat, die Oberversicherungsämter anweist, gegen sogenannte Mißstände schleunigst einzugreifen, sondern daß er abwartet, wie sich das vieldeutige Gesetz — alle unsere Gesetze sind vieldeutig, sonst bräuchten wir keine so komplizierte Rechtsprechung und Rechtsanwaltschaft — in der Praxis bewährt, wie sich die Schwierigkeiten in der Ausführung überwinden lassen, damit schließlich auch für die Dienstboten die bestmögliche Versicherung besteht. Wenn man sich auf das neue Gesetz einrichtet, dann wird es sich sehr schnell einleben und es wird nicht notwendig sein, über Mißstände zu klagen. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Krenndt (H.):

Diese Anerkennung für das Gesetz freut mich, denn im Reichstag haben die Sozialdemokraten auch gegen dieses neue Versicherungsgesetz gestimmt. Die Debatte und die Erklärung des Ministers haben uns befriedigt. Von den Kerzten, die als Streikbrecher in dem Klassenstreit auftraten, spricht hier niemand. (Zuruf der Soz.: Das sagt der Vertreter von Mainz, wo die Maschinen-gewerke gegen die Streikenden aufgebunden wurden!) Diese Maschinen-gewerke waren nötig, um Schlimmeres und namentlich ein Blutvergießen zu verhindern. Es ist übrigens ein Unrichtiges, ob Arbeiter streiken und sogar Maschinen demolieren und wenn Krankenklassen ungenügend ausgebildete Kerzte auf ihre Mittelbeeren loslassen; dadurch kann ein Schaden angerichtet werden, der nicht wieder gut zu machen ist. Wir hoffen, daß entsprechend der Zulage des Ministers, den Mißständen abgeholfen wird. (Beifall rechts.)

Die Besprechung schließt. — Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 12 1/2 Uhr mittags; Weiterberatung des Landwirtschafts-gesetzes. Schluß 4 1/2 Uhr.

Handelsminister Dr. Sydow:

Auch mir sind zahlreiche Klagen zugegangen. Auf die Angriffe gegen die Reichsversicherungsordnung selbst will ich hier nicht eingehen; ich muß diese Angriffe zurückweisen, da die Reichsversicherungsordnung besteht und die Zustimmung aller Parteien, auch derjenigen des Vorredners, gefunden hat. Es ist gefragt worden, weshalb die Staatsregierung nicht von dem § 470 Gebrauch gemacht und im Wege der Landesgesetzgebung nicht noch eine besondere Dienstbotenversicherung für Preußen eingeführt habe. Die Entstehungsgeschichte des Reichsgesetzes zeigt, wie das auch in der Reichstagskommission ausdrücklich zur Sprache gekommen ist, daß man schon vorhandene Einrichtungen schonen wollte und ich bezweifle, daß ein Landesgesetz für Preußen Vorteil gebracht hätte. Man hätte damit die Errichtung von Landkrankenklassen gehemmt. Die Mitglieder der Landkrankenklassen sind landwirtschaftliche Arbeiter; hier muß also überall im Einverständnis mit dem Landwirtschaftsminister vorgegangen werden; von ihm muß die Entscheidung getroffen werden, inwieweit Landkrankenklassen leistungsfähig sind. Wo die Errichtung von Landkrankenklassen unterbleiben ist, geschah das mit Zustimmung des Landwirtschaftsministers. Man hat die Ausführung des Reichsversicherungsordnungsgesetzes angegriffen und dafür ist die preussische Regierung verantwortlich. Vor allem hat man bemängelt, daß nicht überall die Dienstboten in Landkrankenklassen zusammengefaßt worden sind. Dagegen ist zu sagen, daß dort, wo ein Gemeindeverband eine solche Klasse errichten will, er durch seine gesetzliche Bestimmung daran gehindert werden kann. Wo also eine solche Klasse nicht existiert, da hat man keine haben wollen; also war der Gemeindeverband mit diesem Zustande einverstanden. Von der Regierung sind öfter Anregungen zur Errichtung von Landkrankenklassen gemacht worden, auch dort, wo die lokalen Behörden dafür kein Interesse zeigten. Ohne Rücksicht auf die lokalen Behörden können wir nicht vorgehen. Die Regierungsbehörden haben überall die Errichtung von Landkrankenklassen vorgezogen, aber es wurden nur etwa 400 errichtet. Die Leistungen für Dienstboten sind in Ost- und Westpreußen in den Großstädten oder ihren Vororten nicht sehr voneinander unterschieden, aber die Beiträge in den Landkrankenklassen sind viel niedriger. (Der Minister weist dies aus Vergleichszahlen aus Schöneberg und Wilmersdorf, Berlin und Friedenau nach.) Die Dienstherren haben das Interesse, daß ihre Dienstboten nicht in die sozialdemokratische Agitation hineingezogen werden, was in den Ostkrankenklassen der Fall ist. Den Ostkrankenklassen kann die freie Arztwahl nicht ausgenutzt werden, sie muß aber in den Landkrankenklassen bestehen. Die Dienstboten wollen selbst nur dieselben Kerzte in Anspruch nehmen, wie die Dienstherren. Falls die Ostkrankenklassen ihren Zweck nicht erfüllen, so werde ich, wozu das Gesetz die Möglichkeit gibt, noch auf nachträgliche Errichtung von Landkrankenklassen hinwirken. (Wüt! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sind zwar vielfach unklar, aber ich werde trachten, für eine vernünftige Ausführung des Gesetzes zu sorgen. (Beifall rechts.)

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen.

Abg. Dr. Hahn (L.):

fordert, daß die Dienstboten sämtlich in Landkrankenklassen versichert werden sollen. Die Einreihung der Dienstboten in die Ostkrankenklassen belasten den Mittelstand. Die gesetzlichen Bauteile zur Zurückdrängung der Sozialdemokratie verlagern im Westen und besonders in Mitteldeutschland. Und diesmal haben noch zahlreiche Arbeiter unter dem Einbruch des Jubiläumsgesetzes patriotisch gewählt. (Abg. Dr. Hoffmann: Rachen Sie doch wieder so was! Heiterkeit.) Die bürgerliche Gesellschaft muß ihren Einfluß verfahren. Ich fürchte, daß die Klassenärzte immer mehr sozialdemokratisch werden. Die Sozialdemokratie muß aber von den liberalen Verufen ferngehalten werden. — Die soziale Belastung steigt viel zu schnell und zu stark. Der Redner spricht dann über die Syndikate, die Sozialpolitik im Ausland, rühmt die sozialpolitischen Leistungen der bürgerlichen Gesellschaft und tadelt die Nichtberücksichtigung des Mittelstandes. Heute allerdings danken wir dem Minister für sein Untergekommen. (Beifall rechts.)

Minister v. Sydow

weist die Andeutungen Dr. Hahn's zurück, als habe er die Verantwortung auf den Landwirtschaftsminister geschoben.

Abg. Dr. Pieper (Z):

empfiehlt bei allzu hohen Beiträgen die Gründung eines Versicherungsvereins zur gemeinsamen Übernahme des Risikos und bespricht Einzelheiten des Geschäftsganges der Versicherung. Gegen die Sozialdemokratie kann nur die christlich-nationale Arbeiterbewegung helfen, möge sie noch mehr unterstützt und gefördert werden. Sozialpolitik muß sein, darf aber den technischen Fortschritt nicht etwa illusorisch machen.

Abg. Dr. Gremer (natl.):

Belassen wir großen Parteien uns doch offen und gemeinsam zur Vaterschaft an diesem Gesetz; wir brauchen auch gar keinen Fehler festzustellen. Mit der Behandlung der Sache durch





